

Millenniums-Entwicklungsziele

Bericht 2012



VEREINTE NATIONEN



Dieser Bericht beruht auf einem Stammdatensatz, der von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele unter der Führung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen zusammengestellt wurde. Damit wurde dem Wunsch der Generalversammlung nach einer regelmäßigen Fortschrittsbewertung hinsichtlich der Ziele entsprochen. Die Gruppe besteht aus Vertretern der nachstehend aufgeführten internationalen Organisationen, zu deren Aufgaben die Erstellung einer oder mehrerer der statistischen Indikatorreihen gehört, die für die Überwachung des Umsetzungsstands der Ziele für geeignet befunden wurden. Weitere Beiträge stammten von Statistikern einzelner Länder sowie von externen sachverständigen Beratern.

INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION

ERNÄHRUNGS- UND LANDWIRTSCHAFTSORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN

ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR ERZIEHUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG

WELTGESUNDHEITSORGANISATION

WELTBANK

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

INTERNATIONALE FERNMELDEUNION

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR AFRIKA

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR EUROPA

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR LATEINAMERIKA UND DIE KARIBIK

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR ASIEN UND DEN PAZIFIK

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR WESTASIEN

GEMEINSAMES PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR HIV/AIDS

KINDERHILFSWERK DER VEREINTEN NATIONEN

HANDELS- UND ENTWICKLUNGSKONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN

EINHEIT DER VEREINTEN NATIONEN FÜR GLEICHSTELLUNG UND ERMÄCHTIGUNG DER FRAU - UN-FRAUEN

ENTWICKLUNGSPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

UMWELTPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

RAHMENÜBEREINKOMMEN DER VEREINTEN NATIONEN ÜBER KLIMAÄNDERUNGEN

HOHER FLÜCHTLINGSKOMMISSAR DER VEREINTEN NATIONEN

PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR MENSCHLICHE SIEDLUNGEN

BEVÖLKERUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN

INTERNATIONALES HANDELSZENTRUM

INTERPARLAMENTARISCHE UNION

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

WELTHANDELSORGANISATION

Millenniums-Entwicklungsziele Bericht 2012



VEREINTE NATIONEN
NEW YORK, 2012

WIR KÖNNEN
DIE ARMUT BEENDEN
2015 MILLENNIUMS-
ENTWICKLUNGS-
ZIELE



Vorwort

Im diesjährigen Bericht über die Fortschritte bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele werden mehrere Meilensteine beleuchtet. Fünf Jahre vor Ablauf der vereinbarten Frist 2015 wurde das Ziel, die extreme Armut um die Hälfte zu verringern, ebenso erreicht wie das Ziel, den Anteil der Menschen, die keinen zuverlässigen Zugang zu verbesserten Trinkwasserquellen haben, zu halbieren. Für mehr als 200 Millionen Slumbewohner, doppelt so viele wie für 2020 angestrebt, verbesserten sich die Lebensbedingungen. Die Bildungsbeteiligung der Mädchen im Grundschulbereich entsprach der der Jungen, und die Kinder- und Müttersterblichkeit wurde zügiger gesenkt.

Diese Ergebnisse belegen, dass menschliches Leid enorm gemindert wurde und dass der mit den Millenniums-Entwicklungszielen verfolgte Ansatz richtig ist. Sie bieten uns jedoch keinen Grund, in unseren Bemühungen nachzulassen. Prognosen zufolge werden 2015 weltweit noch immer mehr als 600 Millionen Menschen nicht verbesserte Wasserquellen nutzen, fast eine Milliarde Menschen mit einem Einkommen von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen müssen, weiterhin Mütter unnötig bei der Geburt sterben und Kinder vermeidbaren Krankheiten zum Opfer fallen. Hunger bleibt eine globale Herausforderung, und eine abgeschlossene Grundschulbildung für alle Kinder ist nach wie vor ein grundlegendes, aber unerreichtes Ziel mit Auswirkungen auf alle anderen Ziele. Das Fehlen einer sicheren Sanitärversorgung hemmt den Fortschritt in den Bereichen Gesundheit und Ernährung, der Artenschwund setzt sich unvermindert rasch fort, und die Treibhausgasemissionen stellen weiterhin eine große Bedrohung für Menschen und Ökosysteme dar.

Unerfüllt bleibt auch das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter, was ebenfalls umfangreiche negative Folgen hat, da die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele stark von der Ermächtigung der Frauen und dem gleichen Zugang von Frauen zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und Entscheidungsprozessen abhängt. Zudem müssen wir einräumen, dass die Fortschritte je nach Land und Region ungleichmäßig ausfallen und dass zwischen den Bevölkerungsgruppen, insbesondere zwischen ländlichen und städtischen Gebieten, gravierende Ungleichheiten bestehen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele bis 2015 zu erreichen ist schwierig, aber möglich. Viel hängt von der Erreichung des Ziels 8, der weltweiten Entwicklungspartnerschaft, ab. Wir dürfen nicht erlauben, dass die derzeitigen Wirtschaftskrisen, die einen Großteil der entwickelten Länder heimsuchen, den Fortschritt verlangsamen oder rückgängig machen. Bauen wir auf den bisherigen Erfolgen auf, und lassen wir nicht nach, bis alle Millenniums-Entwicklungsziele erreicht sind!



BAN KI-MOON
Generalsekretär, Vereinte Nationen

Überblick

Drei Jahre vor Fristablauf umfassende Fortschritte bei Millenniumszielen

In Bezug auf die von den politischen Führern der Welt vor über einem Jahrzehnt vereinbarten Millenniums-Entwicklungsziele sind bedeutende Ergebnisse zu verzeichnen. Gemeinsam ist es den Regierungen, dem System der Vereinten Nationen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft gelungen, zahlreichen Menschen das Leben zu retten und für viele weitere die Lebensbedingungen zu verbessern. Die Welt hat einige wichtige Ziele erfüllt, und das früher als vorgesehen.

- **Extreme Armut sinkt in allen Regionen**

Erstmals seit Beginn der Beobachtung von Armutstrends gingen die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen und die Armutsquote in allen Entwicklungsregionen zurück, so auch in Afrika südlich der Sahara, das die höchsten Werte aufweist. Der Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen, schrumpfte zwischen 1990 und 2008 von 47 auf 24 Prozent, ihre Zahl von über 2 auf unter 1,4 Milliarden.

- **Das Armutsminderungsziel wurde erreicht**

Nach vorläufigen Schätzungen fiel 2010 die globale Armutsquote unter Annahme einer Armutsgrenze von 1,25 Dollar pro Tag auf weniger als die Hälfte des Wertes von 1990. Bestätigen sich diese Ergebnisse, wird die erste Zielvorgabe der Millenniums-Entwicklungsziele, die Halbierung der Quote extremer Armut gegenüber 1990, auf globaler Ebene lange vor 2015 erreicht sein.

- **Das Halbierungsziel beim Zugang zu verbesserten Wasserquellen wurde erreicht**

2010 wurde auch das Ziel, den Bevölkerungsanteil ohne nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser zu halbieren, erreicht. Zwischen 1990 und 2010 stieg der Anteil der Menschen, die eine verbesserte Wasserquelle nutzen, von 76 auf 89 Prozent, und über zwei Milliarden Menschen erlangten im gleichen Zeitraum Zugang zu verbesserten Trinkwasserquellen wie Leitungswasser und geschützten Quellen.

- **Bessere Lebensbedingungen für 200 Millionen Slumbewohner: Zielvorgabe übertroffen**

Der Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner fiel in den Entwicklungsregionen zwischen 2000 und 2012 von 39 auf 33 Prozent. Mehr als 200 Millionen Menschen haben nun Zugang zu verbesserten Wasserquellen, verbesserten sanitären Einrichtungen oder einer festen oder weniger beengten Unterkunft. Damit ist das Ziel, die Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern erheblich zu verbessern, deutlich vor dem Ende des Planungshorizonts 2020 erreicht.

- **In der Grundschulbildung wurde Parität zwischen Mädchen und Jungen hergestellt**

Dank nationaler und internationaler Anstrengungen und der Kampagne für die Millenniums-Entwicklungsziele besuchen weltweit wesentlich mehr Kinder eine Grundschule, vor allem seit 2000. Von dieser Entwicklung haben am meisten die Mädchen profitiert. Bei der Bildungsbeteiligung steigerte sich das Verhältnis von Mädchen zu Jungen in den Entwicklungsregionen insgesamt im Zeitraum 1999-2010 von 91 auf 97 zu 100. Damit liegt der Geschlechterparitätsindex innerhalb der als Maß für Parität akzeptierten Marge von 100 Prozent plus oder minus 3 Punkte.

- **Viele der Länder mit den größten Problemen sind in Richtung allgemeine Grundschulbildung erheblich vorangekommen**

In Afrika südlich der Sahara stieg die Bildungsbeteiligungsquote von Kindern im Grundschulalter zwischen 1999 und 2010 merklich an, und zwar von 58 auf 76 Prozent. Viele Länder der Region konnten den relativ hohen Anteil der Kinder, die keine Schule besuchen, trotz der wachsenden Zahl der Kinder im Grundschulalter senken.

- **Senkung der Kindersterblichkeit gewinnt an Fahrt**

Trotz eines Bevölkerungszuwachses sank die Zahl der Sterbefälle von Kindern unter fünf Jahren zwischen 1990 und 2010 im Weltmaßstab von mehr als 12,0 Millionen auf 7,6 Millionen, wobei die Entwicklungsregionen zusammengenommen den Fortschritt beschleunigen konnten. In Afrika südlich der Sahara, der Region mit der höchsten Sterblichkeit der unter Fünfjährigen, verdoppelte sich die durchschnittliche jährliche Senkungsrate von 1,2 Prozent im Zeitraum 1990-2000 auf 2,4 Prozent im Zeitraum 2000-2010.

- **Zunehmender Behandlungszugang für Menschen mit HIV in allen Regionen**

Ende 2010 erhielten in den Entwicklungsregionen 6,5 Millionen Menschen eine antiretrovirale HIV- oder Aids-Therapie. Damit war ihre Gesamtzahl seit Dezember 2009 um über 1,4 Millionen gewachsen, stärker als je zuvor in einem Jahr. Das Ziel, bis 2010 allen Betroffenen Zugang zu Behandlung zu ermöglichen, wurde jedoch verfehlt.

- **Die Welt ist auf Kurs, die Ausbreitung der Tuberkulose zu bremsen und allmählich umzukehren**

Die Tuberkuloseinzidenz ist weltweit seit 2002 rückläufig, und die Tuberkulosesterblichkeit wird aktuellen Prognosen zufolge bis 2015 auf die Hälfte des Wertes von 1990 sinken.

- **Malariasterblichkeit geht global zurück**

Die geschätzte Malariainzidenz ist seit 2000 weltweit um 17 Prozent, die Malariasterblichkeit im gleichen Zeitraum um 25 Prozent gesunken. Zwischen 2000 und 2010 verringerte sich in 43 der 99 Länder, in denen die Malaria endemisch ist, die Zahl der gemeldeten Malariafälle um mehr als 50 Prozent.

Ungleichheit schmälert Erfolge und bremst Fortschritt in anderen Bereichen

Die Fortschritte waren je nach Region und Land ungleich verteilt und haben sich infolge der zahlreichen Krisen im Zeitraum 2008-2009 bei einigen Millenniumszielen verlangsamt.

- **Unsichere Beschäftigung ging in über zwanzig Jahren nur unwesentlich zurück**

Unsichere Beschäftigung, definiert als Anteil der unbezahlten Familienangehörigen und der Selbständigen an der Gesamtbeschäftigung, machte 2011 in den Entwicklungsregionen etwa 58 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse aus, ein mäßiger Rückgang gegenüber den 67 Prozent zwanzig Jahre zuvor. Solche unsicheren und gering entlohnten Erwerbsverhältnisse sind besonders typisch für Frauen und Jugendliche.

- **Der Rückgang der Müttersterblichkeit ist von der Zielvorgabe für 2015 noch weit entfernt**

Bei der Gesundheit von Müttern und der Senkung der Müttersterblichkeit hat es bedeutende Verbesserungen gegeben, doch geht es immer noch langsam voran. Frühe Mutterschaften wurden weiter reduziert und die Verwendung von Verhütungsmitteln wurde ausgeweitet, allerdings seit 2000 weniger rasch als im Jahrzehnt zuvor.

- **Verbesserte Wasserquellen werden in ländlichen Gebieten seltener genutzt**

Der Anteil der Menschen, die nicht verbesserte Wasserquellen nutzen, betrug 2010 auf dem Land 19 Prozent, in der Stadt dagegen nur 4 Prozent. Zudem berücksichtigt der für die Fortschrittmessung gewählte Ersatzindikator nicht die Aspekte Sicherheit, Zuverlässigkeit und Nachhaltigkeit, sodass die Werte wahrscheinlich eine Überschätzung der tatsächlichen Zahl der Menschen darstellen, die sichere Trinkwasserquellen nutzen. Bedenklicher ist, dass nahezu die Hälfte der Bevölkerung der Entwicklungsregionen, nämlich 2,5 Milliarden Menschen, noch immer keinen Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen hat. 2015 wird die weltweite Zugangsquote nur 67 Prozent betragen und damit weit unter den zur Erreichung des Ziels erforderlichen 75 Prozent liegen.

- **Hunger bleibt eine globale Herausforderung**

Nach jüngsten Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen waren 2006-2008 850 Millionen Menschen oder 15,5 Prozent der Weltbevölkerung unterernährt. Diese anhaltend hohen Werte zeigen, dass mehrere Regionen trotz gesunkener Einkommensarmut keine Fortschritte bei der Beseitigung des Hungers verzeichneten. Auch die Verringerung der Unterernährung von Kindern geht nur schleppend voran. In Südasien war 2010 nahezu ein Drittel der Kinder untergewichtig.

- **Die Zahl der Slumbewohner wächst weiter**

Der Anteil der Slumbewohner an der Stadtbevölkerung ist zwar gesunken, die absolute Zahl jedoch seit dem Basisjahr 1990 von 650 Millionen weiter angestiegen, und zwar auf etwa 863 Millionen.

Kommende Jahre bieten Chance für weiteren Fortschritt und Weichenstellung für unsere Zukunft

Bis 2015 bleibt nicht mehr viel Zeit. Die nationalen Regierungen, die internationale Gemeinschaft, die Zivilgesellschaft und der Privatsektor werden mehr leisten müssen, wenn wir die Ungleichheit, eine seit langem bestehende und langfristige Herausforderung, angehen und die Förderung der Ernährungssicherung, der Geschlechtergleichstellung, der Müttergesundheit, der ländlichen Entwicklung, der Infrastruktur und der ökologischen Nachhaltigkeit sowie die Reaktion auf den Klimawandel vorantreiben.

Eine neue Agenda zur Fortführung unserer Anstrengungen über 2015 hinaus nimmt Gestalt an. Bei dieser Debatte bietet die Kampagne für die Millenniums-Entwicklungsziele mit ihren Erfolgen wie Rückschlägen einen reichen Erfahrungsschatz, aus dem wir schöpfen können und der uns in dem Vertrauen bestärkt, dass weitere Erfolge möglich sind.

- **Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen sind wichtige Voraussetzungen**

Frauen sind Männern noch immer nicht gleichgestellt und werden beim Zugang zu Bildung, Beschäftigung und Wirtschaftsgütern und bei der Teilhabe an staatlichen Entscheidungsprozessen weiter diskriminiert. Gewalt gegen Frauen untergräbt nach wie vor die Bemühungen um die Erreichung aller Ziele. Weitere Fortschritte bis 2015 und darüber hinaus werden im Wesentlichen von einer gelungenen Bewältigung dieser miteinander verflochtenen Herausforderungen abhängen.

- **Fortschritte bei den Millenniumszielen sind ein Zeugnis der Stärke globaler Zielsetzungen und einer gemeinsamen Ausrichtung**

Die Millenniums-Entwicklungsziele bilden ein Grundgerüst für die globale Entwicklung. Ausschlaggebend für diesen Erfolg sind eine klare Agenda mit messbaren Zielen und Zielvorgaben sowie eine gemeinsame Vision.

In aller Welt besteht nun die Erwartung, dass alle diese Ziele besser früher als später erreicht werden können und müssen. Die politischen Führer werden an diesem hohen Standard gemessen werden. Sektoren wie der Staat, die Wirtschaft, die Wissenschaft und die Zivilgesellschaft mit ihren bekanntlich häufig divergierenden Interessen lernen, gemeinsame Bestrebungen kooperativ zu verfolgen. Die umfangreichen Statistiken und klaren Analysen im diesjährigen Bericht über die Millenniums-Entwicklungsziele vermitteln uns allen eine gute Vorstellung davon, worauf unsere Anstrengungen gerichtet sein sollen.

沙祖康

SHA ZUKANG
Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

Ziel 1

Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

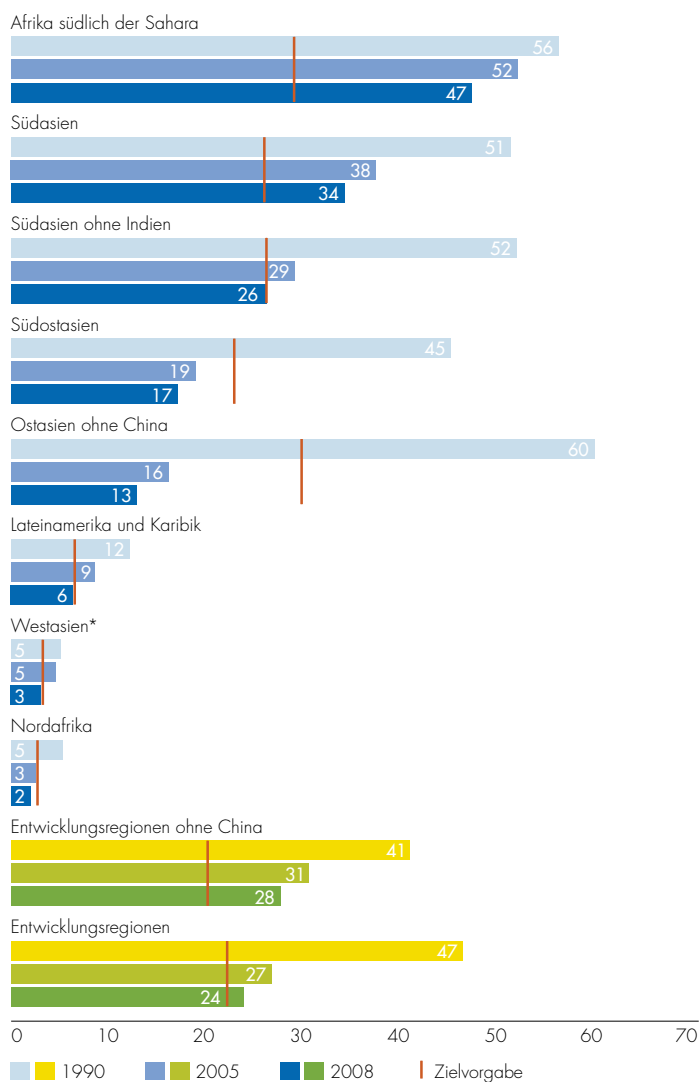


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Extreme Armut sinkt in allen Regionen

Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen – 1990, 2005 und 2008 (in Prozent)



* Der Gesamtwert beruht auf Daten aus 5 von 13 Ländern der Region.

Anmerkung: Zur Berechnung der Gesamtwerte für Ozeanien liegen keine ausreichenden Länderdaten vor.

Erstmals seit Beginn der Beobachtung von Armutstrends durch die Weltbank sanken sowohl die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen als auch die Armutsquote in allen Entwicklungsregionen, darunter in Afrika südlich der Sahara, das die höchsten Werte aufweist. Der Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen, ging in den Entwicklungsregionen zwischen 1990 und 2008 von 47 Prozent auf 24 Prozent zurück. 2008 lebten etwa

110 Millionen weniger Menschen in extremer Armut als 2005. Ihre Gesamtzahl sank in diesen Regionen von über 2 Milliarden im Jahr 1990 auf unter 1,4 Milliarden im Jahr 2008.

Jüngere Analysen für die Zeit nach 2008 lassen erkennen, dass die globale Armutsquote trotz hoher Nahrungsmittel- und Brennstoffpreise und der schweren wirtschaftlichen Rezession der letzten vier Jahre, die in einigen Ländern schwächere Bevölkerungsgruppen in Mitleidenschaft gezogen und das Tempo der Armutsminderung verlangsamt haben, weiter rückläufig ist. Nach einer vorläufigen Schätzung der Weltbank, die auf einer viel kleineren Zahl von Erhebungen als die aktualisierte globale Bewertung beruht, sank die mit dem Indikator von 1,25 Dollar pro Tag gemessene globale Armutsquote 2010 auf weniger als die Hälfte des Wertes von 1990. Sollten Folgeuntersuchungen diese Ergebnisse bestätigen, wird die erste Zielvorgabe der Millenniums-Entwicklungsziele, die Senkung der Quote extremer Armut auf die Hälfte des Wertes von 1990, auf globaler Ebene deutlich vor Ablauf der Frist 2015 erreicht sein.

Selbst bei dem aktuellen Fortschrittstempo werden jedoch Schätzungen zufolge 2015 noch rund 1 Milliarde Menschen mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen, was einer globalen Quote extremer Armut von knapp 16 Prozent entspricht. Vier von fünf extrem armen Menschen werden in Afrika südlich der Sahara und in Südasien leben.

Manche Regionen waren erfolgreicher als andere. Bemerkenswert war das Fortschrittstempo weiter in China, wo die Quote extremer Armut zwischen 1990 und 2005 von 60 auf 16 Prozent zurückgegangen war und bis 2008 weiter auf 13 Prozent fiel. In Indien und der Region Südasien ohne Indien sank die Armutsquote zwischen 1990

und 2008 von 51 auf 37 Prozent beziehungsweise von 52 auf 26 Prozent.

Demgegenüber ist Armut in Afrika südlich der Sahara und in Südasien trotz erheblicher Fortschritte nach wie vor weit verbreitet. In Afrika südlich der Sahara sank die Armutsquote zwischen 2005 und 2008 um nahezu 5 Prozentpunkte auf unter 48 Prozent und damit stärker als je zuvor seit Beginn der Schätzung internationaler Armutsquoten. Erstmals nahm dort auch die absolute Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen ab, und zwar von 395 Millionen 2005 auf 386 Millionen 2008, womit sich der seit 1981 verzeichnete langfristige Aufwärtstrend umkehrte.

Weitere Fortschritte hin zur langfristigen Armutsbeseitigung sind in den kommenden Jahren möglich und wahrscheinlich, wenn die Entwicklungsländer die in weiten Teilen des letzten Jahrzehnts erreichten kräftigen Wachstumsraten beibehalten und die der extremen Armut förderlichen Bedingungen auch künftig angehen: schlechte Gesundheit und fehlende Bildung, die den Zugang zu produktiver Beschäftigung verschließen, Umweltressourcen, die erschöpft oder geschädigt sind, sowie Korruption, Konflikte und schlechte Regierungsführung, infolge deren öffentliche Ressourcen verschwendet und private Investitionen verhindert werden.

Allein schon die Fähigkeit, die Wirkung von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung an konkreten Orten zu beobachten, ist ein wichtiges Instrument zur Armutsbeseitigung. Allerdings ist die Qualität und Menge der Daten kaum ausreichend, vor allem in kleinen Staaten und in Ländern und Gebieten in fragiler Situation. Die Qualität und Breite von Haushaltserhebungen, einer wichtigen Datenquelle zur Armutsbeobachtung, muss daher dringend verbessert werden.

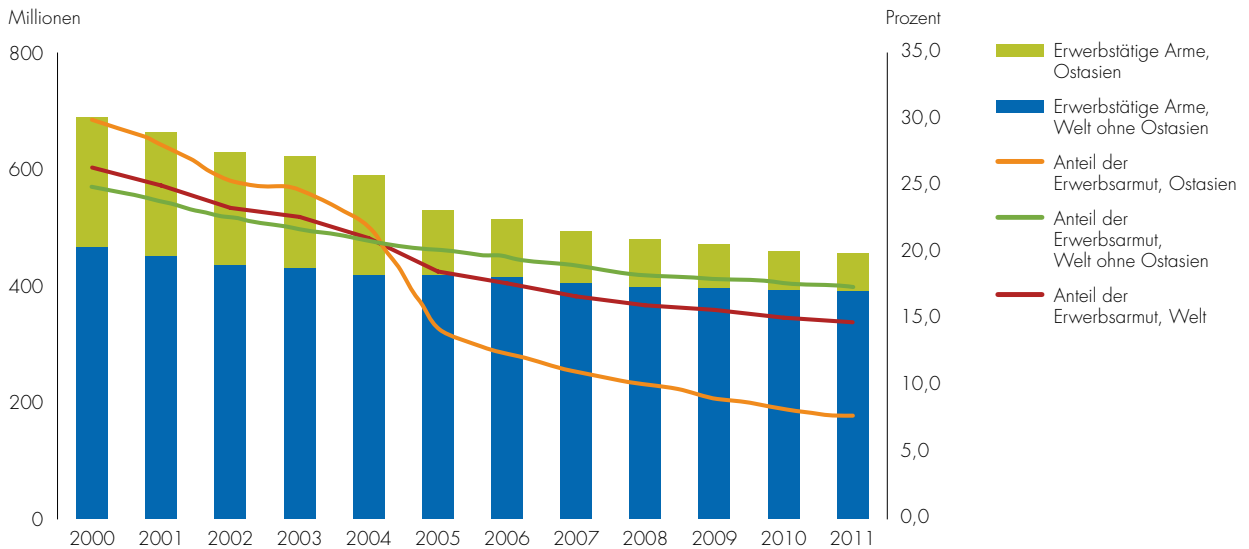


ZIELVORGABE

Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen, verwirklichen

Ostasien als Schrittmacher für die weltweite Bekämpfung der Erwerbsarmut

Anteil der Erwerbstätigen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen (in Prozent), und Zahl der erwerbstätigen Armen (in Millionen) – 2000-2011



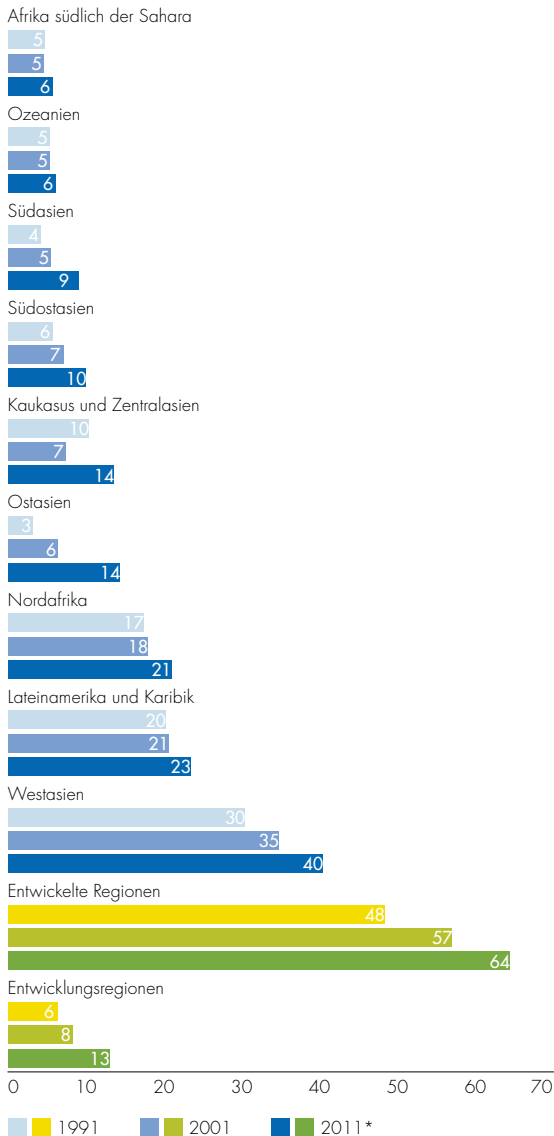
Nach jüngeren, auf einer neuen Methodik beruhenden Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) lebten 2011 weltweit 456 Millionen Erwerbstätige und damit 233 Millionen weniger als 2000 und 38 Millionen weniger als 2007 unter der Armutsgrenze von 1,25 Dollar pro Tag. Der globale Rückgang ist in hohem Maße auf die drastische Verringerung der extremen Armut unter den Erwerbstätigen in Ostasien zurückzuführen, wo die Zahl der armen Erwerbstätigen wegen des raschen Wirtschaftswachstums und der Armutsminderung, vor allem in China, zwischen 2000 und 2011 um 158 Millionen und zwischen 2007 und 2011 um 24 Millionen sank.

Weltweit schrumpfte der Anteil der unter der Armutsgrenze von 1,25 Dollar lebenden Erwerbstätigen zwischen 2000 und 2011 von 26,4 auf 14,8 Prozent. Nimmt man Ostasien aus, fällt der Rückgang weniger stark aus, nämlich von 25,0 auf 17,4 Prozent.

Auch wenn die Erwerbsarmut rückläufig ist, hat sich der Fortschritt seit 2008 deutlich verlangsamt. Eine Projektion der vor der Krise (2002-2007) beobachteten Trends der Erwerbsarmut zeigt, dass der tatsächliche Wert für 2011 um 1,6 Prozentpunkte vom erwarteten Wert abweicht, was bedeutet, dass die Zahl der erwerbstätigen Armen 2011 die Projektion der Vorkrisentrends um 50 Millionen übersteigt.

Großer Rückstand der Entwicklungsregionen bei der Arbeitsproduktivität

Leistung je Erwerbstätigen – 1991, 2001 und 2011 (in konstanten, um die Kaufkraftparität bereinigten internationalen Dollar von 2005)



Die Arbeitsproduktivität ist ein wichtiges Maß der Wirtschaftsleistung, anhand dessen sich die Wahrscheinlichkeit ermitteln lässt, mit der ein Land menschenwürdige Beschäftigungsmöglichkeiten mit fairer und ausgewogener Entlohnung schaffen kann. Ohne eine Steigerung der Arbeitsproduktivität ist eine dauerhafte Verringerung der Erwerbsarmut daher nur schwer zu erreichen.

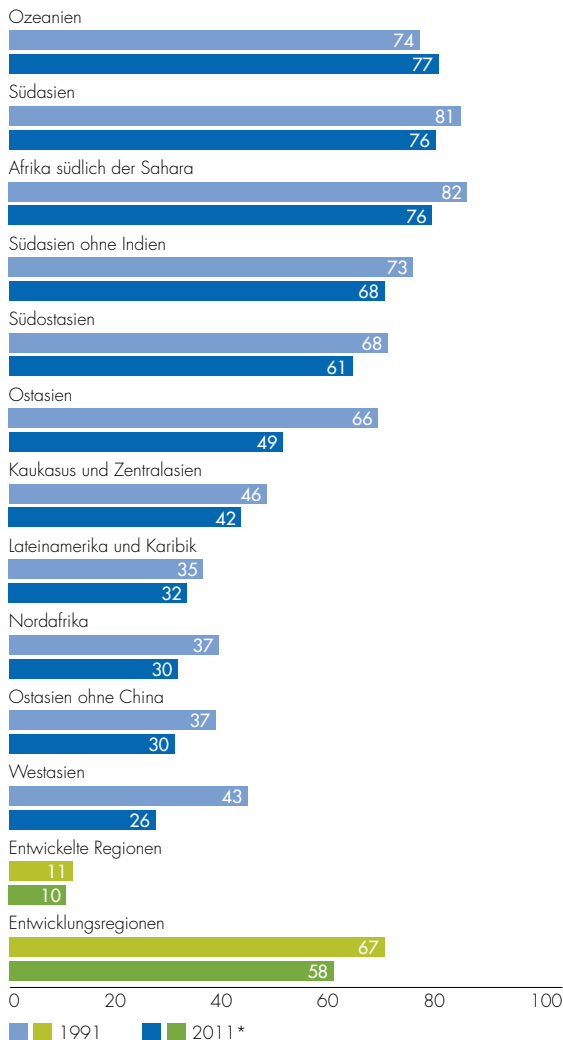
Das Gefälle der Arbeitsproduktivität zwischen den entwickelten und den Entwicklungsregionen hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten verringert, ist aber nach wie vor ausgeprägt: Die Leistung je Erwerbstätigen lag 2011 in den entwickelten Regionen bei 64.319 Dollar, in den Entwicklungsregionen dagegen bei durchschnittlich 13.077 Dollar. Demnach produziert ein Erwerbstätiger in den Entwicklungsregionen nach Bereinigung der Preisunterschiede zwischen den Ländern im Durchschnitt lediglich ein Fünftel dessen, was ein Erwerbstätiger in den entwickelten Regionen erzeugt.

Hinter dem Durchschnitt der Produktivität in den Entwicklungsländern verbergen sich jedoch beträchtliche regionale Unterschiede. In den letzten zehn Jahren wurden in Lateinamerika und der Karibik, Afrika südlich der Sahara und Ozeanien nur sehr begrenzte Fortschritte erzielt, während sich die Produktivität in Ostasien zwischen 2001 und 2011 mehr als verdoppelte. Die relativ schwache Produktivitätssteigerung in den Entwicklungsregionen außerhalb Asiens ist ein entscheidender Faktor zur Erklärung der anhaltenden Erwerbsarmut.



Unsichere Beschäftigung wird schleppend abgebaut

Anteil der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen an der Gesamtbeschäftigung – 1991 und 2011 (in Prozent)



* Die Zahlen für 2011 sind vorläufige Schätzwerte.

Auf unsichere Beschäftigungsverhältnisse, definiert als die Summe der Anteile der unbezahlten Familienangehörigen und der Selbständigen an der Gesamtbeschäftigung, entfielen 2011 in den Entwicklungsregionen schätzungsweise 58 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse.

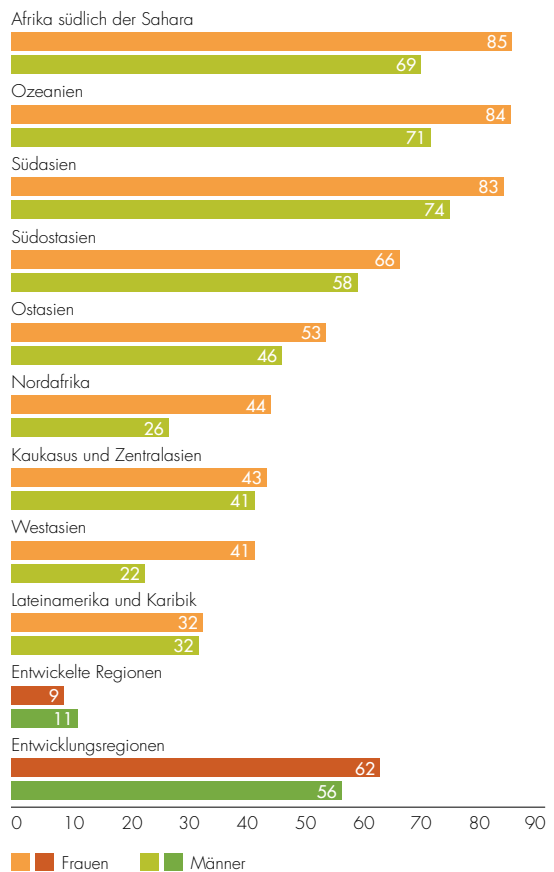
Der Anteil der Erwerbstätigen in einem als unsicher definierten Beschäftigungsverhältnis ging zwischen 1991 und 2011 langsam zurück, jedoch in einem zu mäßigen Tempo, um zu verhindern, dass die absolute Zahl der Erwerbstätigen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen seit 2000 um 136 Millionen auf insgesamt 1,52 Milliarden anstieg. Dieser Trend ist in erheblichem Umfang auf die stetige Zunahme der Erwerbsbevölkerung in den Ländern

zurückzuführen, in denen unsichere Beschäftigungsverhältnisse besonders häufig anzutreffen sind.

Ein hoher Anteil von Erwerbstätigen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen ist ein Hinweis auf die weite Verbreitung informeller Arbeitsregelungen, die durch das Fehlen eines angemessenen Sozialschutzes, schlechte Bezahlung und schwierige Arbeitsbedingungen, unter denen die Grundrechte der Erwerbstätigen verletzt oder untergraben werden können, gekennzeichnet sind.

Weitaus mehr Frauen als Männer in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen

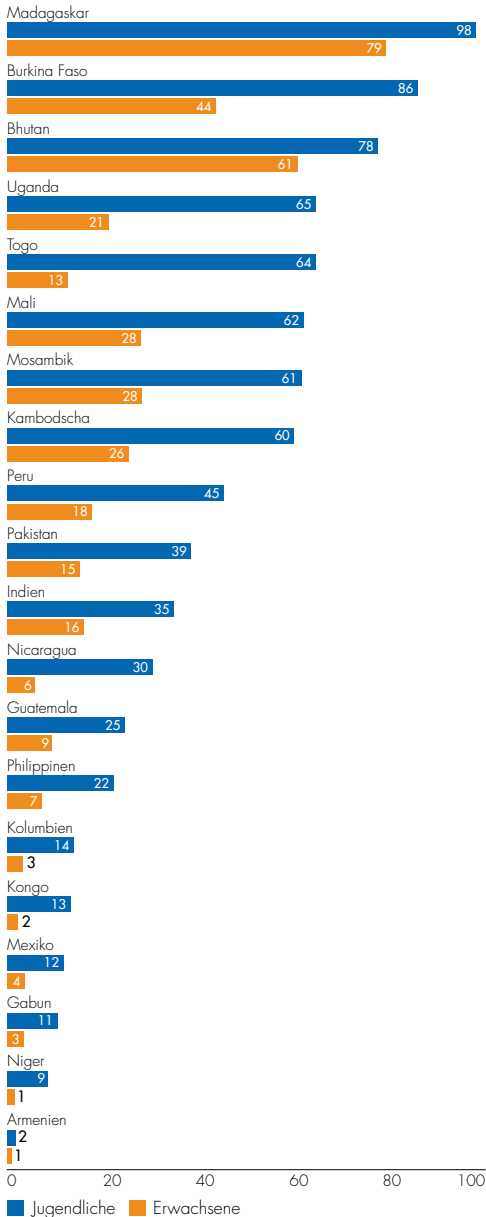
Anteil der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen an der Gesamtbeschäftigung – Frauen und Männer 2011 (in Prozent)



Der größte Abstand zwischen der Beschäftigungsunsicherheit von Frauen und der von Männern lässt sich in Nordafrika beobachten, wo 2011 44 Prozent der Frauen gegenüber 26 Prozent der Männer einer als unsicher eingestuftem Arbeit nachgingen, und in Westasien, wo die Quote bei Frauen 41 Prozent und bei Männern 22 Prozent betrug. Geschlechterübergreifend war der Anteil unsicherer Beschäftigungsverhältnisse in Afrika südlich der Sahara mit 85 Prozent für Frauen und 69 Prozent für Männer am höchsten.

Geringe Chancen für Jugendliche in Familienbetrieben

Anteil der mithelfenden Familienangehörigen an der Gesamtbeschäftigung – Jugendliche und Erwachsene, ausgewählte Länder, 2003/2006 (in Prozent)



Als Einstieg in das Arbeitsleben helfen viele junge Menschen in informellen oder landwirtschaftlichen Familienbetrieben mit. In einer Stichprobe von 20 Entwicklungsländern, für die nach dem Alter und der Stellung im Erwerbsleben aufgeschlüsselte Daten vorliegen, übersteigt der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen unter den jugendlichen Erwerbstätigen in allen Ländern den entsprechenden Anteil unter den erwachsenen Erwerbstätigen.

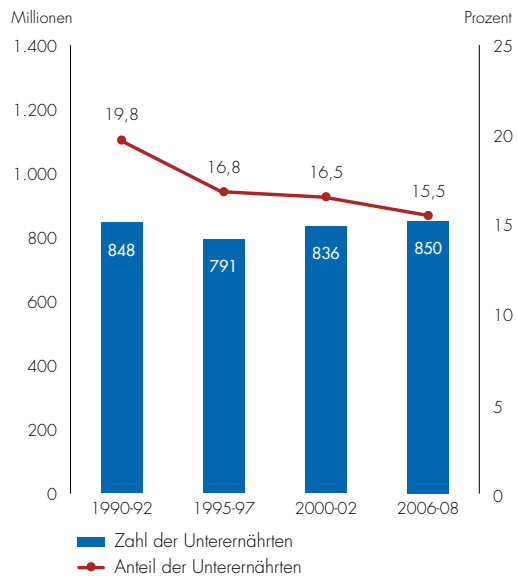
Der Übergang von der Schule zum Erwerbsleben kann auch Phasen der Arbeitslosigkeit oder der befristeten oder Gelegenheitsbeschäftigung umfassen, bevor ein endgültiger Status erreicht wird, der häufig eine selbständige Tätigkeit ist.

ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

Zahl und Anteil der unter Mangelernährung Leidenden seit 1990 stabil

Zahl der Unterernährten und ihr Anteil an der Bevölkerung in den Entwicklungsregionen – 1990-1992, 1995-1997, 2000-2002 und 2006-2008

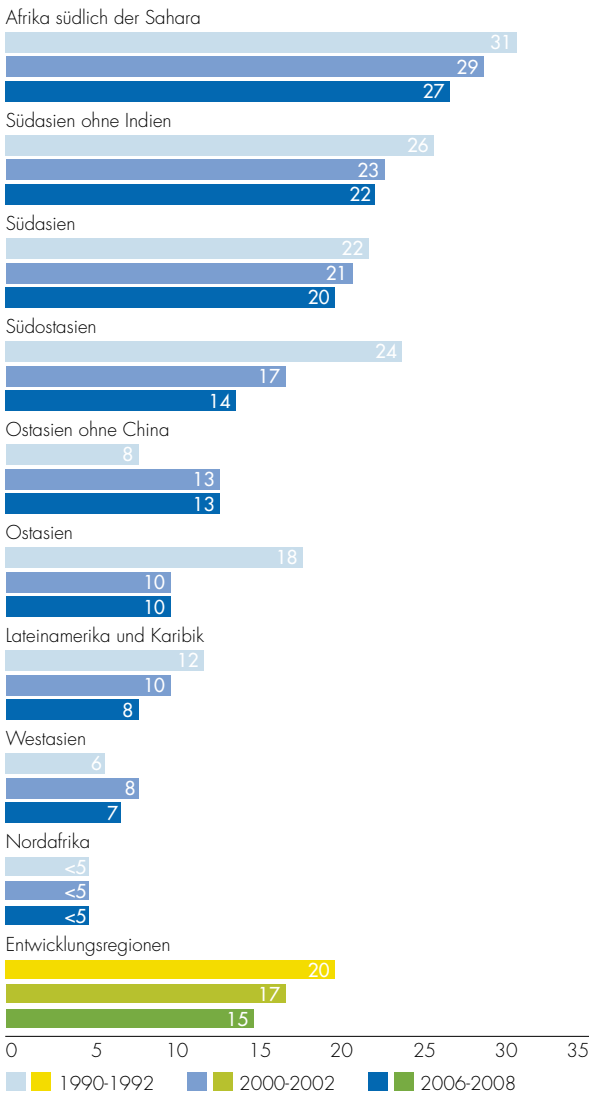


Die jüngsten Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) wurden 2011 für den Zeitraum 2006-2008 veröffentlicht. Demnach sind 850 Millionen Menschen oder 15,5 Prozent der Weltbevölkerung unterernährt. Diese Schätzungen stellen die erste Bewertung auf der Grundlage konkreter Daten zur Produktion und zum Konsum von Nahrungsmitteln dar, die sich auf 2008 beziehen und die tatsächlichen Auswirkungen der Nahrungsmittelpreiskrise von 2007/2008 und der Finanzkrise von 2008 abbilden.

Dank eines hohen Wirtschaftswachstums, das in vielen Entwicklungsländern mindestens bis Ende 2008 anhielt, war die Lage auf globaler Ebene nicht so düster wie möglicherweise erwartet und ursprünglich projiziert.

Behebung des Nahrungsmittelmangels schreitet in vielen Regionen langsamer oder gar nicht voran

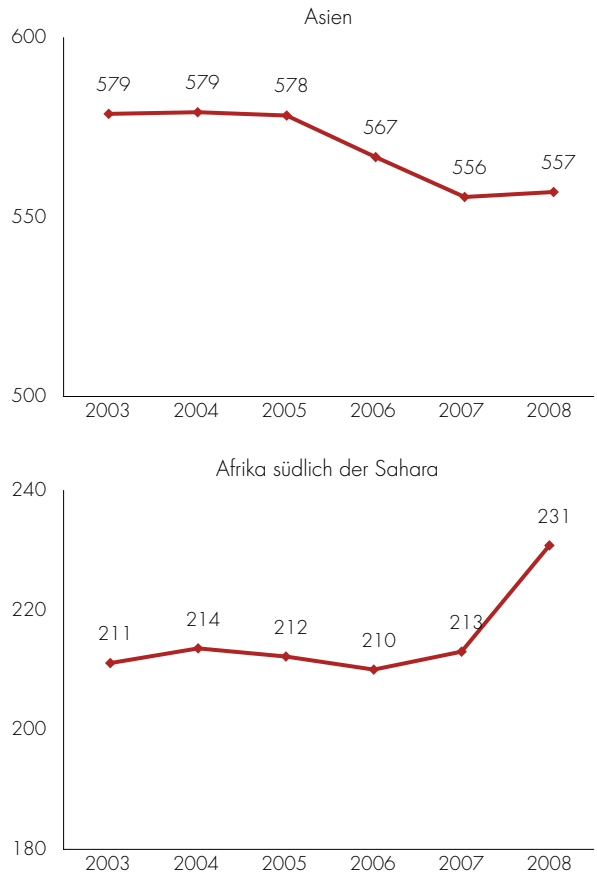
Anteil der Unterernährten an der Bevölkerung – 1990-1992, 2000-2002, 2006-2008 (in Prozent)



Die Prävalenz von Hunger ist in Afrika südlich der Sahara und Südasien ohne Indien noch immer beunruhigend hoch. Trotz eines Rückgangs der Einkommensarmut in Ostasien seit 2000 deutet dort nichts auf eine Verbesserung bei der Unterernährungsquote hin. In Anbetracht des Missverhältnisses zwischen rückläufigen Armutsquoten und gleichbleibender Unterernährung ist es notwendig, die Dimensionen und Ursachen des Hungers besser zu verstehen und geeignete Politiken und Maßnahmen durchzuführen.

Afrika südlich der Sahara am stärksten von der Nahrungsmittel- und Finanzkrise betroffen

Zahl der Unterernährten – 2003-2008 (in Millionen)



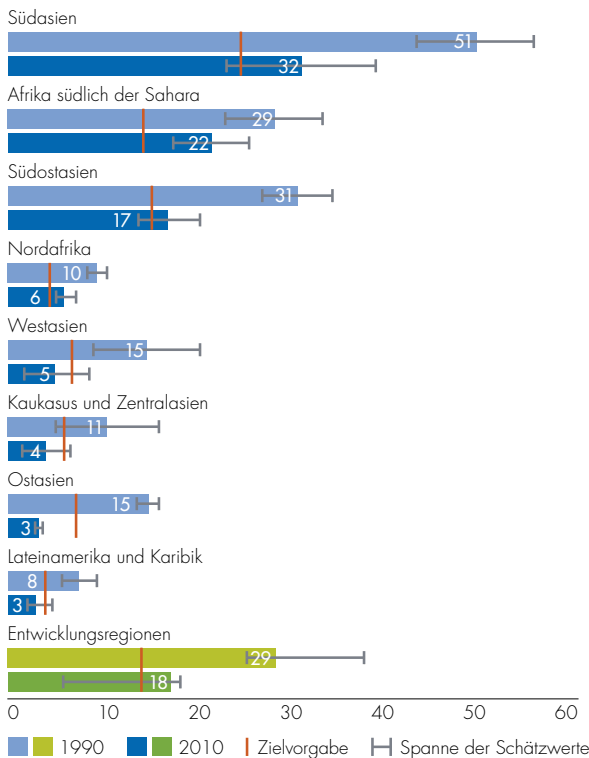
Aus der Bewertung der FAO geht hervor, wie sehr die stark auf Nahrungsmittelimporte angewiesenen kleinen Länder, vor allem in Afrika südlich der Sahara, von der Explosion der Nahrungsmittelpreise betroffen waren. Einige große Länder in Asien waren dagegen in der Lage, ihre Märkte durch eine restriktive Handelspolitik abzusichern und die Verbraucher über soziale Netze abzusichern. Demzufolge stieg die Zahl der Unterernährten zwar in Afrika südlich der Sahara deutlich an, blieb jedoch in Asien konstant.

Verbesserte Methodik zum besseren Verständnis der globalen Ernährungsunsicherheit

Die neuen Schätzungen der Hungerprävalenz werden auf der Grundlage einer größeren Zahl von Erhebungen zu den Ausgaben privater Haushalte und einer neuen, von der FAO entwickelten Methodik erstellt. Sie erlauben eine Bewertung für die Jahre 2009-2011 und vorläufige Schätzungen für 2012. Mit der verbesserten Methodik dürften Veränderungen im Ausmaß der Ungleichheit beim Zugang zu Nahrungsmitteln besser erfasst sowie Nahrungsmittelvorräte, Verwendungen für andere als Ernährungszwecke wie auch Abfälle präziser geschätzt werden.

Nahezu ein Fünftel der unter 5-Jährigen untergewichtig

Anteil der Kinder unter fünf Jahren, die an mittlerem oder starkem Untergewicht leiden – 1990 und 2010 (in Prozent)



Anmerkung: Die Prävalenzschätzungen werden nach den Standards der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für das Wachstum von Kindern berechnet. Die dargestellte Trendanalyse beruht auf einem in de Onis et al. 'Methodology for Estimating Regional and Global Trends of Child Malnutrition', International Journal of Epidemiology, Vol. 33, S. 1260-1270, beschriebenen multiplen Regressionsmodell, bei dem alle verfügbaren Trend-Datenpunkte von 1985 bis 2010 verwendet werden.

Die Fehlerbalken geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall der geschätzten regionalen Prävalenz wieder. Da diesen Prävalenzschätzungen andere Ausgangsdaten, eine andere internationale Standard-Referenzpopulation und andere Schätzmethoden zugrunde liegen, sind sie möglicherweise nicht mit den in früheren Ausgaben dieses Berichts veröffentlichten Durchschnittswerten vergleichbar.

Der Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren sank in den Entwicklungsregionen zwischen 1990 und 2010 von 29 auf 18 Prozent. Alle Regionen, für die vergleichbare Daten vorliegen, verzeichneten Fortschritte, die jedoch nicht genügen, um die globale Zielvorgabe bis 2015 zu erreichen. Zum Abbau der Disparitäten in Bezug auf Faktoren wie das Stadt-Land-Gefälle und die Armut müssen weitere Anstrengungen unternommen werden.

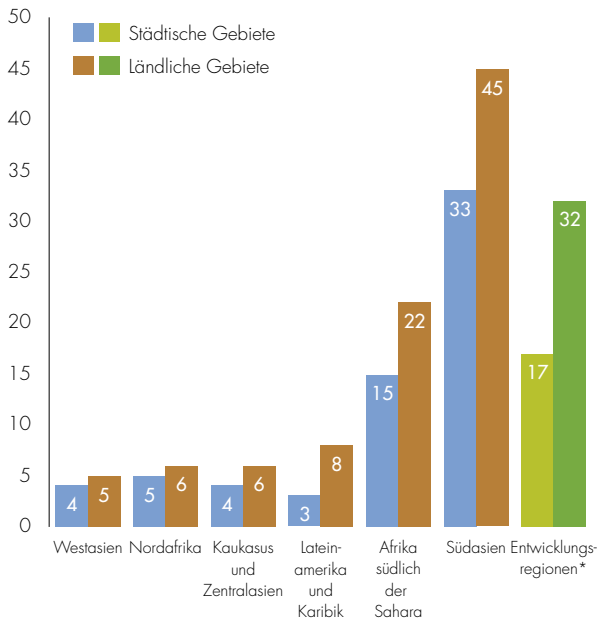
Ein gleichermaßen wichtiger Indikator für die allgemeine Gesundheit und den Ernährungsstatus von Kindern ist Wachstumshemmung, die als zu geringe Körpergröße für das Alter definiert wird und ein Leiden darstellt, das in den Entwicklungsländern allerdings häufig unerkannt bleibt. Wachstumshemmung ist stärker verbreitet als Untergewicht und spiegelt außerdem Ernährungsdefizite und Krankheiten, die in der frühen Lebensphase auftreten und Wachstum und Entwicklung hemmen, präziser wider. Auch wenn die Prävalenz der Wachstumshemmung zwischen 1990 und 2010 von etwa 44 Prozent auf 29 Prozent sank, unterliegen nach wie vor Millionen Kinder dem Risiko, infolge langfristiger Unterernährung in ihrer kognitiven und körperlichen Entwicklung beeinträchtigt zu werden.

Trotz klarer Hinweise auf die katastrophalen kurz- und langfristigen Folgen von Ernährungsmangel in der Kindheit wird gesunder Ernährung noch immer geringe Priorität beigemessen. Es ist daher an der Zeit, der Ernährung einen höheren Stellenwert auf der Entwicklungsagenda zu verschaffen.

In der so wichtigen Phase zwischen Empfängnis und dem vollendeten zweiten Lebensjahr lässt sich Unterernährung mit einigen einfachen, kostengünstigen Maßnahmen abbauen, unter anderem mit einer verbesserten Ernährung und Versorgung der Mütter, der Aufnahme des Stillens innerhalb einer Stunde nach der Geburt, dem ausschließlichen Stillen während der ersten sechs Lebensmonate und einer rechtzeitigen, angemessenen, sicheren und kindgerechten Beikost sowie Zusatzgaben von Mikronährstoffen in den folgenden 18 Monaten. Zum Ausbau der bisherigen Fortschritte müssen diese Maßnahmen dringend rascher und konzertiert umgesetzt und großflächig ausgeweitet werden.

Größtes Stadt-Land-Gefälle bei der Unterernährung von Kindern in Lateinamerika und der Karibik

Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren in den Entwicklungsregionen – städtische und ländliche Gebiete, 2006/2010 (in Prozent)



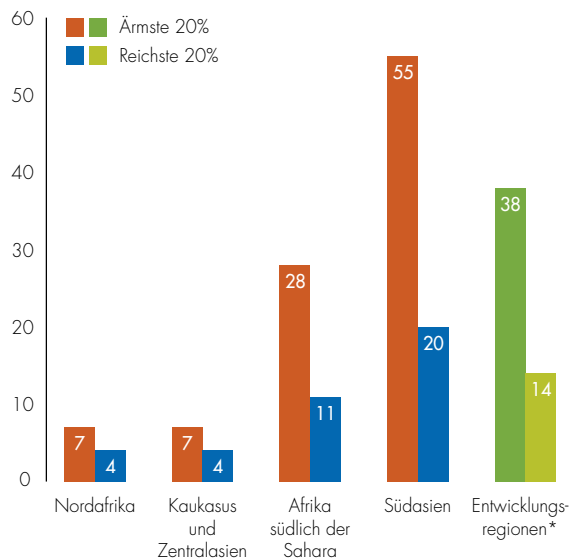
* Ohne China.

Anmerkung: Die regionalen Durchschnittswerte beruhen auf Daten für eine Teilmenge von 70 Ländern mit Angaben zum Wohnort, die 62 Prozent der ländlichen und 53 Prozent der städtischen Bevölkerung in den Entwicklungsregionen abdecken. Für Ostasien liegen keine Daten vor.

In den Entwicklungsregionen insgesamt sind Kinder in ländlichen Gebieten fast doppelt so häufig untergewichtig wie in städtischen Haushalten. Am größten ist die Diskrepanz in Lateinamerika und der Karibik, wo der Anteil der untergewichtigen Kinder auf dem Land acht Prozent und damit mehr als doppelt so viel wie in der Stadt betrug.

In allen Regionen ist Armut ein entscheidender Faktor für Unterernährung bei Kindern

Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren in den Entwicklungsregionen nach Quintil des Haushaltsvermögens – 2006/2010 (in Prozent)



* Ohne China.

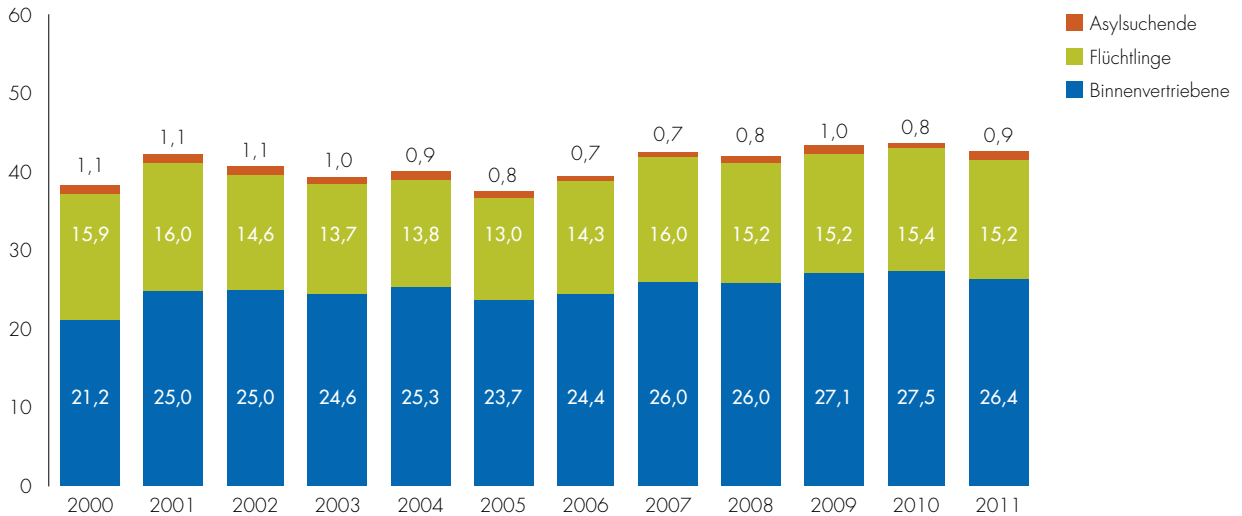
Anmerkung: Diese regionalen Durchschnittswerte beruhen auf Daten für eine Teilmenge von 65 Ländern mit Angaben zu Vermögensquintilen, die 54 Prozent des ärmsten und des reichsten Bevölkerungsfünftels in den Entwicklungsregionen abdecken. (Dabei wird von einer gleichmäßigen Verteilung der erfassten Bevölkerung auf das reichste und das ärmste Fünftel ausgegangen, was nicht unbedingt zutreffen muss.) Für Ostasien liegen keine Daten vor.

Ärmere Kinder sind im Vergleich zu Kindern aus den reichsten 20 Prozent der Haushalte mit nahezu dreimal höherer Wahrscheinlichkeit untergewichtig. Am größten ist das Gefälle in Südasien, wo die Prävalenz von Unterernährung bei Kindern im ärmsten Haushaltsquintil 2,8-mal höher ist als im reichsten Quintil.



Trotz verstärkter Rückführung im Jahr 2011 anhaltend hohe Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen

Zahl der Flüchtlinge, Asylsuchenden und Binnenvertriebenen – 2000-2011 (in Millionen)



Infolge von bewaffneten Konflikten und Gewalt wurden 2011 über vier Millionen Menschen, mehr als in vielen Jahren zuvor, innerhalb oder außerhalb der Grenzen ihres Landes entwurzelt. Dies war vor allem auf die Gewalt nach den Wahlen in Côte d'Ivoire, die Aufstände des „arabischen Frühlings“ und eine sich verschlechternde Lage in Somalia, insbesondere in der ersten Jahreshälfte, zurückzuführen.

Die Zahl der freiwillig zurückkehrenden Flüchtlinge war seit 2004 stetig gesunken, doch kehrte sich dieser Trend 2011 aufgrund der Verbesserung der Lage in einigen Ländern mit der Rückkehr von über einer halben Million Flüchtlinge um, was mehr als dem Doppelten der 2010 gemessenen Zahl von 197.600 entspricht und den höchsten Wert seit der Rückkehr von 604.000 Flüchtlingen im Jahr 2008 darstellt.

Allerdings war die Zahl der freiwillig zurückkehrenden Flüchtlinge 2011 auch die drittniedrigste des Jahrzehnts. Weltweit sind in den letzten zehn Jahren mehr als 9,1 Millionen Flüchtlinge zurückgekehrt, darunter drei Viertel mit der Hilfe des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR).

Die Zahl der wegen Konflikten oder Verfolgung gewaltsam Vertriebenen betrug Ende 2011 schätzungsweise 42,5 Millionen, darunter 15,2 Millionen Flüchtlinge, von denen 10,4 Millionen unter der Obhut des UNHCR standen und 4,8 Millionen als Palästinaflüchtlinge beim Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) registriert waren. Rund 26,4 Millionen Menschen wurden infolge von Gewalt und Verfolgung entwurzelt, blieben aber innerhalb der Grenzen ihres Landes. Etwa 900.000 waren Asylsuchende.

Im Durchschnitt finden vier Fünftel aller Flüchtlinge Aufnahme in Entwicklungsländern. Vier von zehn Flüchtlingen unter dem Mandat des UNHCR sind Afghanen oder Iraker, die Ende 2011 mit 2,7 Millionen beziehungsweise 1,4 Millionen wieder die größten Flüchtlingsgruppen unter diesem Mandat stellten.

Ziel 2

Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung

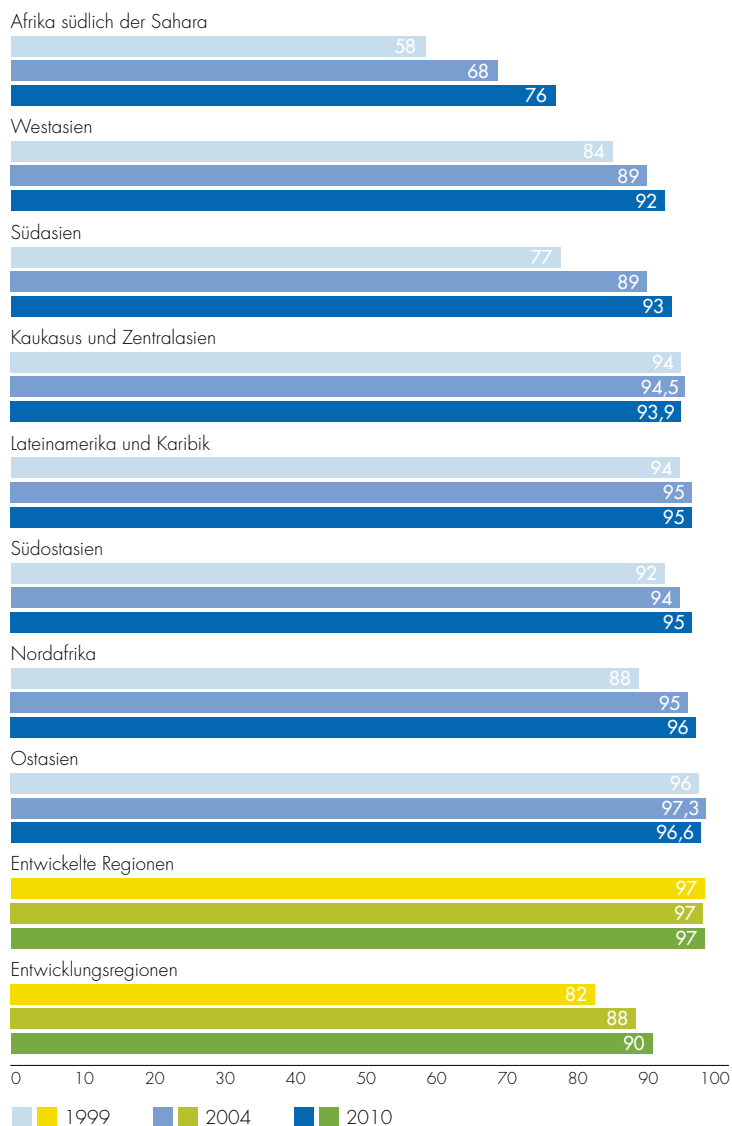


ZIELVORGABE

Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können

Bildungsbeteiligung im Grundschulbereich steigt seit 2004 trotz großer Fortschritte der Länder mit den gravierendsten Problemen langsamer

Bereinigte Netto-Bildungsbeteiligungsquote im Grundschulbereich* – 1999, 2004 und 2010 (in Prozent)



* Definiert als die Zahl der in der Grund- oder Sekundarschulstufe eingeschriebenen Kinder im offiziellen Grundschulalter, ausgedrückt in Prozent der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe.

Anmerkung: Für Ozeanien liegen keine Daten vor.

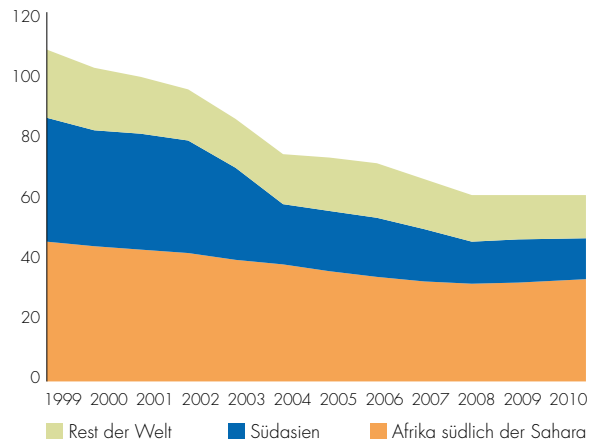
Die Netto-Bildungsbeteiligungsquote bei Kindern im Grundschulalter stieg in den Entwicklungsregionen zwischen 1999 und 2010 von 82 auf 90 Prozent. Eine nähere Betrachtung ergibt jedoch, dass das Wachstum fast gänzlich zwischen 1999 und 2004 stattfand und dass die Zahl der Kinder, die keine Schule besuchen, nach 2004 deutlich langsamer gesenkt wurde.

Gleichzeitig kamen viele der Länder mit den größten Problemen der allgemeinen Grundschulbildung erheblich näher. In Afrika südlich der Sahara erhöhte sich die Bildungsbeteiligungsquote bei Kindern im Grundschulalter zwischen 1999 und 2010 deutlich, nämlich von 58 auf 76 Prozent, und die Gesamtzahl der Kinder dieses Alters, die eine Schule besuchen, stieg um mehr als zwei Drittel auf 43 Millionen. Die Länder konnten nicht nur den relativ hohen Anteil der Kinder senken, die keine Schule besuchen, sondern auch die Bildungsbeteiligungsquoten verbessern, obwohl die Bevölkerung im Grundschulalter im Betrachtungszeitraum um mehr als ein Viertel (28 Prozent oder 31 Millionen Kinder) wuchs.

In den Entwicklungsregionen außer Afrika südlich der Sahara besuchten 2010 über 90 Prozent der Kinder im Grundschulalter eine Grund- oder Sekundarschule. In vier Regionen (Nordafrika, Ostasien, Lateinamerika und der Karibik und Südostasien) betrug ihr Anteil mindestens 95 Prozent.

Mehr als die Hälfte aller Kinder, die keine Schule besuchen, leben in Afrika südlich der Sahara

Kinder im Grundschulalter, die keine Schule besuchen – 1999-2010 (in Millionen)



2010 besuchten 61 Millionen Kinder im Grundschulalter keine Schule. Über die Hälfte (33 Millionen) lebte in Afrika südlich der Sahara, ein weiteres Fünftel (13 Millionen) in Südasien. Relativ gesehen gingen in Afrika südlich der Sahara 24 Prozent, in Südasien 7 Prozent der Kinder dieses Alters nicht zur Schule.



Der Ausschluss von Mädchen von der Grundschulbildung konnte weltweit zurückgedrängt werden. In den Entwicklungsländern sank der Anteil der Mädchen an den Kindern, die keine Grundschule besuchen, zwischen 1999 und 2010 von 58 auf 53 Prozent. Die Anstrengungen zur Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung werden jedoch weiterhin durch hartnäckige geschlechtsspezifische Disparitäten behindert. In Südasien, Westasien und Nordafrika stellten Mädchen 55, 65 beziehungsweise 79 Prozent aller Kinder, die nicht zur Schule gehen.

Die Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung wäre ein hohler Erfolg, ginge es nur um die Beteiligung daran und nicht um ihren Abschluss. Die globale Grundschulabschlussquote (gemessen als Bruttoquote der Aufnahme in die letzte Klassenstufe der Grundschule) erreichte 2010 90 Prozent gegenüber 81 Prozent im Jahr 1999. Die regionalen Werte lagen zwischen 70 Prozent in Afrika südlich der Sahara und knapp 100 Prozent in Lateinamerika und der Karibik sowie im Kaukasus und in Zentralasien.

In allen Regionen außer Afrika südlich der Sahara und Westasien haben Mädchen und Jungen ähnliche Chancen auf den Abschluss der Grundschulbildung. In Afrika südlich der Sahara schließen in 25 von 43 Ländern mit verfügbaren Daten Jungen häufiger als Mädchen eine Grundschulbildung ab. Nur in zehn Ländern besteht für beide Gruppen Chancengleichheit. Auffällig ist allerdings, dass in acht Ländern dieser Region derzeit mehr Mädchen als Jungen eine Grundschulbildung vollständig durchlaufen, auch wenn die Unterschiede in der Regel nicht so ausgeprägt sind wie im umgekehrten Fall.

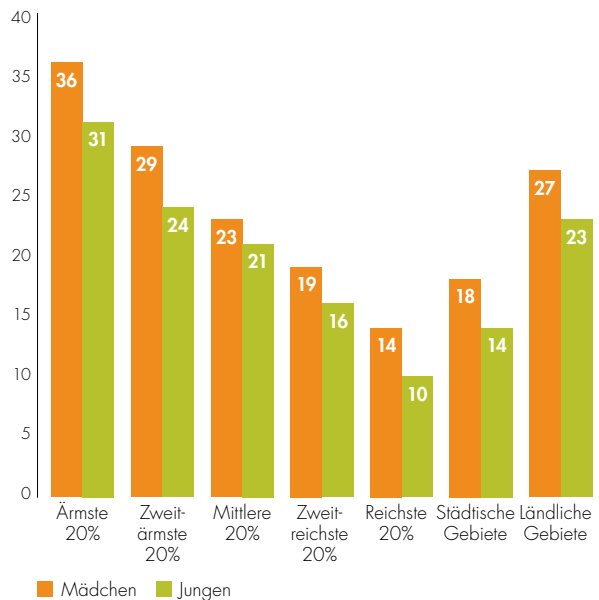
Erfolg auf der Grundschulebene erhöht die Anforderungen an Sekundarschulen

Da mehr Kinder eine Grundschulbildung abschließen, wächst der Bedarf an Sekundarschulbildung, was für Länder mit begrenzten Ressourcen ein ernstes Problem darstellt. In Afrika südlich der Sahara besucht rund ein Viertel der Kinder, die die Grundschule abschließen, keine weiterführende Schule. Hinter diesem regionalen Durchschnitt verbergen sich jedoch beträchtliche nationale Unterschiede. So reicht die Übergangsquote von der Grund- zur Sekundarschulbildung von etwa 40 Prozent in Angola, Mauretanien und der Vereinigten Republik Tansania bis 98 Prozent in den Seychellen und Swasiland.

Junge Menschen, die ihre Schulbildung nicht fortsetzen, werden der Gruppe der Jugendlichen im frühen Sekundarschulalter zugeordnet, die weder eine Grund- noch eine Sekundarschule besuchen. 2010 gingen weltweit 71 Millionen Jugendliche dieser Altersgruppe (in der Regel 12-15 Jahre) nicht zur Schule. Davon lebten etwa 48 Millionen in Ländern, in denen die untere Sekundarstufe offiziell als Teil des Pflichtschulsystems gilt.

Jugendliche aus armen und ländlichen Haushalten besuchen mit höherer Wahrscheinlichkeit keine Schule

Anteil der Kinder im frühen Sekundarschulalter, die keine Schule besuchen, nach Geschlecht, Haushaltsvermögen und Wohnort in 55 Ländern – 2005/2010



Eine Analyse der zwischen 2005 und 2010 in 55 Entwicklungsländern erhobenen Haushaltsdaten zeigt, dass Kinder aus benachteiligten Gruppen am häufigsten von der Bildung ausgeschlossen werden. Ein bestimmender Faktor für den Bildungsausschluss im frühen Sekundarschulalter ist Armut. Jugendliche aus den ärmsten Haushalten besuchen im Vergleich zu ihren Altersgenossen aus den reichsten Haushalten mit dreimal höherer Wahrscheinlichkeit keine Schule. Unabhängig vom Haushaltsvermögen oder Wohnort besuchen Mädchen im frühen Sekundarschulalter öfter keine Schule als Jungen. Die größte Kluft besteht jedoch zwischen den reichsten und den ärmsten Haushalten und zwischen städtischen und ländlichen Gebieten.

Analphabetismus hemmt noch immer mehr als 120 Millionen junge Menschen

Jugendliche, die keine Schule besuchen, haben in der Regel nur begrenzte Chancen, Lese- und Schreibfähigkeiten zu erwerben oder zu pflegen, was ihre Wahlmöglichkeiten einschränkt und die Nachteile vermehrt, denen sie sich im späteren Leben gegenübersehen.

2010 waren noch immer 122 Millionen 15- bis 24-Jährige, davon 74 Millionen Frauen und 48 Millionen Männer, nicht in der Lage, einen kurzen, einfachen Text über ihr tägliches Leben zu lesen oder zu schreiben.

Die überwiegende Mehrheit dieser jungen Erwachsenen lebt in Südasien (62 Millionen) und Afrika südlich der Sahara (45 Millionen). Relativ gesehen wurden die niedrigsten Alphabetenquoten in dieser Altersgruppe in Afrika südlich der Sahara (72 Prozent) und Ozeanien (76 Prozent) verzeichnet.

Weltweit stieg die Alphabetenquote bei Jugendlichen 2010 auf 90 Prozent und damit gegenüber 1990 um 6 Prozentpunkte. Die größten Fortschritte in den letzten zwei Jahrzehnten erzielten Südasien und Nordafrika mit einem Anstieg der Quote von 60 auf 81 beziehungsweise von 68 auf 88 Prozent.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den Alphabetenquoten von Jugendlichen nehmen ebenfalls ab. Weltweit lag das Verhältnis der lesekundigen jungen Frauen und Männer 2010 bei 95 zu 100, während es 1990 noch 90 zu 100 betragen hatte. Auf regionaler Ebene tritt dieses Gefälle am deutlichsten in Südasien zutage, wo 2010 auf 100 lese- und schreibkundige Männer im Alter von 15 bis 24 Jahren nur 86 gleichaltrige Frauen mit dieser Kompetenz entfielen.



Ziel 3

Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

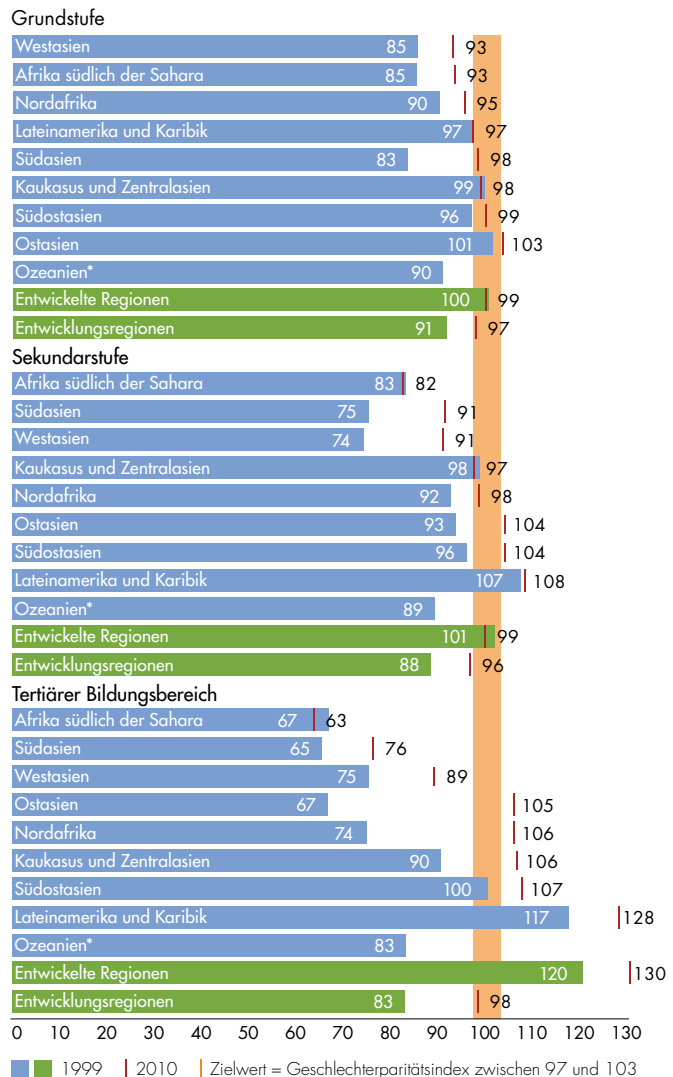


ZIELVORGABE

Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Parität in den Grundschulen der Entwicklungsregionen trotz einzelner Nachzügler erreicht

Geschlechterparitätsindex für die Brutto-Bildungsbeteiligungsquote in der Grund- und Sekundarstufe und im tertiären Bildungsbereich (Bildungsbeteiligungsverhältnis Mädchen/Jungen) – 1999 und 2010 (Mädchen je 100 Jungen)



* Für 2010 liegen keine Daten vor.

Parität in der Bildung ist eine wichtige Voraussetzung für die Chancengleichheit der Geschlechter im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereich. Dank nationaler und internationaler Anstrengungen und der Kampagne für die Millenniums-Entwicklungsziele besuchen insbesondere seit 2000 deutlich mehr Kinder der Welt eine Grundschule. Vor allem Mädchen haben an Boden gewonnen. Die Fortschritte schlagen

sich im Geschlechterparitätsindex (GPI) nieder, der das Verhältnis von Mädchen zu Jungen bei der Bildungsbeteiligung zeigt und in den Entwicklungsregionen insgesamt zwischen 1999 und 2010 von 91 auf 97 stieg, womit er innerhalb der als Maß für Parität akzeptierten Marge von 100 Prozent plus oder minus 3 Punkte liegt.

Die meisten Entwicklungsregionen erreichten 2010 im Grundschulbereich einen GPI von wenigstens 95; Westasien und Afrika südlich der Sahara erzielten einen GPI von nur 93, allerdings auch die größten Fortschritte. Zwischen 1999 und 2010 erhöhte sich die Beteiligung der Mädchen an der Grundschulbildung, gemessen als Brutto-Bildungsbeteiligungsquote (Verhältnis von Schülerinnen aller Altersstufen zu den Mädchen im Grundschulalter), in Afrika südlich der Sahara von 72 auf 96 Prozent und in Westasien von 87 auf 97 Prozent.

Auf nationaler Ebene erreichten in den Entwicklungsregionen 71 von 131 Ländern, die nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten vorlegten, 2010 in der Grundschulbildung Geschlechterparität. In 53 Ländern war die Beteiligungsquote der Jungen, in den übrigen sieben die der Mädchen höher.

Geschlechterdisparitäten auf verschiedenen Bildungstufen

In vielen Ländern machen sich geschlechtsspezifische Unterschiede bereits am ersten Schultag bemerkbar. In drei Vierteln der Länder ohne Geschlechterparität in der Grundstufe werden zu Beginn des Schulzyklus mehr Jungen als Mädchen eingeschult. Wird dieses Ungleichgewicht nicht behoben, ist eine anhaltende Geschlechterdisparität in der Grundschule unausweichlich. Sobald Mädchen jedoch Zugang zur Grundschulbildung erhalten, schneiden sie in der Regel besser ab als Jungen. Mädchen wiederholen in den meisten Ländern seltener als Jungen Klassenstufen oder brechen die Schule ab. In 102 von 129 Ländern mit Daten rücken Mädchen schneller als Jungen in die letzte Klasse der Grundschule vor.

In der Sekundarstufe sind die Hürden für Mädchen höher. In den Entwicklungsregionen insgesamt lag der GPI in der Sekundarschulbildung 2010 bei 96, in der Grundschulbildung dagegen bei 97. In Afrika südlich der Sahara kamen 2010 auf 100 Jungen, die eine weiterführende Schule besuchen, nur 82 Mädchen. Demgegenüber waren in Lateinamerika und der Karibik die Bildungsbeteiligungsquoten in der Sekundarstufe für Mädchen höher als für Jungen, was in einem GPI von 108 zum Ausdruck kommt. Die größten Fortschritte erzielten 2010 West- und Südasiens, wo sich der GPI von nur 74 beziehungsweise 75 auf 91 erhöhte.

Geschlechterdisparitäten in der Sekundarschulbildung gründen auf Geschlechterdiskriminierung in der Familie und in der Gesellschaft insgesamt. Sekundarschulbildung ist teurer als Grundschulbildung, und Haushalte mit mehreren Kindern sind oft gezwungen, ihre Ressourcen einzuteilen. Hat die Bildung von Mädchen geringeren Stellenwert oder wird sie als weniger lohnend wahrgenommen, werden Söhne mitunter Töchtern vorgezogen. Auch eine Frühehe kann das Durchlaufen einer weiterführenden Schule verhindern. Zudem sorgen sich Eltern wegen des oft weiteren Schulwegs möglicherweise stärker um die Sicherheit der heranwachsenden Mädchen.

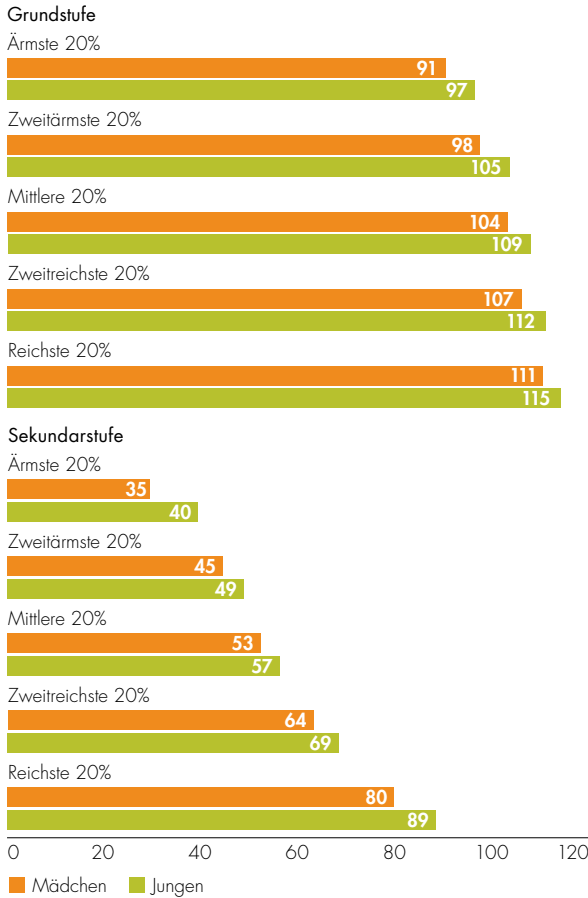
Im tertiären Bildungsbereich erreichten die Entwicklungsregionen 2010 mit einem GPI von 98 Parität. Spitzenreiter mit sehr hohen Werten waren Lateinamerika und die Karibik, Südostasien, der Kaukasus und Zentralasien, Nordafrika und Ostasien. Dagegen lässt sich Parität im tertiären Bildungsbereich in Afrika südlich der Sahara (mit einem GPI von 63), Südasiens (76) und Westasiens (89) nach wie vor nur schwer verwirklichen.

In Ländern mit geringerem Volksvermögen sind allgemein mehr Männer als Frauen in tertiären Bildungseinrichtungen eingeschrieben, während in Ländern mit höherem Durchschnittseinkommen das Gegenteil der Fall ist. So besuchten in 45 Ländern mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 5.200 Dollar (in Kaufkraftparitäten) deutlich mehr Männer als Frauen tertiäre Bildungseinrichtungen, während in den verbleibenden 94 Ländern, deren durchschnittliches Pro-Kopf-BIP 16.500 Dollar betrug, die Frauen in der Überzahl waren.



Höchste Bildungshürden für Mädchen aus den ärmsten Haushalten

Brutto-Schulbesuchsquote in der Grund- und Sekundarstufe für Mädchen und Jungen in 55 Ländern nach Quintilen des Haushaltsvermögens – 2005/2010 (in Prozent)

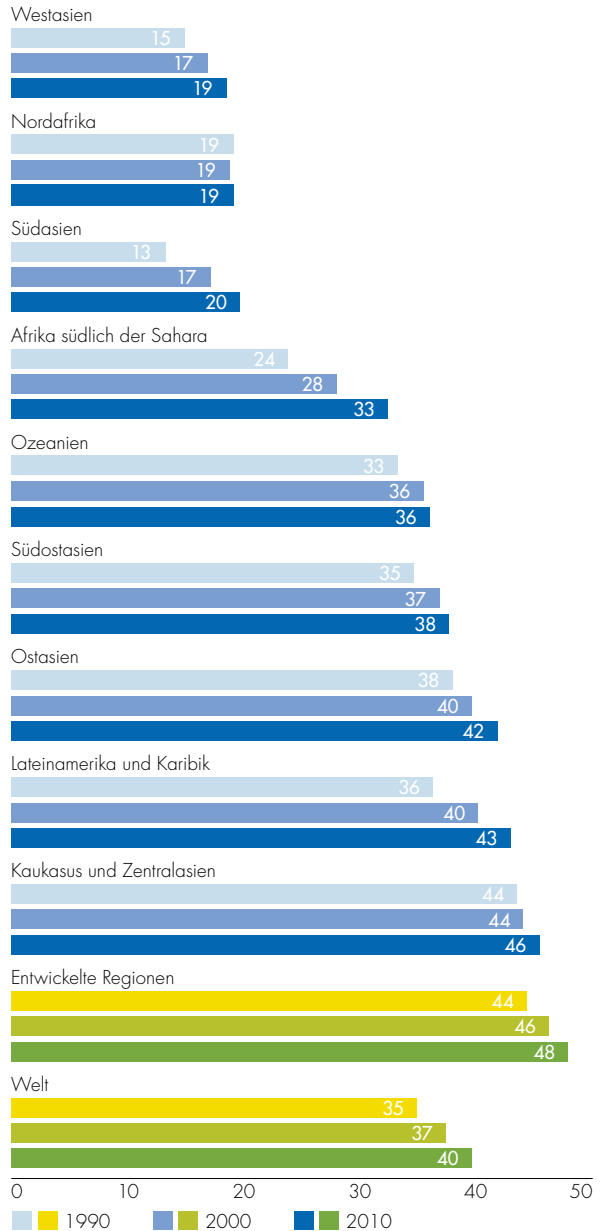


Zwischen 2005 und 2010 in 55 Entwicklungsländern durchgeführte Haushaltserhebungen deuten auf Armut als ein bedeutendes Hindernis für den Grund- und Sekundarschulbesuch hin. In den Ländern der Stichprobe beträgt die Brutto-Schulbesuchsquote in der Grundstufe im reichsten Haushaltsquintil 113 Prozent, im ärmsten dagegen 94 Prozent. In der Sekundarstufe ist die Kluft zwischen dem reichsten und dem ärmsten Quintil sogar noch größer: 84 gegenüber 37 Prozent. Kinder aus den reichsten Haushalten besuchen folglich mehr als doppelt so häufig eine weiterführende Schule wie Kinder aus den ärmsten Haushalten.

Eine wichtige Determinante des Schulbesuchs ist auch das Geschlecht, doch ist der Abstand zwischen Jungen und Mädchen nicht annähernd so groß wie zwischen Kindern aus reichen und armen Haushalten. Dennoch tritt in den 55 betrachteten Ländern im Sekundarschulbereich durchgängig Geschlechterdisparität zum Nachteil der Mädchen auf, was den aus der Analyse von Verwaltungsdaten gewonnenen Erkenntnissen für die Welt insgesamt entspricht.

Gleicher Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen in einigen Regionen weiter ein fernes Ziel

Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor – 1990, 2000 und 2010 (in Prozent)



Der Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor ist weltweit langsam gestiegen, und zwar von 35 Prozent im Jahr 1990 auf 40 Prozent 20 Jahre später. Zwischen den Regionen bestehen allerdings beträchtliche Unterschiede. Während in allen Regionen mehr Männer als Frauen einer nichtlandwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit nachgehen, haben Frauen in den entwickelten Regionen sowie im Kaukasus und in Zentralasien mit Männern nahezu gleichgezogen.

In Westasien, Nordafrika und Südasien wiederum lag der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen außerhalb der Landwirtschaft 2010 bei 20 Prozent oder darunter. Zwar wurden in Süd- und Westasien gewisse Fortschritte erzielt, doch in Nordafrika gewannen die Frauen bei der unselbständigen Erwerbstätigkeit nicht an Boden.

Nicht einmal dort, wo Frauen einen großen Anteil der unselbständigen Erwerbstätigen stellen, stehen sie mit Männern auf einer Stufe. Auch wenn sie mit dem gleichen Bildungs- und Qualifikationsniveau wie Männer in den Arbeitsmarkt eintreten, müssen sie mehr Hürden überwinden, um Spitzenpositionen zu erreichen. Weltweit besetzen Frauen nur 25 Prozent der hochrangigen Führungsposten. Frauenarbeitsplätze sind eher am unteren Ende des Arbeitsmarkts (d.h. bei geringerer Bezahlung, geringerer Produktivität, in Kleinunternehmen) und in einer schmalen Palette von Berufen und Tätigkeiten (z.B. Nahrungsmittelverarbeitung, Bekleidungsherstellung, Dienstleistungen) konzentriert.

Frauen arbeiten häufiger in der Schattenwirtschaft

Frauen finden in der offiziellen Wirtschaft schwerer eine Beschäftigung und müssen vor allem in Krisenzeiten zum Familieneinkommen beitragen. Daher arbeiten sie häufiger als Männer im informellen Sektor oder in informellen Be-

schäftigungsverhältnissen. Einer informellen Beschäftigung gehen in Mali, Sambia, Indien und Madagaskar über 80 Prozent und in Peru, Paraguay, Uganda, Honduras, Bolivien, El Salvador und Liberia knapp drei Viertel der außerhalb der Landwirtschaft tätigen Frauen nach. Sehr hohe Anteile verzeichnen auch viele andere Entwicklungsländer.

Obwohl in den meisten Ländern zahlenmäßig mehr Männer als Frauen informelle nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze haben, bietet sich relativ gesehen ein ganz anderes Bild. In 27 von 37 Ländern mit verfügbaren Daten ist der Anteil der Frauen, die in Unternehmen des formellen oder informellen Sektors einer informellen Beschäftigung ohne Sozialschutz und/oder Anspruch auf Leistungen wie bezahlten Jahres- oder Krankheitsurlaub nachgehen, höher als der der Männer.

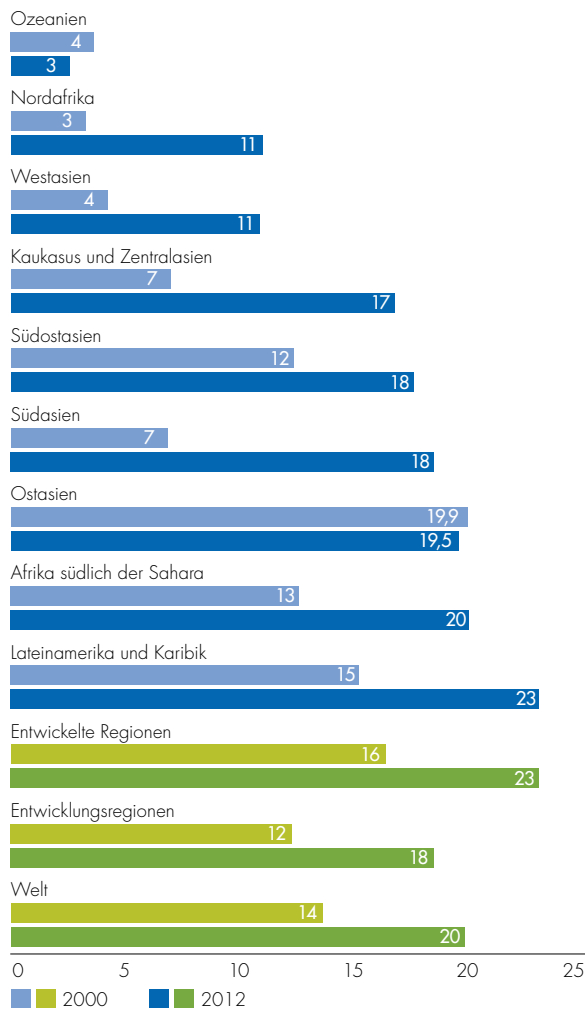
Auch im formellen Sektor üben Frauen häufiger als Männer informelle Tätigkeiten aus. In 22 der 31 Länder mit Daten zu informellen Arbeitsplätzen im formellen Sektor übersteigt der entsprechende Anteil der Frauen den der Männer. Frauen wenden sich solchen Beschäftigungsformen anscheinend zu, weil sie keine andere Möglichkeit haben oder beim Zugang zu regulärer Beschäftigung auf Hindernisse stoßen.

Der informelle Sektor beschäftigt dagegen häufiger Männer als Frauen. Höhere Männeranteile verzeichnen hier 26 der 39 Länder mit verfügbaren Daten.



Repräsentation von Frauen in Parlamenten verbessert sich, aber langsam

Sitzanteil der Frauen in den nationalen Parlamenten (Einkammerparlamente oder Unterhäuser) – 2000 und 2012 (in Prozent)



Ende Januar 2012 waren weltweit 19,7 Prozent der Parlamentarier Frauen. Dies entspricht einem Zuwachs um fast 75 Prozent gegenüber 1995, als Frauen 11,3 Prozent der Sitze innehatten, und um 44 Prozent gegenüber 2000. Auch wenn der Trend auf eine zunehmende Repräsentation der Frauen in den Parlamenten hindeutet, ist ihr Sitzanteil insgesamt nach wie vor niedrig, und die Fortschritte sind ungleich verteilt.

Die höchste Frauenbeteiligung findet sich in den nördlichen Ländern, vor allem infolge der jüngsten Zugewinne in Dänemark und Finnland. Unter den Entwicklungsregionen ist Lateinamerika und die Karibik mit durchschnittlich 23 Prozent weiterhin führend. Ein lateinamerikanisches Land, Nicaragua, erzielte 2011 die größten Fortschritte:

Die nicaraguanische Partei, die eine deutliche Mehrheit der Sitze (62 von 90) gewann, hatte eine freiwillige Parteiquote von 30 Prozent festgelegt, und bei den 2011 abgehaltenen Wahlen ging mehr als die Hälfte ihrer Sitze an Frauen, ein Indiz für die Rolle, die politische Parteien dabei spielen, Frauen zu unterstützen und zur Kandidatur zu ermutigen.

Bei der parlamentarischen Repräsentation von Frauen im regionalen Vergleich liegt Afrika südlich der Sahara mit 20 Prozent an zweiter Stelle. In dieser Region war der Fortschritt Quotenregelungen zu verdanken, vor allem in Form von den Frauen vorbehaltenen Sitzen. Seit dem letzten Jahr hat die Region jedoch nur geringe Erfolge vorzuweisen. In Asien gewannen Frauen nur in einem Land, Thailand, an Boden, nämlich bei den Wahlen 2011.

Am anderen Ende des Spektrums befinden sich Ozeanien, Westasien und Nordafrika. Bei den jüngsten Wahlen in Ägypten schrumpfte der Anteil der Parlamentarierinnen von 12,7 auf knapp 2 Prozent, nachdem im Wahlgesetz keine wirksamen Mechanismen zur Förderung der Frauenbeteiligung vorgesehen waren. Nunmehr sind nur noch 10 der 508 Parlamentsmitglieder in Ägypten Frauen.

Ermutigende Entwicklungen gab es in Nordafrika. Tunesien verabschiedete ein Gesetz, das Parität auf den Kandidatenlisten sicherstellt, und Marokko traf im letzten Jahr Quotenregelungen für Parlamentarierinnen, die den Frauenanteil im Parlament um 6 Prozentpunkte ansteigen ließen. Die regionalen Durchschnittswerte für Nordafrika (12 Prozent) und Westasien (9 Prozent) liegen jedoch deutlich unter dem globalen Mittel.

Phasen der politischen Transition bieten die Möglichkeit, Ungleichheiten der Vergangenheit durch die Einführung eines Rahmens zu beheben, der die Rolle der Frauen in der Politik stärkt. Über ein Drittel der Länder mit einem Parlamentarierinnenanteil von mindestens 30 Prozent vollzieht derzeit den politischen Übergang nach einem Konflikt. In den Ländern des „arabischen Frühlings“ wurden die sich eröffnenden Chancen, mehr Frauen die Wahl ins Parlament zu ermöglichen, bislang nicht voll genutzt.

In Ozeanien machen Frauen nur 4 Prozent der Parlamentsmitglieder aus. Zwei Inselstaaten im Pazifik, Papua-Neuguinea und Samoa, haben eine Debatte über Quotenregelungen zur Überwindung des Status quo eingeleitet oder entsprechende Regelungen bereits eingeführt.

Die Zahl der Kammern mit einem Frauenanteil von mindestens 30 Prozent stieg gegenüber 2010 von 41 auf 49 und gegenüber 1995 um das Siebenfache, wobei die Parlamente in Andorra und Ruanda die 50-Prozent-Marke überschritten. Wenig Fortschritt gab es dagegen bei der Zahl der Kammern ohne Frauenbeteiligung, die zwischen 2010 und 2011 von 10 auf 7 zurückging.

Bei der Besetzung von Spitzenpositionen in Parlamenten gewannen Frauen leicht an Boden. Im Januar 2012 hatten Frauen 41 der 271 Posten eines Parlamentspräsidenten inne, gerade einmal 15,1 Prozent. Im Vergleich dazu bekleideten 1995 24 Frauen dieses Amt. Die Länder, deren Parlamenten erstmals eine Frau vorsteht, sind Portugal, Uganda, die Demokratische Volksrepublik Laos und die Russische Föderation.

In Ländern mit Verhältniswahlrecht werden mehr Frauen gewählt als in Ländern mit Mehrheitswahlrecht. Ein wichtiger Faktor ist auch die Anwendung besonderer Maßnahmen oder Quoten. Von den 59 Ländern, die 2011 Wahlen für Einkammerparlamente oder Unterhäuser abhielten, führten 26 Länder besondere frauenfördernde Maßnahmen durch und legten 17 Länder Wahlquoten fest. Wo Quoten galten, errangen Frauen 27,4 Prozent, in Ländern ohne Quotenregelung dagegen 15,7 Prozent der Sitze.

Die zu den Wahlen 2011 erhobenen Daten deuten darauf hin, dass die Zahl der Bewerbungen von Frauen auf Parlamentssitze nicht hoch genug ist, um größere Auswirkungen auf die Wahlergebnisse zu haben. Sobald Frauen jedoch kandidieren, werden sie trotz möglicherwei-

se anderer oder schwierigerer Probleme etwa im gleichen Verhältnis wie Männer gewählt.

Kaum ermutigender als in den Parlamenten ist die Lage in der Exekutive. Die Zahl der Länder, in denen Frauen Regierungschef, Staatsoberhaupt oder beides sind, hat sich seit 2005 zwar mehr als verdoppelt, bleibt jedoch mit einem Gesamtwert von 17 bescheiden. Auch der Anteil der Ministerinnen stieg weltweit mit einem Anstieg von 14,2 Prozent im Jahr 2005 auf 16,7 Prozent im Jahr 2012 nur leicht. In allen Regionen der Welt waren Ministerinnen am häufigsten mit den Geschäftsbereichen Soziales, Familie und Jugend, Frauenangelegenheiten oder Bildung betraut. Das gilt im Wesentlichen noch immer, auch wenn sich 2012 Arbeit und Beschäftigung als vierthäufigstes Portefeuille von Ministerinnen abzeichnet.



Ziel 4

Senkung der Kindersterblichkeit

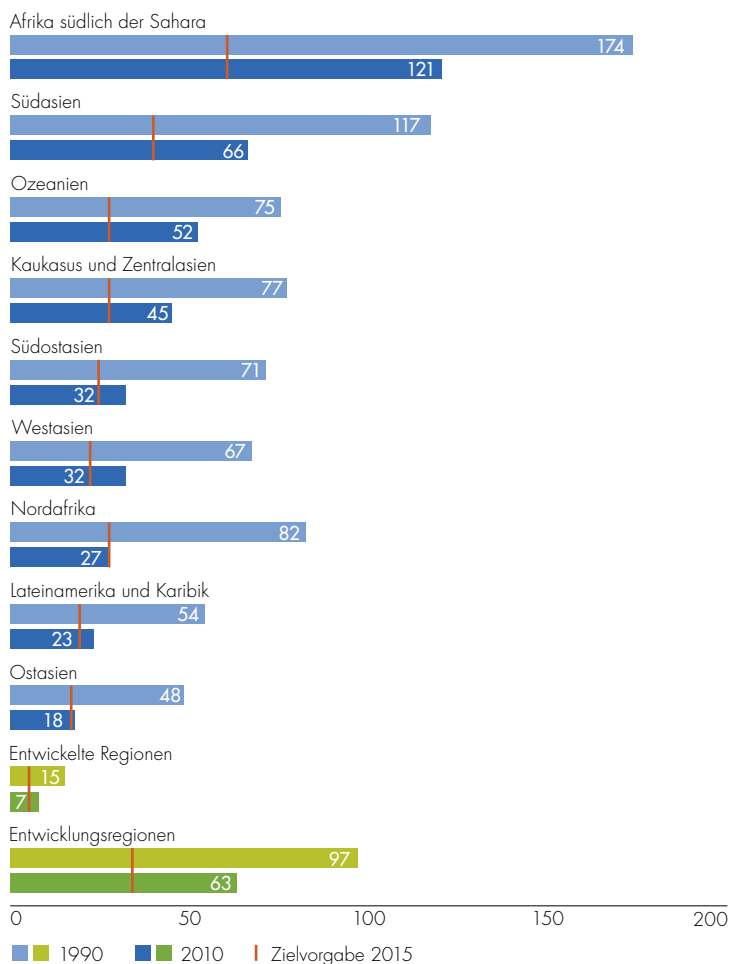


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

Kindersterblichkeit sinkt um über ein Drittel, aber noch zu langsam für das Erreichen des Ziels

Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren – 1990 und 2010 (Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten)



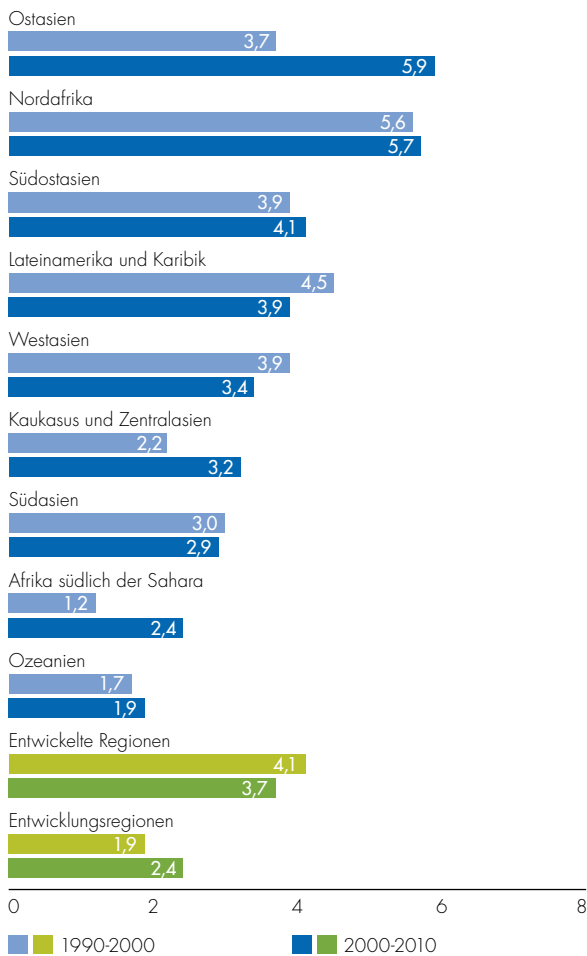
Die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren konnte seit 1990 erheblich gesenkt werden. In den Entwicklungsregionen ging sie zwischen 1990 und 2010 von 97 auf 63 Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten und damit um 35 Prozent zurück. Trotz Bevölkerungswachstums sank die Zahl der Sterbefälle von Kindern unter fünf Jahren im selben Zeitraum weltweit von mehr als 12 Millionen auf 7,6 Millionen.

In fünf der neun Entwicklungsregionen fiel die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren zwischen 1990 und 2010 um mehr als 50 Prozent. Mit einer Senkung der Rate um 67 Prozent hat Nordafrika Ziel 4 bereits erreicht, während Ostasien mit 63 Prozent knapp davor steht.

In Afrika südlich der Sahara und in Ozeanien betrug der Rückgang der Kindersterblichkeitsrate nur etwa 30 Prozent und damit weniger als die Hälfte der Zielvorgabe. Auch Südasien konnte in diesem Zeitraum mit einer Verringerung um 44 Prozent das für die Zielvorgabe erforderliche Tempo nicht halten.

Senkung der Kindersterblichkeit gewinnt an Fahrt

Jährlicher Rückgang der Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren nach Regionen – 1990-2000 und 2000-2010 (in Prozent)



In den Entwicklungsländern insgesamt hat die Verringerung der Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren an Tempo zugenommen. In Afrika südlich der Sahara, der Region mit der höchsten Kindersterblichkeit, hat sich die durchschnittliche jährliche Rate des Rückgangs von 1,2 Prozent zwischen 1990 und 2000 auf 2,4 Prozent zwischen 2000 und 2010 verdoppelt. In Ostasien beschleunigte sich der Rückgang um 59 Prozent, im Kaukasus und in Zentralasien um 45 Prozent.

Trotz merklicher Fortschritte proportional mehr Kindersterbefälle in Afrika südlich der Sahara

Während einige Regionen die weltweiten Sterbefälle von Kindern unter fünf Jahren rasch verringern, wächst der Anteil Afrikas südlich der Sahara und Südasiens, wo 2010 6,2 Millionen Kinder, 82 Prozent des globalen Gesamtwerts, starben. Positiv ist, dass 14 der 66 Länder, die 2010 eine Kindersterblichkeitsrate von 40 oder mehr je 1.000 Lebendgeburten aufwiesen, diese seit 1990 mindestens halbieren konnten. Timor-Leste, Bangladesch, Nepal, die Demokratische Volksrepublik Laos, Madagaskar und Bhutan verzeichneten Rückgänge von wenigstens 60 Prozent, also durchschnittlich über 4,5 Prozent pro Jahr. Niger, Malawi, Liberia, Timor-Leste und Sierra Leone senkten die Zahl der Kindersterbefälle je 1.000 Lebendgeburten seither um mehr als 100. Neun dieser erfolgreichen Länder liegen in Afrika südlich der Sahara und in Südasien, was darauf hindeutet, dass hier erhebliche Fortschritte möglich sind.

Weniger Fortschritte bei Säuglingen im ersten Lebensmonat

Während die Sterblichkeitsrate der unter Fünfjährigen insgesamt sinkt, nimmt der Anteil der Neonatalsterbefälle, also der Sterbefälle im ersten Lebensmonat, zu.

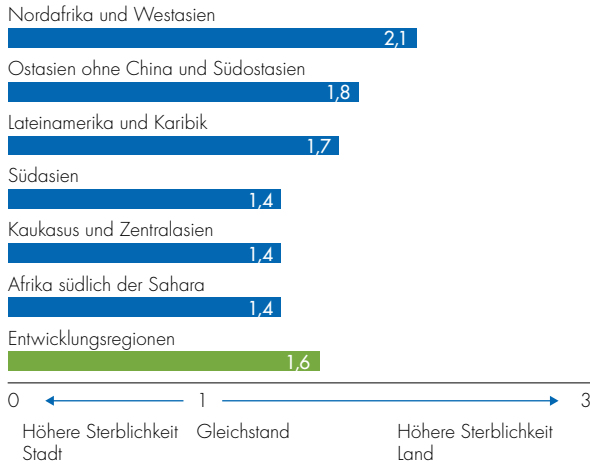
In den letzten 20 Jahren ist die Neonatalsterblichkeit in fast allen Regionen langsamer zurückgegangen als die der Kinder unter fünf Jahre insgesamt. Weltweit sank die Zahl der Neonatalsterbefälle zwischen 1990 und 2010 von 32 je 1.000 Lebendgeburten auf 23 und verringerte sich damit im Jahresmittel um 1,7 Prozent, was deutlich unter der gleichzeitig erzielten Verringerung der Kindersterblichkeit um 2,2 Prozent und der Müttersterblichkeit um 2,3 Prozent liegt.

Folglich erhöhte sich 1990-2010 der Anteil der Neonatalsterbefälle an den Kindersterbefällen von etwa 37 auf leicht über 40 Prozent. Mit dem weiteren Rückgang der Kindersterblichkeit wird dieser Trend voraussichtlich anhalten. Ostasien etwa senkte die Sterblichkeitsrate der unter Fünfjährigen insgesamt so rasch, dass sich der Anteil der Neonatalsterbefälle 2010 auf 57 Prozent belief. In Südasien betrug ihr Anteil 50 Prozent.

Die höchste Neonatalsterblichkeitsrate aller Regionen (35 Sterbefälle je 1.000 Lebendgeburten 2010) und die geringsten Verbesserungen während der letzten 20 Jahre verzeichnete Afrika südlich der Sahara. Sollten die beiden Regionen ihr rasches Fortschritts tempo bei der Kindersterblichkeit insgesamt beibehalten, muss die neonatale Gesundheit wirksamer gefördert werden.

Höheres Sterblichkeitsrisiko für Kinder in ländlichen Gebieten

Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren im Verhältnis von ländlichen zu städtischen Gebieten – 2000/2010

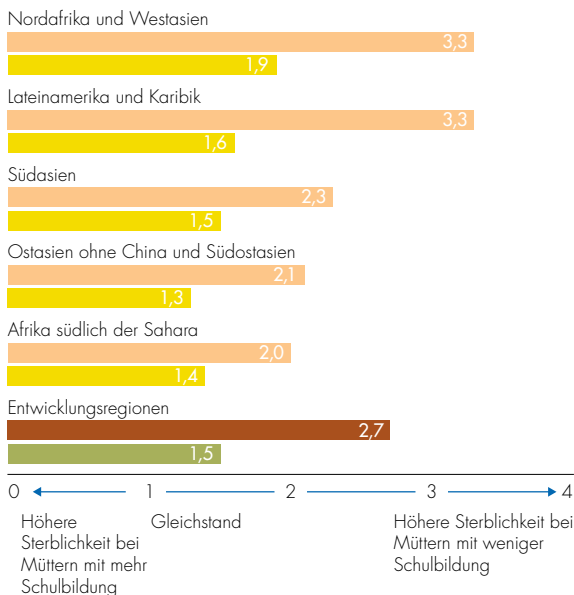


Anmerkung: Die Analyse beruht auf Daten aus 82 Entwicklungsländern zur Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren, die nach Wohnort aufgeschlüsselt sind und 75 Prozent aller Geburten in den Entwicklungsländern im Jahr 2010 abdecken.

Daten aus Haushaltserhebungen in 82 Ländern lassen erkennen, dass in den Entwicklungsregionen Kinder aus ländlichen Haushalten im Nachteil sind, wenn es darum geht, das fünfte Lebensjahr zu überleben. Am stärksten ausgeprägt ist das Missverhältnis Stadt/Land in Nordafrika und in Westasien, in Ost- und Südostasien (ohne China) sowie in Lateinamerika und der Karibik, wo die Kindersterblichkeit insgesamt recht niedrig ist.

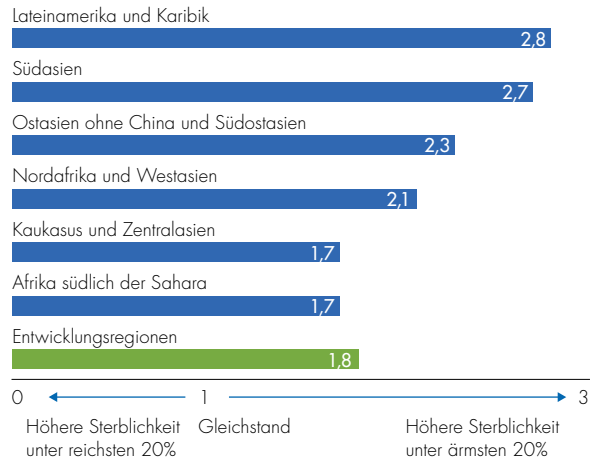
Bildungszugang der Mutter für Kinder unter fünf Jahren ein Überlebensfaktor

Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren im Verhältnis der Mütter ohne Schulbildung zu den Müttern mit Sekundar- oder Hochschulbildung sowie im Verhältnis der Mütter ohne Schulbildung zu den Müttern mit Grundschulbildung – 2000/2010



In armen Familien fast doppelt so hohe Kindersterblichkeit wie in reicheren

Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren im Verhältnis der ärmsten 20 Prozent der Haushalte zu den reichsten 20 Prozent der Haushalte – 2000/2010



Anmerkung: Die Analyse beruht auf Daten aus 73 Entwicklungsländern zur Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren, die nach Quintilen des Haushaltsvermögens aufgeschlüsselt sind und 71 Prozent aller Geburten in den Entwicklungsländern im Jahr 2010 abdecken.

Auch für Kinder aus den ärmsten 20 Prozent der Haushalte stehen die Chancen, länger als fünf Jahre zu leben, schlechter. In den Entwicklungsregionen ist für sie die Wahrscheinlichkeit, vor dem Erreichen des fünften Geburtstags zu sterben, fast doppelt so hoch wie für Kinder aus den reichsten 20 Prozent der Haushalte.

- Kinder von Müttern ohne Schulbildung im Vergleich zu Kindern von Müttern mit Sekundar- oder Hochschulbildung
- Kinder von Müttern ohne Schulbildung im Vergleich zu Kindern von Müttern mit Grundschulbildung

Anmerkung: Die Analyse beruht auf Daten aus 78 Entwicklungsländern zur Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren, die nach Bildungsstand der Mutter aufgeschlüsselt sind und 75 Prozent aller Geburten in den Entwicklungsländern im Jahr 2010 abdecken.

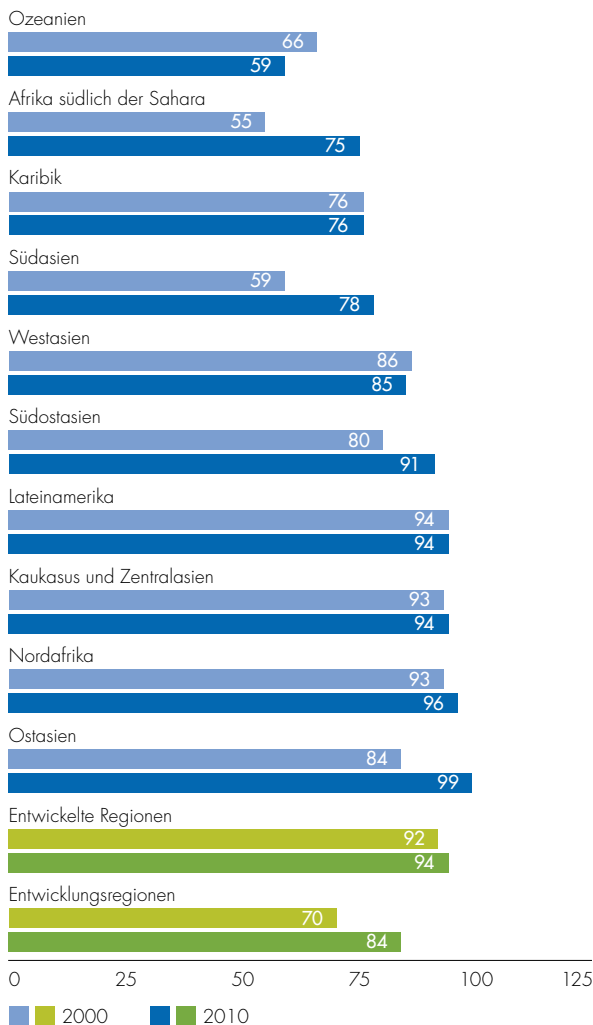
Ungleichheit wird weiter wesentlich durch den Bildungsstand der Mutter bestimmt. Kinder von Müttern mit Schulbildung, und sei es nur Grundschulbildung, haben höhere Überlebenschancen als Kinder von Müttern ohne Bildung.

Die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren lässt sich rascher senken, indem verstärkt an den Hauptfaktoren angesetzt wird. Maßnahmen zugunsten von Gerechtigkeit sind neben der Gewährleistung von Bildung die Ermächtigung der Frauen, der Abbau finanzieller und sozialer Hemmnisse für den Zugang zu grundlegenden Diensten,

die verstärkte Bereitstellung lebensnotwendiger Dienste für Arme und die Erhöhung der Rechenschaft von Gesundheitssystemen. Ein solcher gerechtigkeitsorientierter Ansatz zahlt sich insofern aus, als weitaus mehr Kindersterbefälle und Phasen der Unterernährung abgewendet und Schlüsselmaßnahmen in den Bereichen primäre Gesundheitsversorgung und Ernährung ausgeweitet werden.

Höhere Durchimpfung gegen Masern rettet Leben, jedoch ungleiche Fortschritte in den Regionen gegenüber 2000

Kinder in der relevanten Altersgruppe, die mindestens eine Dosis Masern-Lebendimpfstoff erhalten haben – 2000 und 2010 (in Prozent)



Infolge des Rückgangs der masernbedingten Sterblichkeit haben Kinder deutlich bessere Überlebenschancen. Mit beschleunigten Bekämpfungsmaßnahmen konnten die Masern Todesfälle zwischen 2000 und 2010 weltweit von etwa 535.300 auf 139.300 und damit um 74 Prozent

gesenkt werden. Dies ist zum Teil auf eine Ausweitung der Routineimpfung der Kinder in der relevanten Altersgruppe zurückzuführen, die die erste Dosis des Masern-Lebendimpfstoffs (MCV1) erhielten, sowie auf erfolgreiche ergänzende Impfmaßnahmen für Kinder außerhalb des Einzugsbereichs bestehender Gesundheitsdienste. Dank einer erhöhten Routinedurchimpfung und umfassender Impfkampagnen konnte Afrika südlich der Sahara die Masern Todesfälle zwischen 2000 und 2010 am stärksten senken, nämlich um 85 Prozent.

Diese Erfolge sind zwar beeindruckend, jedoch noch nicht gesichert. 2010 wurden etwa 19,1 Millionen Kinder, die häufig aus den ärmsten und am stärksten marginalisierten Familien kommen und in schwer zugänglichen Gebieten leben, nicht mit MCV1 geimpft. In Afrika südlich der Sahara und in Südasiens liegt die Durchimpfungsrate noch unter 90 Prozent. Zudem stieg die Zahl der gemeldeten Masernfälle nach einem Rückgang zwischen 2000 und 2008 und einer Stabilisierung 2009 im Jahr 2010 wieder an. Große Ausbrüche wurden in Afrika, dem östlichen Mittelmeerraum, Europa, Ost- und Südostasien und Ozeanien gemeldet.

Nun gilt es vor allem, die Verringerung der masernbedingten Sterblichkeit wieder in Gang zu setzen und weiter auf die 2010 von der Weltgesundheitsversammlung festgelegten Masernziele hinzuarbeiten. Der Selbstzufriedenheit und dem Nachlassen des politischen und finanziellen Engagements der letzten Zeit muss entgegengewirkt werden. Vorrang haben eine durchgehend hohe Durchimpfung mit zwei MCV1-Dosen in Form von Routineimpfungen oder ergänzenden Impfmaßnahmen sowie eine Verbesserung der suboptimalen Versorgung mit der Erst- und Zweitdosis des Impfstoffs unterhalb der nationalen Ebene.



Ziel 5

Verbesserung der Gesundheit von Müttern

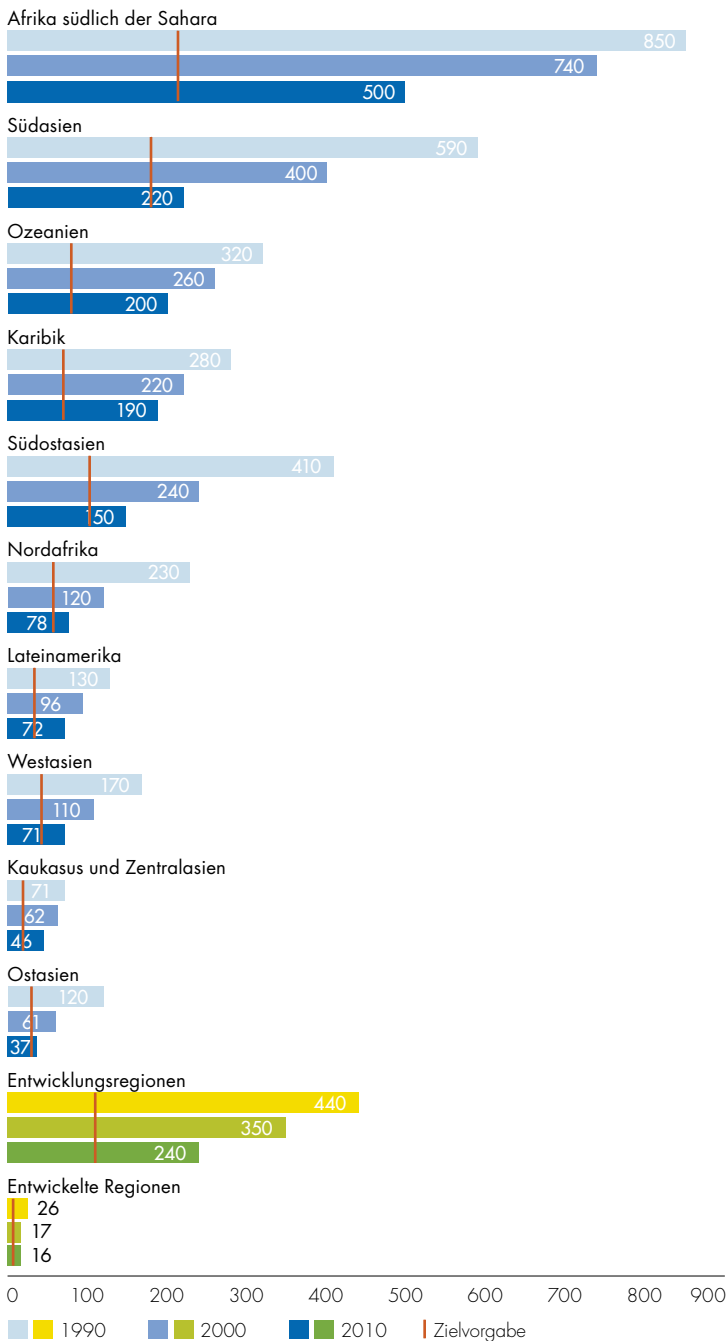


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeit um drei Viertel senken

Müttersterblichkeit seit 1990 fast halbiert, doch noch weit vom Ziel für 2015 entfernt

Müttersterblichkeitsrate – 1990, 2000 und 2010 (Sterbefälle von Müttern je 100.000 Lebendgeburten, Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren)

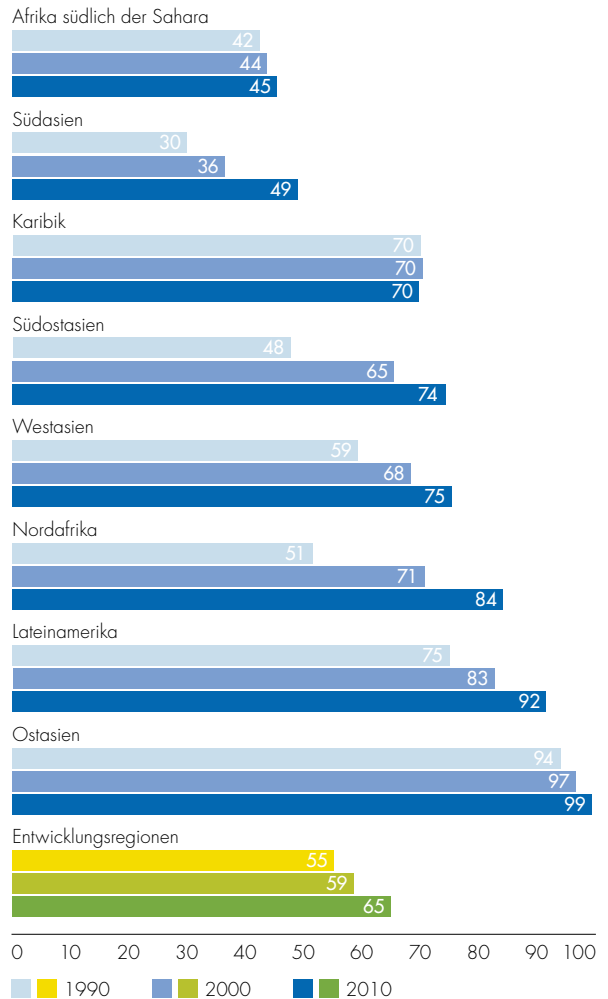


Die Müttersterblichkeit ist weltweit zwischen 1990 und 2010 um 47 Prozent auf etwa 287.000 Fälle gesunken. Mit zusammengenommen 245.000 Sterbefällen (85 Prozent der Fälle) trugen Afrika südlich der Sahara (56 Prozent) und Südasien (29 Prozent) dabei die Hauptlast. Auch die Müttersterblichkeitsrate, also die Zahl der Müttersterbefälle je 100.000 Lebendgeburten, ging in den Entwicklungsregionen insgesamt von 440 im Jahr 1990 auf 240 im Jahr 2010 zurück.

Allerdings war die Müttersterblichkeitsrate in den Entwicklungsregionen immer noch 15 Mal höher als in den entwickelten Regionen. Die höchste Rate aller Entwicklungsregionen verzeichnete Afrika südlich der Sahara mit 500, die niedrigste dagegen Ostasien mit 37. Afrika südlich der Sahara wies mit 10 Prozent auch den höchsten HIV-bedingten Anteil der Müttersterbefälle auf, dicht gefolgt von der karibischen Subregion mit 6 Prozent. Von den weltweit 19.000 „indirekten Müttersterbefällen infolge von Aids“ – so die offizielle Bezeichnung – entfielen 17.000 (91 Prozent) auf Afrika südlich der Sahara.

Fast zwei Drittel der Entbindungen in Entwicklungsländern von Fachkräften betreut

Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Entbindungen – 1990, 2000 und 2010 (in Prozent)

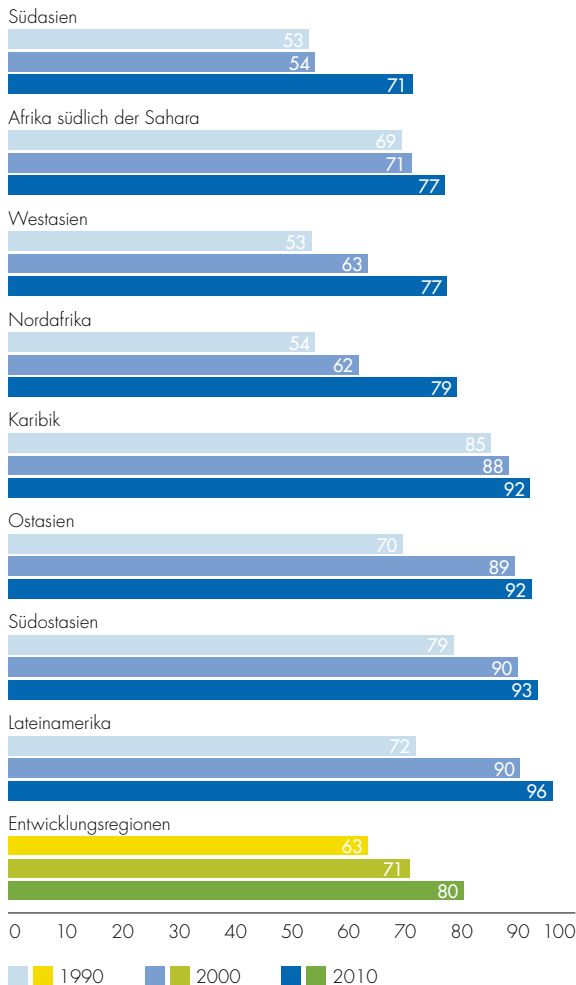


Medizinische Fachkräfte (Ärzte, medizinische Fachangestellte oder Hebammen) können bei lebensbedrohlichen Komplikationen wie schweren Blutungen präventiv oder therapeutisch eingreifen oder die Patientin erforderlichenfalls an eine höhere Betreuungsebene überweisen. In den Entwicklungsregionen insgesamt stieg der Anteil fachlich betreuter Entbindungen zwischen 1990 und 2010 von 55 auf 65 Prozent.

Die Regionen mit der höchsten Müttersterblichkeit, Afrika südlich der Sahara und Südasien, weisen auch den niedrigsten Anteil fachlich betreuter Entbindungen auf (weniger als die Hälfte). In Regionen, die sich einer hohen Betreuungsrate nähern, etwa Südostasien und Nordafrika, hat sich der Fortschritt zwischen 2000 und 2010 gegenüber dem vorherigen Jahrzehnt verlangsamt. Südasien fällt dagegen durch eine beschleunigte Steigerung seit 2000 auf.

Zunahme der Schwangerenvorsorge in allen Entwicklungsregionen

Anteil der 15- bis 49-jährigen Frauen, die während der Schwangerschaft mindestens einmal von medizinischem Fachpersonal betreut wurden – 1990, 2000 und 2010 (in Prozent)

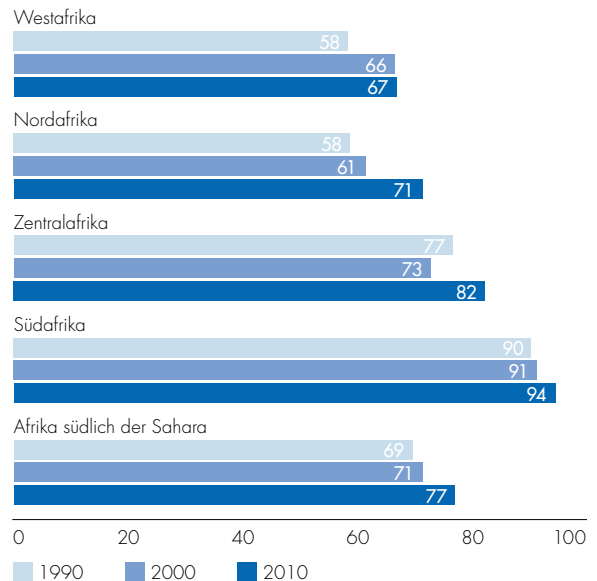


Die Müttersterblichkeit und -morbidity kann unter anderem durch Schwangerenvorsorge vermindert werden. In der Zeit vor der Geburt kommt es sehr darauf an, Frauen mit Maßnahmen und Informationen zur Förderung der Gesundheit, des Wohlergehens und des Überlebens von Mutter und Kind zu erreichen. Der Anteil der Empfängerinnen von Vorsorgeleistungen – mindestens ein Besuch eines Arztes, einer medizinischen Fachangestellten oder einer Hebamme –, ist in den Entwicklungsregionen schrittweise gestiegen: von 1990 bis 2000 von 63 auf 71 Prozent und bis 2010 weiter auf 80 Prozent.

Erfreulich ist der raschere Anstieg der Versorgungsrate im vergangenen Jahrzehnt in Südasien, Nordafrika und Westasien. In Südostasien, Ostasien und Lateinamerika, die bereits 2000 eine hohe Rate von etwa 90 Prozent erreichten, ging es dagegen langsamer voran.

Südliches Afrika mit der besten Mütterbetreuung aller afrikanischen Subregionen

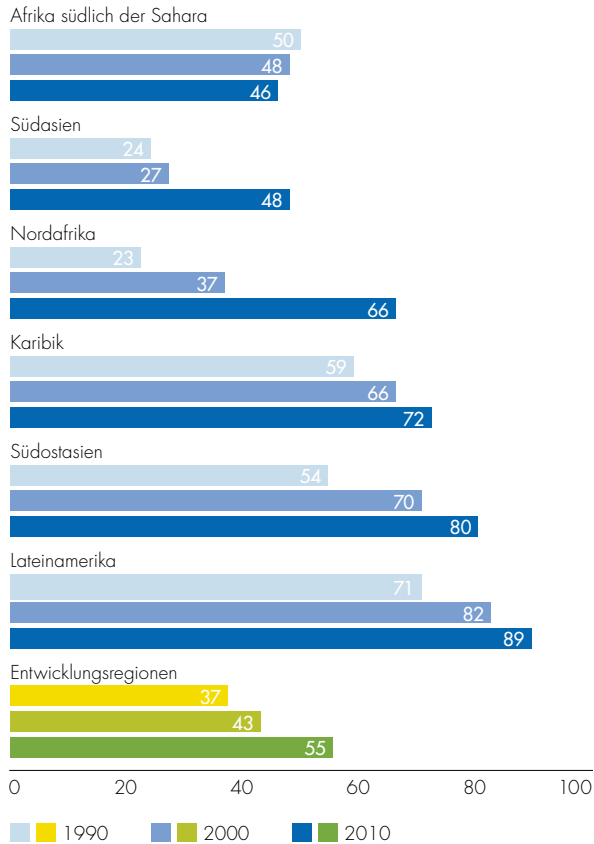
Anteil der 15- bis 49-jährigen Frauen in Afrika, die während der Schwangerschaft mindestens einmal von medizinischem Fachpersonal betreut wurden – 1990, 2000 und 2010 (in Prozent)



Innerhalb der Region Afrika bestehen bei der gesundheitlichen Grundversorgung von Müttern, darunter der Schwangerenvorsorge, große Unterschiede. Während das südliche Afrika 2010 eine fast flächendeckende Versorgung meldete, erhielt in Westafrika etwa ein Drittel der werdenden Mütter keine Schwangerenvorsorge.

Mehr Schwangere so häufig wie empfohlen betreut, doch weiter Lücken in den am meisten unterversorgten Regionen

Anteil der 15- bis 49-jährigen Frauen, die während der Schwangerschaft mindestens viermal von einem Leistungserbringer betreut wurden – 1990, 2000 und 2010 (in Prozent)



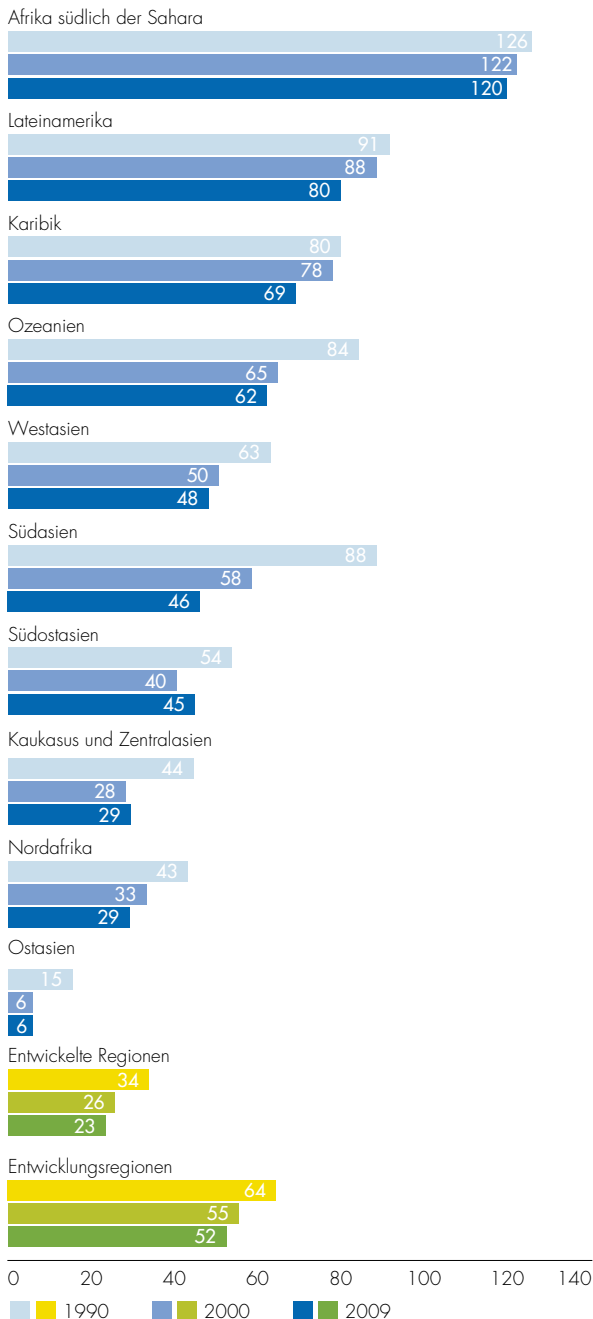
Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt Schwangeren ein Minimum von vier Vorsorgeterminen, die mindestens die Erkennung und Behandlung von Infektionen und die Ermittlung möglicher Schwangerschaftsrisiken abdecken sollen. Den meisten Entwicklungsregionen gelangen in dieser Hinsicht stetige Fortschritte, wobei Nordafrika und Südasiens das Tempo seit 2000 beschleunigen konnten.

Dennoch nahm 2010 in den Entwicklungsregionen immer noch fast die Hälfte aller Schwangeren nicht die empfohlene Zahl von Terminen wahr. In Afrika südlich der Sahara ist der Anteil der Schwangeren, die der Empfehlung genügen, seit 1990 sogar gesunken. Die Daten zur Zahl der Besuche sagen nichts über die so wichtige, aber schwierig messbare Qualität der Vorsorge aus.



Jugendschwangerschaften in den meisten Regionen weiterhin, jedoch weniger schnell rückläufig

Zahl der Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren – 1990, 2000 und 2009



Eine sehr frühe Mutterschaft geht mit einem erhöhten Gesundheitsrisiko für Mutter und Kind einher und wird auch mit Folgewirkungen wie einem niedrigeren Bildungsstand und Armut in Verbindung gebracht. Nachdem die Zahl der Geburten je 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren zwischen 1990 und 2000 in allen Entwicklungsregionen rückläufig war, hat sich der Rückgang seitdem in den meisten Regionen verlangsamt oder sogar in einen Anstieg umgekehrt.

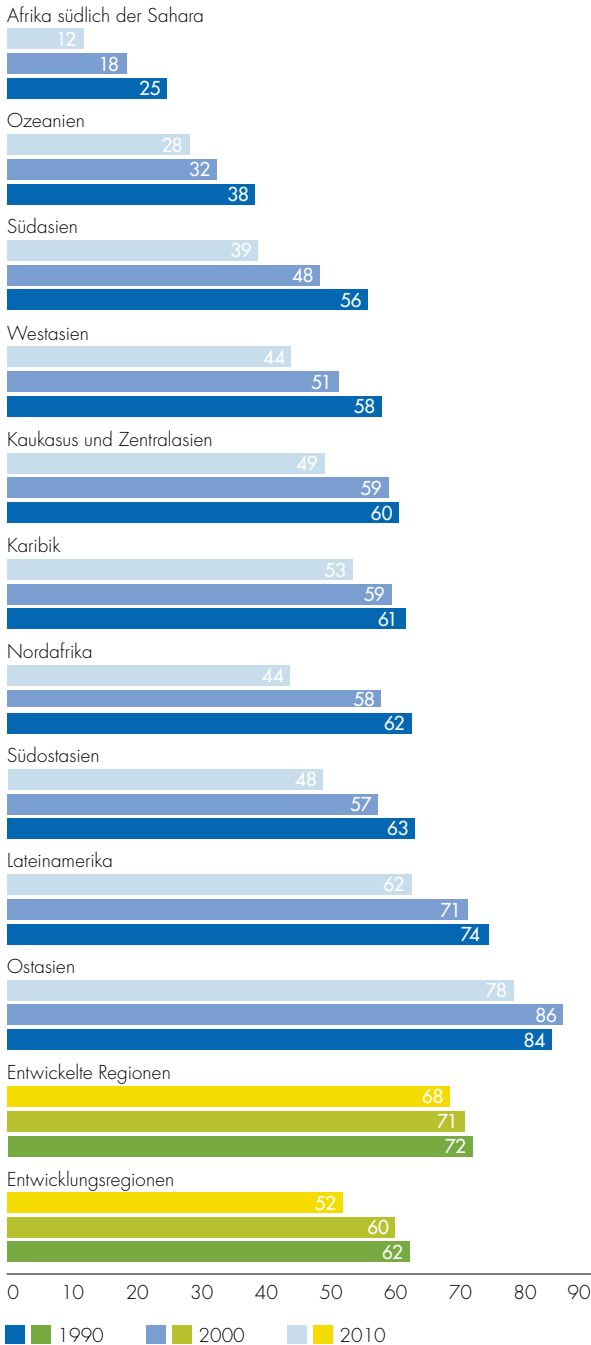
Die höchste und seit 1990 nahezu unveränderte Geburtenrate bei Jugendlichen findet sich nach wie vor in Afrika südlich der Sahara (120 Geburten je 1.000 Frauen). In Lateinamerika und der Karibik ist die Rate weiter hoch und sinkt erst seit kurzem.

In Ländern, in denen eine Heirat in jungen Jahren relativ üblich ist, ließe sich die Zahl der Jugendschwangerschaften weiter vermindern, indem unter anderem kulturell sensible Programme zum Aufschub von Eheschließungen erarbeitet und durchgeführt sowie Gesetze über ein Heiratsmindestalter erlassen und angewendet werden.



Starke Zunahme der Verwendung von Verhütungsmitteln in den 1990er Jahren hat nach 2000 nicht angehalten

Anteil der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15- bis 49-jährigen Frauen, die eine Verhütungsmethode anwenden – 1990, 2000 und 2010 (in Prozent)

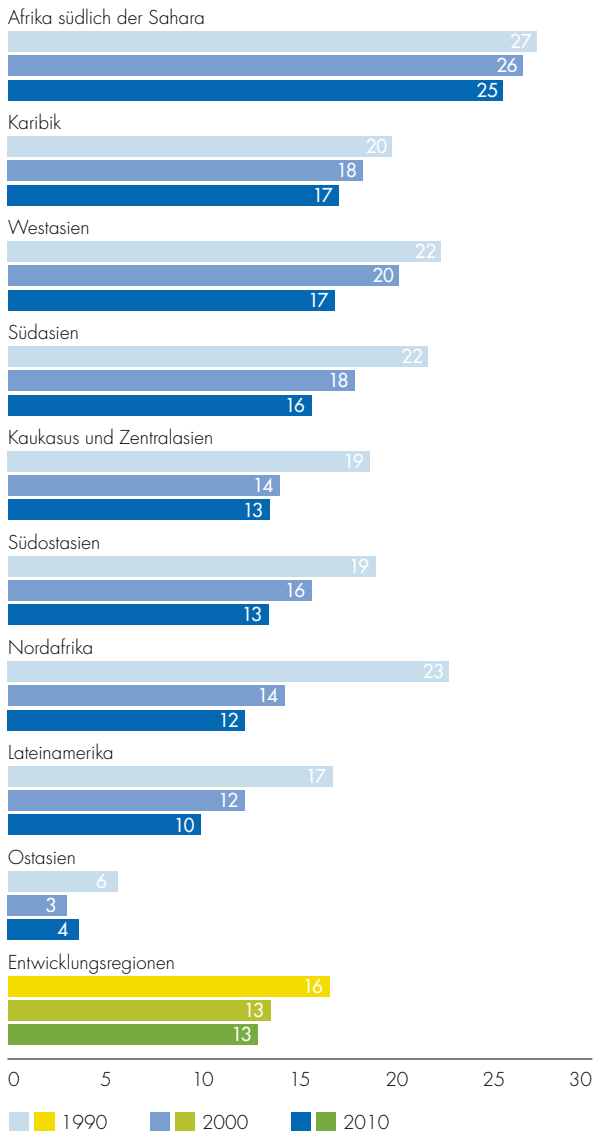


Dank des besseren Zugangs zu sicheren, erschwinglichen und wirksamen Verhütungsmethoden bestehen mehr Möglichkeiten für den Einzelnen, in Fragen der Fortpflanzung eine Wahl und eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen. Außerdem wird durch die Verhütung von ungewollten Schwangerschaften oder Schwangerschaften in geringen zeitlichen Abständen die Gesundheit von Mutter und Kind gefördert. Nachdem die Verwendung von Verhütungsmitteln zwischen 1990 und 2000 in vielen Regionen rasch zunahm, hat sich das Fortschritttempo seitdem eher verlangsamt.

2010 wandten mehr als die Hälfte aller verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15- bis 49-jährigen Frauen in allen Regionen mit Ausnahme von Afrika südlich der Sahara und Ozeanien eine Form von Empfängnisverhütung an. In Afrika südlich der Sahara war 2010 der Anteil der verhütenden Frauen mit 25 Prozent am niedrigsten und lag sogar unter dem Wert, den andere Regionen 1990 erreicht hatten. Innerhalb der Region schwanken die Werte jedoch stark: In einigen Ländern nimmt der Anteil rasch zu, in anderen verändert er sich hingegen kaum. Die wachsende Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter in dieser Region bedeutet in den kommenden Jahren eine Herausforderung für Familienplanungsprogramme und Gesundheitsdienste.

Weiter hoher ungedeckter Bedarf an Familienplanung in Regionen mit geringen Verhütungsraten

Anteil der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15- bis 49-jährigen Frauen mit ungedecktem Bedarf an Familienplanung – 1990, 2000 und 2010 (in Prozent)

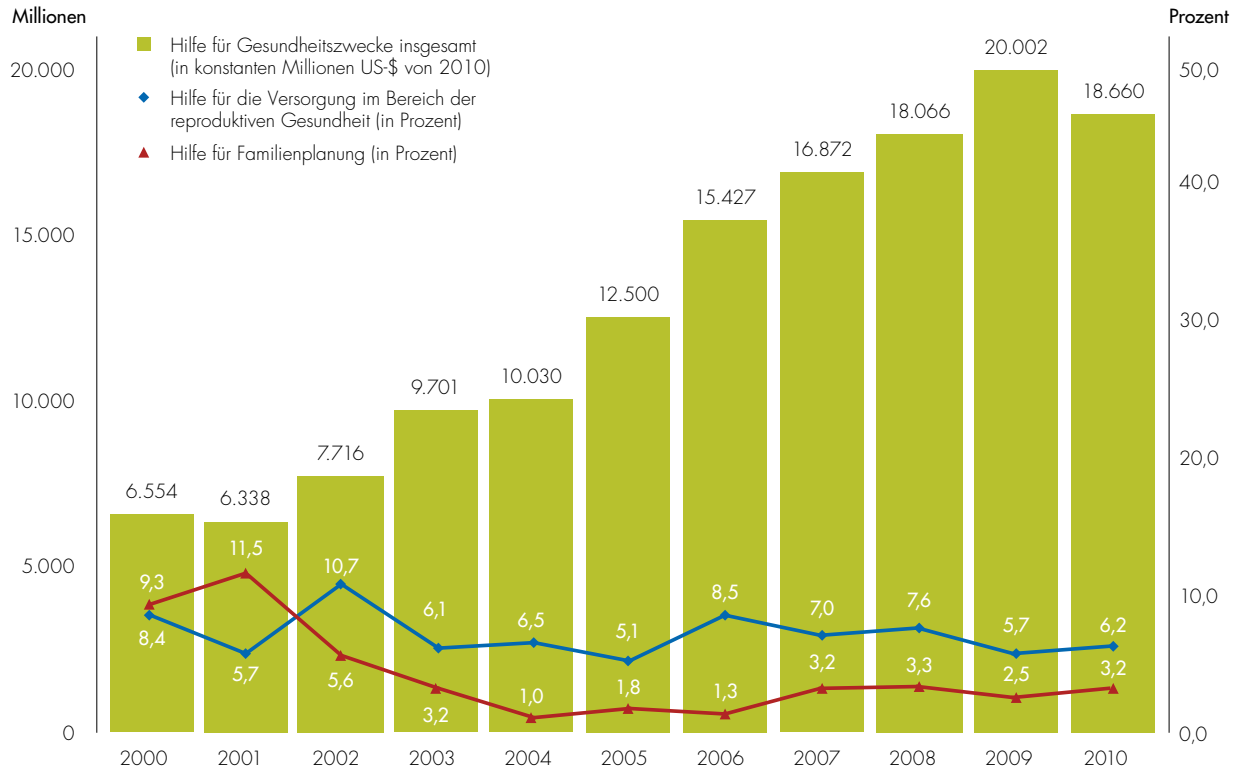


Der ungedeckte Bedarf an Familienplanung, ausgedrückt als Anteil der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15- bis 49-jährigen Frauen, die den Wunsch haben, eine Schwangerschaft hinauszuschieben oder zu verhindern, jedoch keine Form der Verhütung anwenden, nimmt seit 1990 nur langsam ab. Zwischen 2000 und 2010 hat sich das Fortschrittstempo in den Entwicklungsregionen sogar verlangsamt, was darauf hindeutet, dass die Familienplanungsprogramme ausbaufähig sind. In Afrika südlich der Sahara etwa war 2010 der Bedarf an Verhütungsmitteln bei jeder vierten verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden Frauen im gebärfähigen Alter nicht gedeckt.

Da sich der Anteil der verhütenden Frauen und der ungedeckte Bedarf an Familienplanung in den letzten zehn Jahren weltweit langsamer verändert haben, ist auch der Anteil des gedeckten Bedarfs an Familienplanung, das heißt die Verwendung von Verhütungsmitteln im Verhältnis zur Gesamtnachfrage an Familienplanung, weniger schnell gestiegen, nämlich von 78 Prozent 1990 auf 83 Prozent 2000 und dann auf gerade einmal 84 Prozent 2010.

Hilfe für reproduktive Gesundheit und Familienplanung nach wie vor gering

Öffentliche Entwicklungshilfe für Gesundheitszwecke insgesamt (in konstanten Millionen US-\$ von 2010) und Anteil der Mittel für reproduktive Gesundheit und Familienplanung (in Prozent) – 2000-2010



Die Bedarfslücke bei der Empfängnisverhütung lässt sich nur schließen, wenn Gelder für Familienplanungsdienste und -mittel bereitgestellt werden. Der Anteil der Hilfe für Familienplanung an der gesamten Hilfe für Gesundheitszwecke war jedoch in den letzten zehn Jahren insgesamt rückläufig und stieg nur zwischen 2009 und 2010.

leicht von 2,5 auf 3,2 Prozent an. Die Finanzierung der Deckung des Verhütungsmittelbedarfs ist besonders deswegen so wichtig, weil in den Entwicklungsregionen die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter und der Frauen mit Verhütungswunsch wächst.



Ziel 6

Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

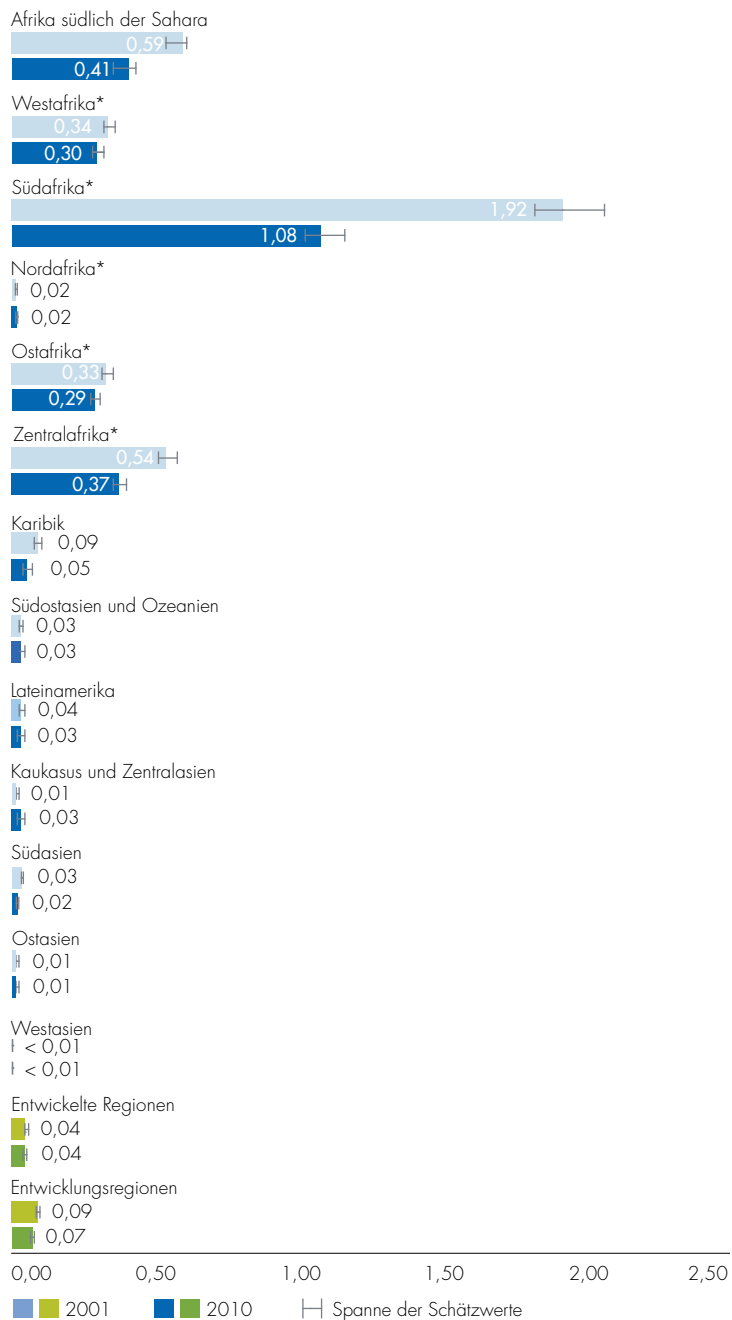


ZIELVORGABE

Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Weiterer Rückgang der HIV-Neuinfektionen in den am stärksten betroffenen Regionen

HIV-Inzidenzraten (geschätzte Zahl der jährlichen HIV-Neuinfektionen je 100 Personen im Alter von 15 bis 49 Jahren) – 2001 und 2010



* Die Zusammensetzung der fünf Subregionen in Afrika wird im Abschnitt „Regionale Gruppen“ auf Seite 67 dargestellt.

Die Zahl der HIV-Neuinfektionen sinkt, in manchen Ländern allerdings rascher als in anderen.

Von den 33 Ländern mit einem Rückgang befinden sich 22 in Afrika südlich der Sahara, der am stärksten von Aids betroffenen Region. 2010 infizierten sich 2,7 Millionen Menschen, darunter 390.000 Kinder, und damit 21 Prozent weniger als 1997 (Höchststand) und 15 Prozent weniger als 2001 neu mit dem HIV.

Afrika südlich der Sahara stellte 2010 zwar nur 12 Prozent der Weltbevölkerung, aber 70 Prozent aller HIV-Neuinfektionen. Innerhalb der Region schwanken die Werte jedoch stark, wobei das südliche Afrika weiter am schwersten betroffen ist. In Afrika südlich der Sahara

wird das Virus hauptsächlich auf heterosexuellem Weg übertragen.

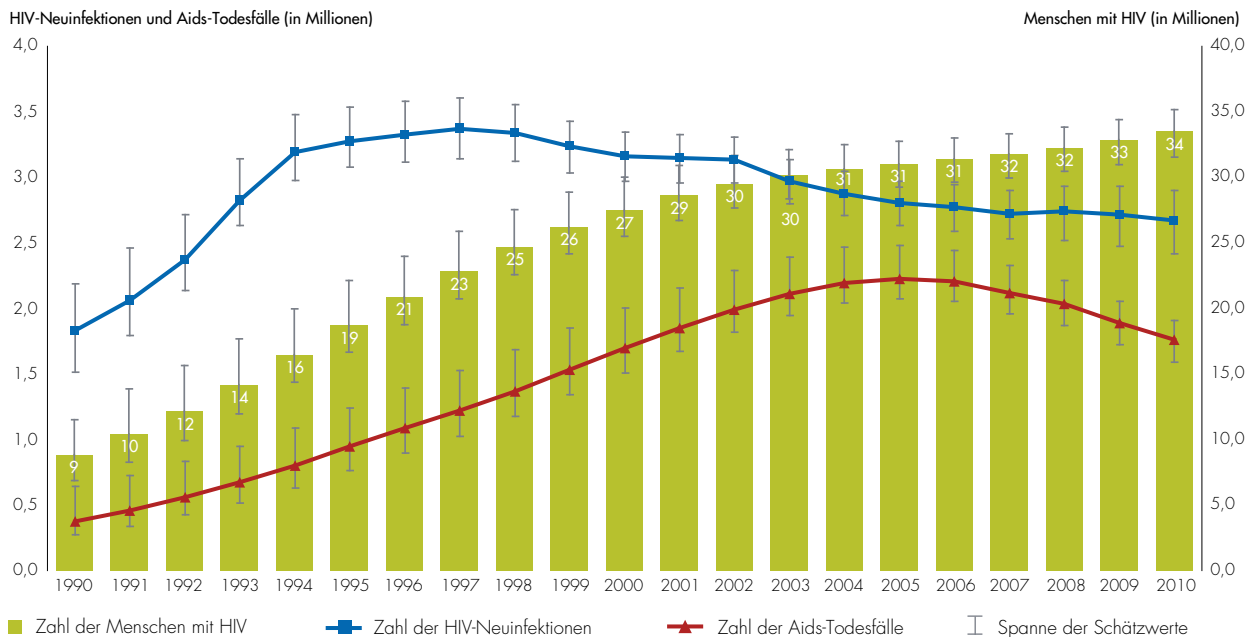
Die Karibik weist die zweithöchste regionale HIV-Inzidenz auf, auch wenn die Epidemie sich dort seit Mitte der 1990er Jahre erheblich langsamer ausbreitet.

Asien weist demgegenüber eine deutlich niedrigere HIV-Inzidenz und -Prävalenz auf. Aufgrund seiner hohen Bevölkerungszahl hat es jedoch die zweithöchste Zahl von HIV-Infizierten.

Im Gegensatz zu anderen Regionen steigen die HIV-Neuinfektionen in Kaukasus und Zentralasien weiter an. Ihre Hauptursache ist dort nach wie vor injizierender Drogenkonsum.

Infolge geringerer Zahl von Aids-Todesfällen und weiterhin zahlreicher Neuinfektionen mehr HIV-Infizierte denn je

Zahl der Menschen mit HIV, Zahl der HIV-Neuinfektionen und Zahl der Aids-Todesfälle weltweit – 1990-2010 (in Millionen)



Ende 2010 lebten schätzungsweise 34 Millionen Menschen und damit 17 Prozent mehr als 2001 mit HIV. Dieser starke Anstieg ist sowohl auf die anhaltend hohe Zahl von Neuinfektionen als auch auf die erhebliche Ausweitung des Zugangs zu lebensrettender antiretroviraler Therapie, insbesondere in den letzten Jahren, zurückzuführen.

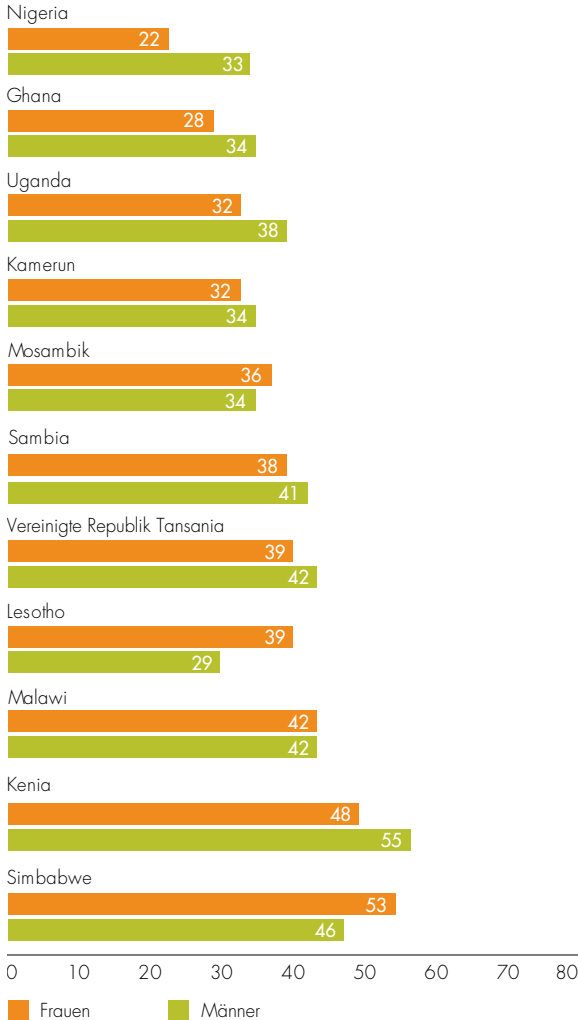
Der Anteil der Frauen an den HIV-Infizierten ist weltweit mit 50 Prozent gleich geblieben, jedoch in Afrika südlich der

Sahara mit 59 Prozent und in der Karibik mit 53 Prozent unverhältnismäßig hoch.

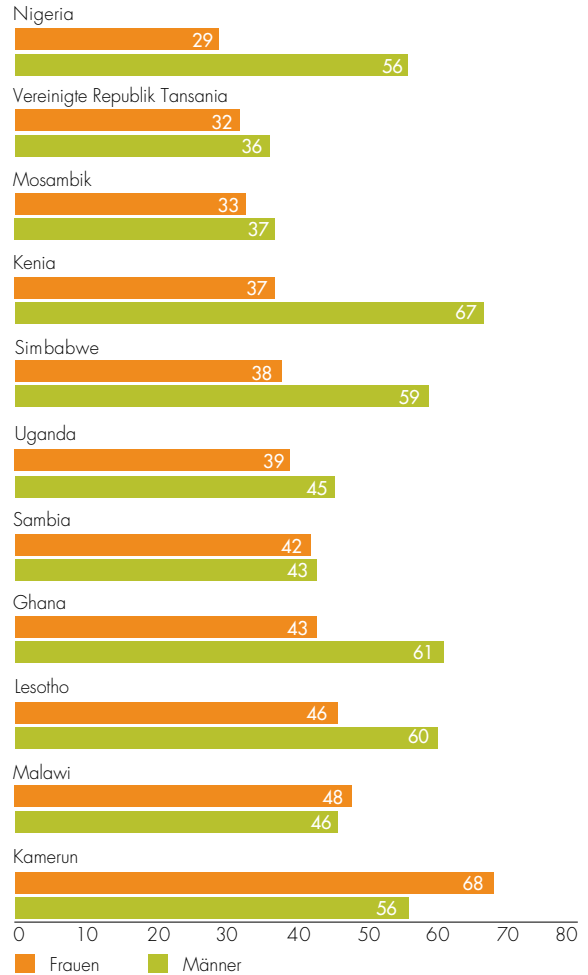
Die Zahl der Aids-Todesfälle sank von ihrem Höchststand von 2,2 Millionen Mitte der 2000er Jahre auf 1,8 Millionen im Jahr 2010. Dank der Einführung der antiretroviralen Therapie konnten in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen seit 1995 insgesamt 2,5 Millionen Sterbefälle abgewendet werden.

Umfassendes Wissen zur HIV-Übertragung und Kondombenutzung unter jungen Menschen weiter wenig verbreitet

Anteil der 15- bis 24-Jährigen mit umfassendem Wissen zur HIV-Übertragung in ausgewählten Ländern – 2005/2010 (in Prozent)



Anteil der Kondombenutzung bei 15- bis 24-Jährigen mit mehreren Sexualpartnern* in ausgewählten Ländern – 2005/2010 (in Prozent)



* Anteil der 15- bis 24-Jährigen, die in den letzten 12 Monaten mehr als einen Sexualpartner hatten und angaben, bei ihrem letzten Geschlechtsverkehr ein Kondom verwendet zu haben.

Umfassendes und richtiges Wissen über HIV und Aids ist eine grundlegende Voraussetzung für die Akzeptanz von HIV-Diensten und für Verhaltensänderungen. Über entsprechende Kenntnisse verfügen jedoch in Afrika südlich der Sahara nur 26 Prozent der Frauen und 35 Prozent der Männer zwischen 15 und 24 Jahren. In acht der 11 Länder mit den meisten Neuinfektionen in der Region gaben mindestens 45 Prozent der Männer an, Kondome zu benutzen, ein relativ hoher Wert, dem ein niedriger Wissensstand unter den Jugendlichen beider Geschlechter in diesen Ländern gegenübersteht. In den meisten Ländern ist die Kondombenutzung unter jungen Frauen weiter gering verbreitet, was möglicherweise auf mangelnde Verfügbar-

keit zurückzuführen ist. In Afrika südlich der Sahara stehen jedem erwachsenen Mann statistisch nur acht Kondome pro Jahr zur Verfügung.

Auch HIV-Tests werden in der Region wenig in Anspruch genommen, insbesondere von jungen Männern, für die kein vergleichbarer Einstiegspunkt wie für junge Frauen besteht, denen im Rahmen von Müttergesundheitsprogrammen Tests und Dienste zur Verhütung der Mutter-Kind-Übertragung bereitgestellt werden. In neun der 11 betrachteten Länder ließen sich weniger als 20 Prozent der Männer testen.

Mehrere Medienkampagnen der letzten Zeit haben bewiesen, dass es möglich ist, eine große Zahl von Jugendlichen über die Verhütung von HIV-Infektionen zu informieren, um ihren Wissensstand zu erhöhen und Verhaltensänderungen auszulösen. Besonders wirkungsvoll sind solche Kampagnen dann, wenn die vermittelten Informationen durch Sexualerziehung und andere an Jugendliche gerichtete Kommunikationsinhalte ergänzt werden.

In einem in Kenia und Sambia ausgestrahlten Fernseh-drama wurde die Geschichte einer Gruppe von Freunden erzählt, die an einer Universität in Nairobi stürmische Erfahrungen mit dem Leben, der Liebe und HIV machten. Das Drama wurde nach einer Umfrage von 60 Prozent der jungen Menschen in Nairobi verfolgt, von denen 90 Prozent erklärten, ihre Einstellung zu HIV-Tests, Mehrfachbeziehungen und Stigmatisierung geändert zu haben. Auch in Trinidad und Tobago rief ein Fernseh-drama positive Wirkungen hervor. In der Ukraine sahen im Dezember 2009 eine Million Menschen die TV-Erstaussstrahlung eines Films, der junge Menschen und ihre Zukunft im Kontext von riskantem Verhalten und Drogenkonsum thematisiert. Eine Umfrage ergab, dass 42 Prozent der Zuschauer planten, den Film mit Freunden zu diskutieren, und dass die Botschaften zu riskantem Sexualverhalten klar vermittelt wurden.

Technologische Innovationen zur Verbesserung von HIV-Diensten und zur Übertragung von Informationen sind besonders für junge Menschen geeignet, von denen viele über Mobiltelefone, Internet und Fernsehen vernetzt sind.

Gefälle im Bildungszugang für Waisen und Nichtwaisen schwindet

2009 verloren weltweit etwa 17,1 Millionen Kinder einen oder beide Elternteile durch Aids. Davon lebten 15 Millionen in Afrika südlich der Sahara.

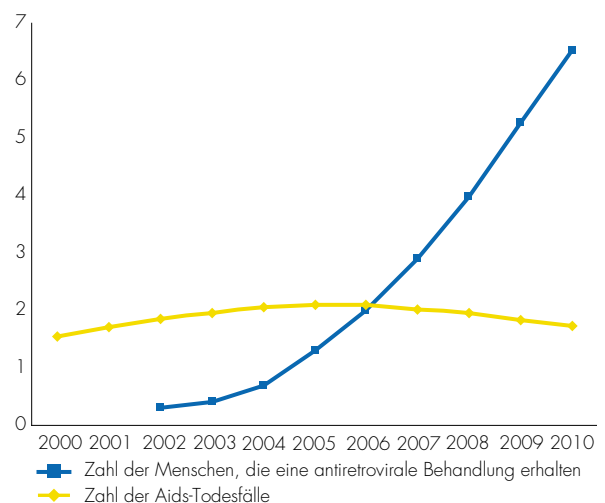
In den letzten drei Jahrzehnten ist das Interesse an dem Schutz, der Betreuung und der Unterstützung von Kindern, die von HIV/AIDS betroffen sind, gewachsen. Gleichzeitig haben die entsprechenden Investitionen zugenommen und tragen nationalen Beobachtungsdaten zufolge Früchte. In den meisten Ländern Afrikas südlich der Sahara unterscheiden sich die Schulbesuchsquoten 10- bis 14-jähriger Waisen und Nichtwaisen mittlerweile kaum noch.

ZIELVORGABE

Bis 2010 den allgemeinen Zugang zu HIV/AIDS-Behandlung für alle, die sie benötigen, verwirklichen

Trotz Rekordwachstums bei der HIV-Behandlung 2010 Zielvorgabe nicht erreicht

Zahl der Menschen, die eine antiretrovirale Behandlung erhalten – 2002-2010 (in Millionen), und Zahl der Aids-Todesfälle – 2000-2010 (in Millionen)

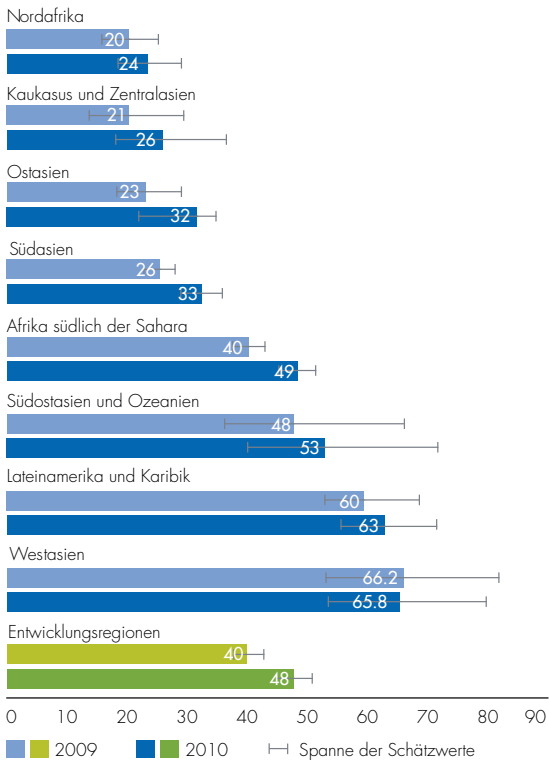


Ende 2010 erhielten in den Entwicklungsregionen 6,5 Millionen Menschen eine antiretrovirale HIV- oder Aids-Therapie, über 1,4 Millionen mehr als im Dezember 2009. Obwohl dies der größte je verzeichnete jährliche Zuwachs ist, wurde das Ziel, 2010 den allgemeinen Zugang zu verwirklichen, weitgehend verfehlt.

Zwischen 2008 und 2010 nahmen etwa 1,3 Millionen Menschen eine kontinuierliche antiretrovirale Therapie auf. Setzt sich dieser Trend fort, wird die Zahl der antiretroviral Behandelten Ende 2015 weniger als 14 Millionen betragen und damit mehr als eine Million unter dem im Juni 2011 auf der Tagung der Vereinten Nationen auf hoher Ebene über HIV/AIDS vereinbarten Zielwert liegen. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage ist der Zielwert von 15 Millionen wohl nur zu erreichen, wenn die Effizienz und die Wirksamkeit der globalen HIV-Maßnahmen gesteigert werden.

Erweiterter Behandlungszugang für Menschen mit HIV in nahezu allen Regionen

Anteil der Menschen mit HIV, die eine antiretrovirale Behandlung erhalten* – 2009 und 2010 (in Prozent)



* Die Quote der antiretroviral Behandelten wird in der Gruppe der Menschen mit HIV gemessen, deren CD4-Zellzahl nicht mehr als 350 Zellen/mm³ beträgt.

Der Anteil der Menschen mit HIV, die eine antiretrovirale Behandlung erhalten, erhöhte sich in den Entwicklungsregionen 2010 weiter, und zwar auf 48 Prozent der etwa 13,7 Millionen Behandlungsbedürftigen. 2009 hatte ihr Anteil noch bei 40 Prozent gelegen. Am stärksten stieg die Behandlungsquote in Ostasien, nämlich um 38 Prozent. In Afrika südlich der Sahara wurde die Behandlung dagegen nur um 20 Prozent ausgeweitet, und mehr als 50 Prozent der Bedürftigen erhalten dort noch immer keine antiretrovirale Therapie.

Zehn Länder, darunter drei mit einer generalisierten Epidemie (Botsuana, Namibia und Ruanda), haben den allgemeinen Zugang zu antiretroviraler Therapie (definiert als Behandlungsquote von mindestens 80 Prozent der Bedürftigen) bereits erreicht.

Die Quote der antiretroviral Behandelten variiert nach Geschlecht und Alter. 2010 war sie in den Entwicklungsregionen bei Frauen (53 Prozent) höher als bei Männern

(40 Prozent) und bei Kindern niedriger als bei Erwachsenen. Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die eine antiretrovirale Therapie erhielten, stieg zwischen Ende 2009 und Ende 2010 von 350.000 auf etwa 450.000. Dies entspricht einem Anteil von etwa 22 Prozent aller behandlungsbedürftigen Kinder unter 15 Jahren in den Entwicklungsregionen, ein Zuwachs gegenüber den 21 Prozent des Vorjahres.

Ohne Behandlung werden sich rund ein Drittel der Kinder von Frauen mit HIV im Mutterleib, bei der Geburt oder beim Stillen infizieren. Dieses Risiko kann durch die Behandlung der werdenden Mutter mit antiretroviralen Medikamenten erheblich verringert werden. 2010 erhielten in den Entwicklungsregionen schätzungsweise 48 Prozent der Schwangeren mit HIV die wirksamsten antiretroviralen Therapien. In dem Wert sind Einzeldosen von Nevirapin nicht enthalten. Rund 92 Prozent der jährlich 1,5 Millionen behandlungsbedürftigen Schwangeren leben in Afrika südlich der Sahara.

ZIELVORGABE

Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

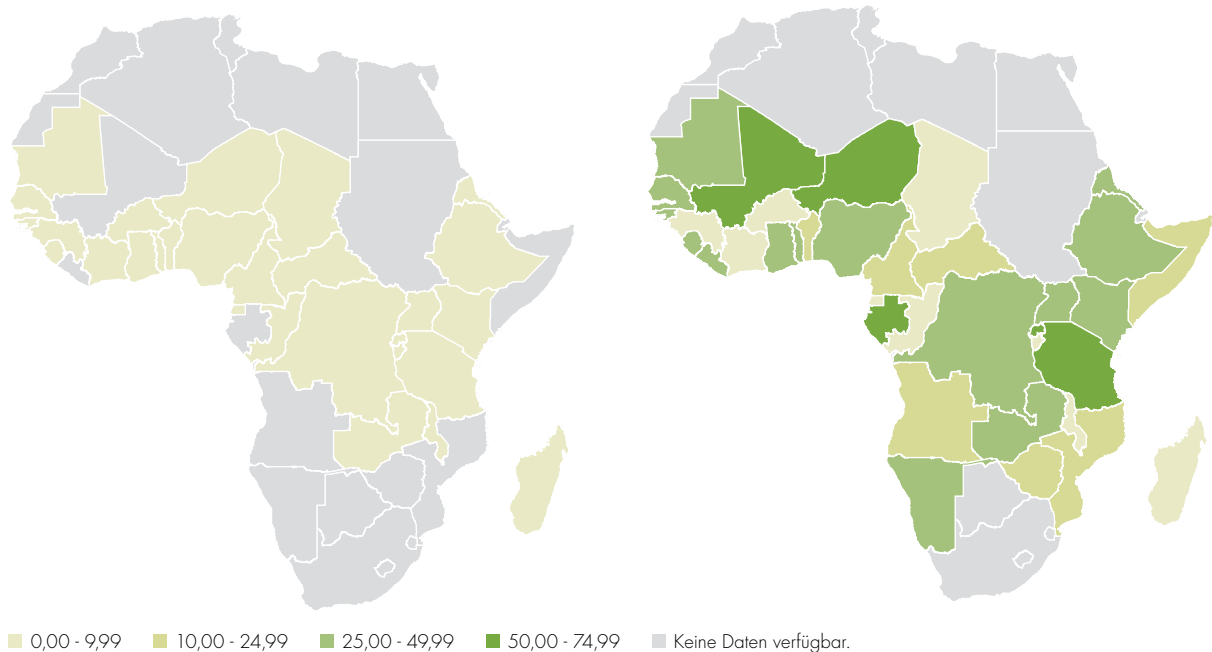
Kampf gegen Malaria mit erheblichen und dauerhaften Fortschritten

Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Malaria erfassen einen immer größeren Teil der gefährdeten Bevölkerung, was die geschätzte Zahl der Malariafälle und –todesfälle weiter sinken lässt. Das Verbreitungsgebiet der Malaria schrumpft weiter, und 2011 wurde ein weiteres Land – Armenien – für malariefrei erklärt.

Im Zeitraum 2000-2010 verzeichneten 43 der 99 Länder, in denen Malaria endemisch ist, einen Rückgang der gemeldeten Malariafälle um mehr als 50 Prozent. In 8 weiteren Ländern lag der Rückgang zwischen 25 und 50 Prozent. Insgesamt wurden 2010 etwa 216 Millionen Malariaanfänge gezählt, davon etwa 81 Prozent oder 174 Millionen Fälle in Afrika. Im selben Jahr starben schätzungsweise 655.000 Menschen an Malaria, wovon 91 Prozent auf Afrika entfielen und 86 Prozent Kinder unter fünf Jahren waren. Weltweit ist seit 2000 die geschätzte Malariainzidenz um 17 Prozent, die malarispezifische Sterblichkeitsrate um 25 Prozent gesunken. Auch wenn damit die international vereinbarte Zielvorgabe einer Halbierung bis 2010 nicht erreicht werden konnte, ist dies ein beachtlicher Erfolg.

Dank aufgestockter Finanzmittel mehr imprägnierte Moskitonetze für Kinder in Afrika südlich der Sahara

Anteil der Kinder unter fünf Jahren, die unter einem imprägnierten Moskitonetz schlafen, in Afrika südlich der Sahara – Anfang und Ende der 2000er Jahre (in Prozent)



Anmerkung: Karte entspricht Stand der Grenzen von 2010.

Mit der weiteren Erhöhung der internationalen Finanzierung für die Malariabekämpfung konnten die Länder, in denen diese Krankheit endemisch ist, den Zugang zu imprägnierten Moskitonetzen erheblich verbessern. Zudem geht aus Haushaltserhebungen hervor, dass 96 Prozent der Menschen, die in ihrem Haushalt über solche Netze verfügen, diese auch gebrauchen. In Afrika südlich der Sahara ist der Anteil der Kinder, die unter imprägnierten Moskitonetzen schlafen, Schätzungen zufolge von 2 Prozent im Jahr 2000 auf 39 Prozent im Jahr 2010 gestiegen.

Überdies deuten Daten für Malariaprogramme darauf hin, dass der Anteil der gefährdeten Bevölkerung, der durch langwirkendes Besprühen von Innenwänden geschützt ist, zwischen 2005 und 2010 von weniger als 5 Prozent auf 11 Prozent gewachsen ist.

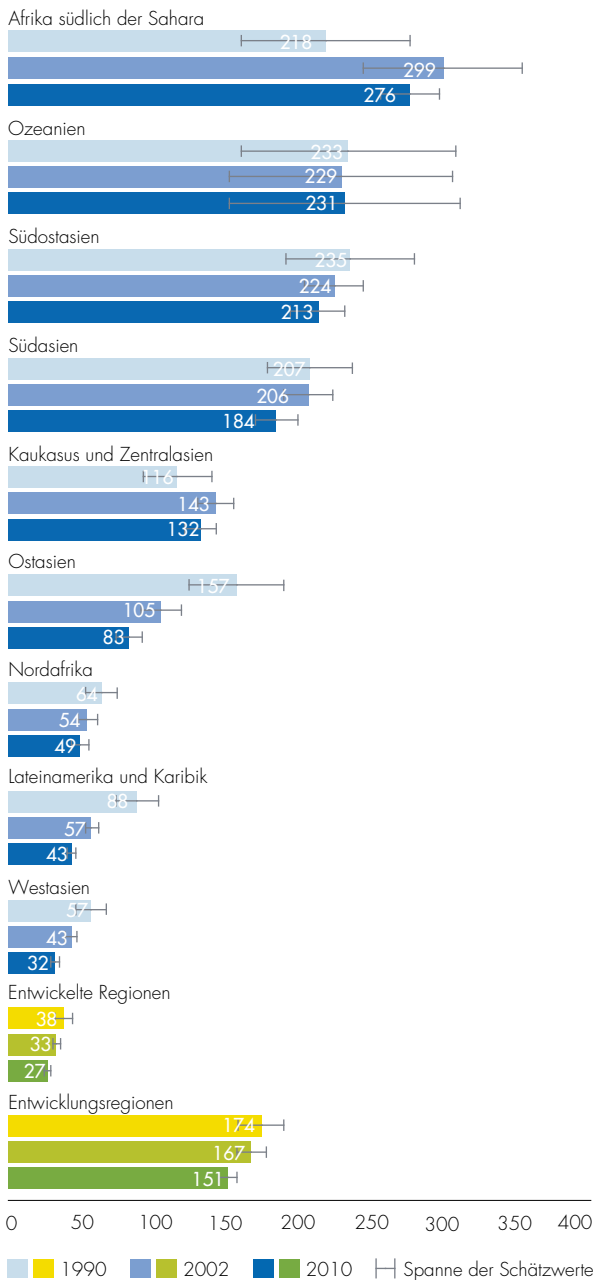
Die Zahl der beschafften Schnelldiagnostesttests und Kombinationstherapien auf Artemisininbasis steigt ebenfalls. Verfügbare Daten örtlicher Gesundheitseinrichtungen lassen erkennen, dass der Anteil der Verdachtsfälle, bei denen parasitologische Untersuchungen durchgeführt wurden, sich weltweit zwischen 2005 und 2009 von 67 auf 73 Prozent erhöht hat. Den höchsten Zuwachs verzeichnete Afrika südlich der Sahara.

Allerdings gibt es beunruhigende Anzeichen dafür, dass diese so eindrucksvolle Dynamik allmählich schwindet, vor allem aufgrund unzureichender Ressourcen. Der Umfang der internationalen Finanzierung erreichte 2011 mit 1,9 Milliarden Dollar anscheinend einen Höchstwert, liegt jedoch weit unter dem für den allgemeinen Zugang zu Malariaverhütungs- und bekämpfungsmaßnahmen erforderlichen Betrag von 5 bis 6 Milliarden Dollar. Die Länder mit endemischer Malaria wenden oft nicht genügend Mittel zur Bekämpfung der Krankheit auf. Die Mittelknappheit droht die Erreichung der gesundheitsbezogenen Millenniums-Entwicklungsziele zu verhindern, insbesondere in Afrika.

Anlass zur Besorgnis gibt ferner die aus einer wachsenden Zahl von Ländern Südostasiens gemeldete Resistenz gegenüber Artemisininen, wesentlichen Bestandteilen der Medikamente zur Behandlung der Malaria durch *P. falciparum*. 27 Länder in Afrika und 41 Länder weltweit melden Resistenzen gegenüber Pyrethroiden, den für die Imprägnierung von Moskitonetzen und insbesondere die Besprühung von Innenwänden verwendeten Insektiziden. Wenn diese Resistenzen nicht gebührend angegangen werden, könnten sie künftige Fortschritte gefährden.

Ausbreitung der Tuberkulose kommt langsam zum Stillstand

Zahl der neuen Tuberkulosefälle je 100.000 Einwohner (Inzidenz) (einschließlich HIV-positiver Menschen) – 1990, 2002 und 2010



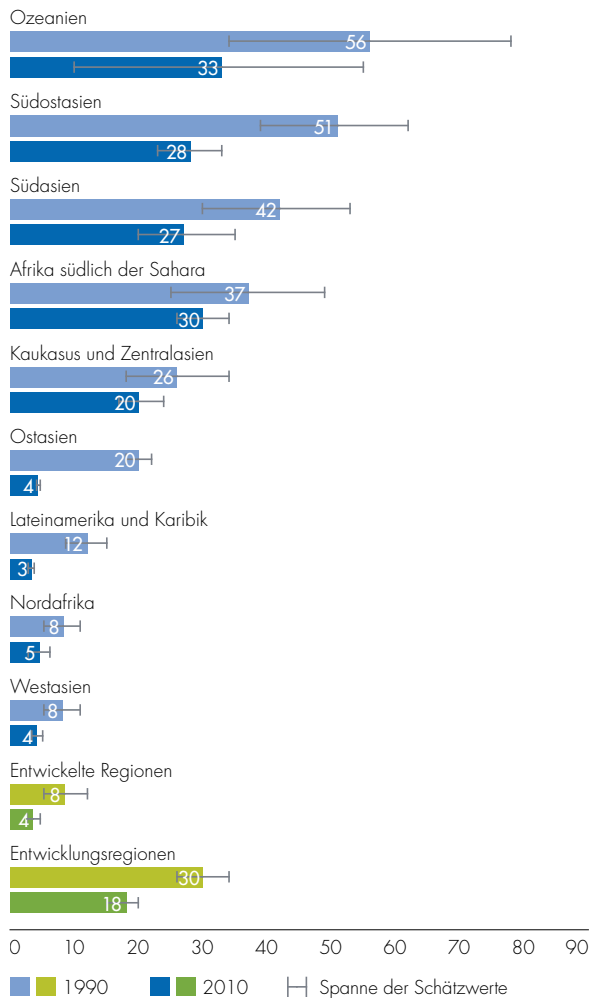
2010 wurden weltweit 8,8 Millionen neuer Tuberkulosefälle diagnostiziert, darunter 1,1 Millionen Fälle bei Menschen mit HIV. Weltweit erreichte die Inzidenzrate 2002 mit 141 Fällen je 100.000 Menschen ihren Höchststand und ist seither rückläufig.

Die absolute Zahl neuer Fälle geht mittlerweile ebenfalls zurück, wenn auch sehr langsam. Seit 2006 fällt die Inzi-

denzrate rascher, als die Weltbevölkerung wächst. Setzt sich dieser Trend fort, wird die Welt die Zielvorgabe, die Ausbreitung der Krankheit zum Stillstand zu bringen und allmählich umzukehren, erreichen.

Halbierung der Sterblichkeitsrate gegenüber 1990 dank Anti-TB-Kampagne greifbar nah

Zahl der Tuberkulosedodesfälle je 100.000 Einwohner (ohne HIV-positive Menschen) – 1990 und 2010

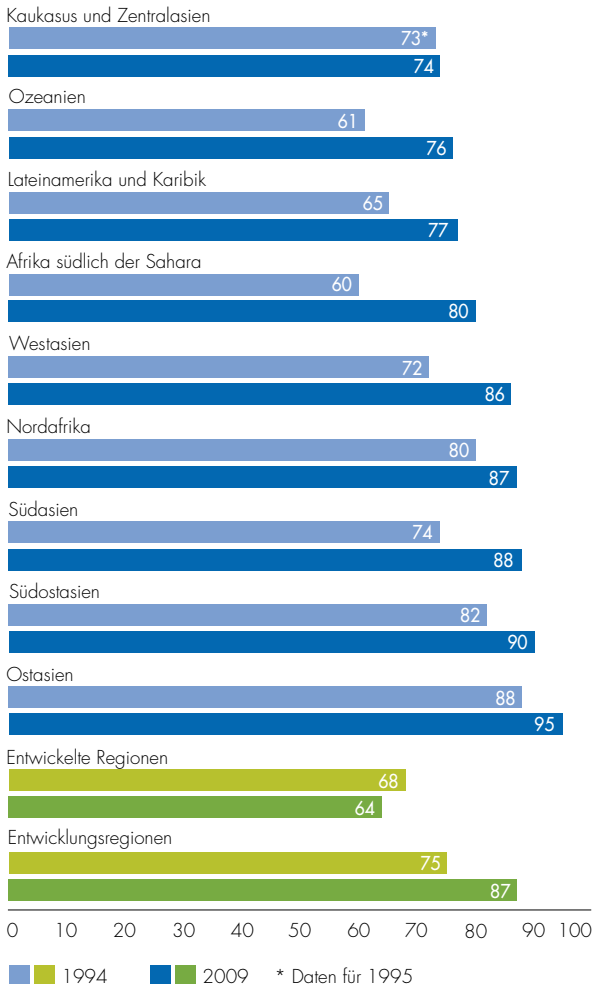


Die Tuberkulose-Sterblichkeit- und Prävalenz sinkt in den meisten Regionen. An Tuberkulose starben 2010 etwa 1,4 Millionen Menschen, darunter 350.000 HIV-Infizierte. Nach aktuellen Prognosen ist das Ziel der Partnerschaft „Stopp der Tb“, bis 2015 die Sterberaten von 1990 zu halbieren, im Weltmaßstab und in mehreren Regionen erreichbar.

Die Prävalenztrends sind weniger gesichert, doch wird die Zahl der Erkrankten für 2010 auf 12 Millionen geschätzt.

Mehr TB-Patienten erfolgreich behandelt

Anteil der im Rahmen von DOTS erfolgreich behandelten Tuberkulosefälle – Kohorten 1994 und 2009 (in Prozent)



Zwischen 1995 und 2010 wurden im Rahmen der DOTS (direkt überwachte Kurzzeittherapie)-Strategie (1995-2005) und der Nachfolgestrategie „Stopp der Tb“ (seit 2006) insgesamt 46 Millionen Tuberkulosepatienten erfolgreich behandelt, was sich für bis zu 7 Millionen Menschen als lebensrettend erwies.

2010 wurde weltweit 5,7 Millionen Patienten offiziell ihre Diagnose mitgeteilt. Das entspricht etwa 65 Prozent der bestmöglichen Schätzung der Gesamtzahl neuer Fälle. Von den Patienten in der Kohorte 2009 wurden 87 Prozent erfolgreich behandelt, womit die Zielvorgabe der erfolgreichen Behandlung von 85 Prozent der Fälle weltweit im dritten Jahr in Folge überschritten wurde.

Trotz der steigenden Zahl der Tuberkulosepatienten mit Zugang zu hochwertiger Behandlung wird noch immer mehr als ein Drittel der neuen Fälle nicht gemeldet und nicht über DOTS-Programme behandelt. Besorgniserregend ist auch, dass 2010 mehr als 84 Prozent der geschätzten 290.000 Fälle multiresistenter Tuberkulose nicht im Einklang mit internationalen Leitlinien diagnostiziert und behandelt wurden.

Darüber hinaus kennen viele HIV-positive Menschen mit Tuberkulose ihren HIV-Status nicht und erhalten zumeist noch keine antiretrovirale Therapie. Obwohl in den letzten zehn Jahren mehr Mittel bereitgestellt wurden, bestehen nach wie vor große Finanzierungslücken.



Ziel 7

Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

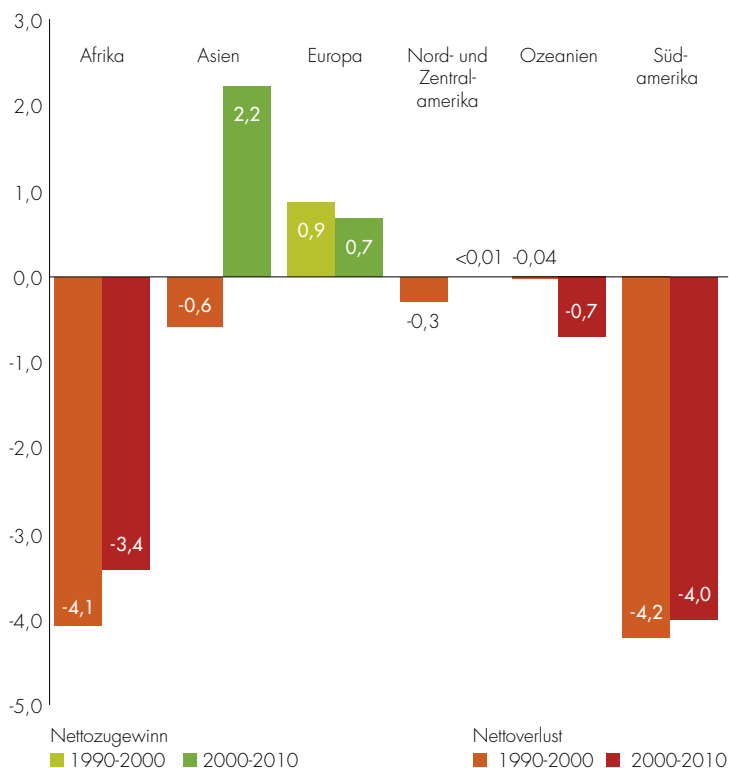


ZIELVORGABE

Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme integrieren und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

Globaler Waldverlust durch Waldzuwachs in Asien verlangsamt, aber nicht umgekehrt

Jährliche Nettoveränderung der Waldfläche – 1990-2000 und 2000-2010 (in Millionen Hektar)



Die Verlangsamung des Waldverlusts ist der nachlassenden Entwaldung, der Anlage neuer Wälder und dem natürlichen Zuwachs vorhandener Wälder zu verdanken. Gegenüber den 1990er Jahren verringerte sich der globale Nettoverlust im letzten Jahrzehnt von jährlich 8,3 Millionen Hektar auf 5,2 Millionen Hektar.

Südamerika und Afrika erlitten zwischen 2000 und 2010 die größten Nettoverluste. Auch Ozeanien vermeldete einen Nettoverlust, hauptsächlich infolge der schweren Dürre und der Waldbrände in Australien. Asien verzeichnete in den letzten zehn Jahren einen jährlichen Nettozugewinn von rund 2,2 Millionen Hektar, der vor allem auf die umfangreichen Aufforstungsprogramme in China, Indien und Vietnam zurückzuführen ist. In vielen anderen Ländern der Region setzte sich die schnelle Umwidmung von Waldflächen für andere Nutzungszwecke fort.

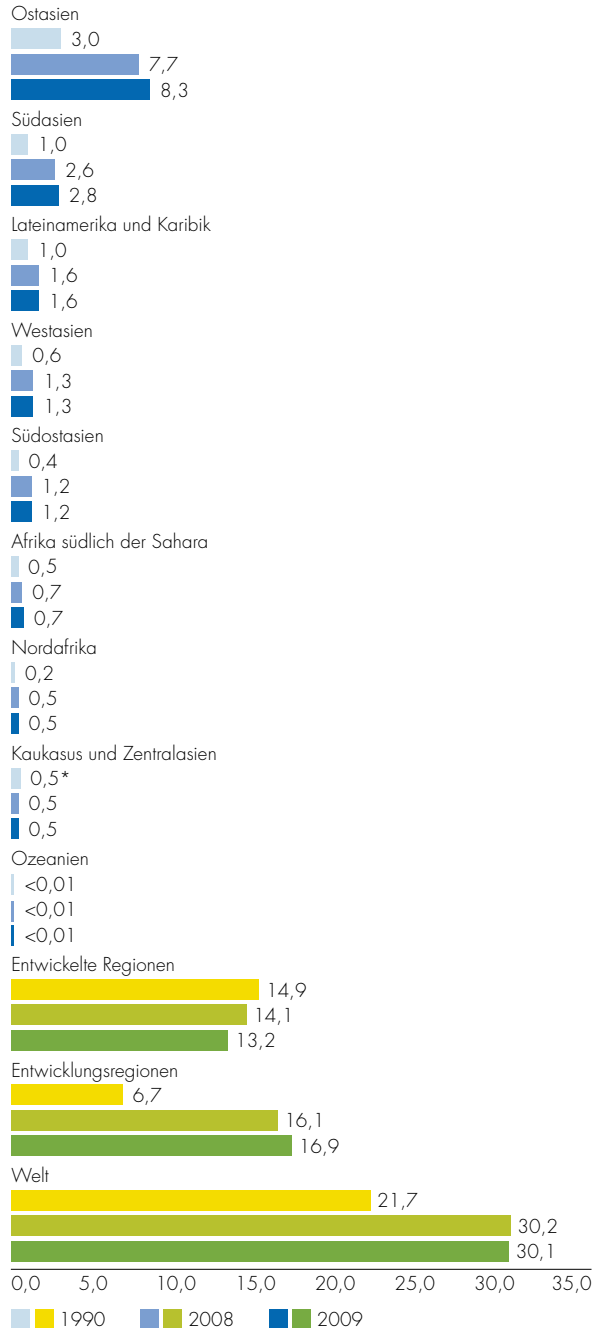
Ein Rückgang an Waldfläche mindert die zahlreichen sozioökonomischen Nutzeffekte und Leistungen von Wäldern, die sich allerdings nur schwer in Geldwerten ausdrücken lassen. Für einen großen Teil der Weltbevölkerung, insbesondere in den Entwicklungsländern, ist der

Wald jedoch Existenzgrundlage und dient in Notzeiten als wirtschaftliches Sicherheitsnetz. Weltweit bietet die Waldbewirtschaftung und -erhaltung rund 10 Millionen Menschen Beschäftigung und vielen weiteren einen direkten oder indirekten Nutzen. Wälder liefern neben Holz auch Nahrung, Futter, Wildfleisch, Heilpflanzen und Bau- und Gebrauchsmaterial. Untersuchungen zeigen, dass Frauen in Entwicklungsländern wesentlich an der Einsammlung, Verarbeitung und Vermarktung sowie dem Verkauf dieser Produkte beteiligt sind.



Leichter und kurzfristiger Rückgang der weltweiten Treibhausgasemissionen infolge der Wirtschaftskrise

Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) – 1990, 2008 und 2009 (in Milliarden Tonnen)



*Daten für 1992.

Entgegen dem langfristigen Trend ging der CO₂-Ausstoß zwischen 2008 und 2009 weltweit von etwa 30,2 Milliarden auf ca. 30,1 Milliarden Tonnen und damit um 0,4 Prozent zurück. Von 1990 bis 2008 war er fast jedes

Jahr und seit 2002 besonders stark gestiegen. Trotz dieses präzedenzlosen Rückgangs wurden 2009 immer noch 39 Prozent mehr ausgestoßen als 1990.

Zurückzuführen ist der Rückgang der Emissionen 2009 auf die mit der weltweiten Krise einhergehende Konjunkturlaute. In den entwickelten Regionen sank der Ausstoß gegenüber 2008 besonders stark, nämlich um 7 Prozent. In den Entwicklungsregionen insgesamt nahmen die Emissionen weiter zu, aber weniger als in den Vorjahren, und zwar um 5,4 Prozent 2009 gegenüber etwa 10 Prozent 2004 und 2003. Unter dem Strich wurde der Anstieg in den Entwicklungsregionen durch die Abnahme in den entwickelten Regionen mehr als ausgeglichen.

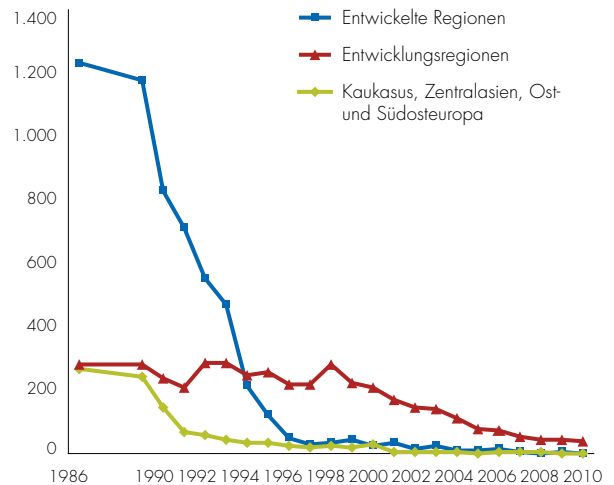
Der Pro-Kopf-Ausstoß war 2009 in den entwickelten Regionen mit 10 Tonnen CO₂ nach wie vor weitaus höher als in den Entwicklungsregionen mit nur 3 Tonnen und in Afrika südlich der Sahara mit gerade einmal 0,6 Tonnen. Wie in den Vorjahren übertrafen jedoch die Emissionen je Einheit Wirtschaftsleistung in den Entwicklungsregionen die der entwickelten Regionen: 0,6 gegenüber 0,37 Kilogramm CO₂ je Dollar Wirtschaftsleistung.

2011 kam die internationale Gemeinschaft bei der Verbesserung des internationalen Regelwerks zum Klimawandel einen weiteren Schritt voran. Auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Klimaänderungen in Durban (Südafrika) wurden stärkere Maßnahmen zur Bekämpfung von Treibhausgasemissionen als Auslöser des Klimawandels vereinbart. Ein auf der Konferenz eingeleiteter Prozess soll der Ausarbeitung eines Protokolls, anderen Rechtsinstruments oder vereinbarten Ergebnisses mit Rechtskraft nach dem Rahmenübereinkommen dienen, das für alle Parteien gilt, 2020 in Kraft tritt und ab dann angewendet wird. Außerdem wurde anerkannt, dass zwischen der vereinbarten und der tatsächlichen, zum Wohl der Erde erforderlichen Reduzierung der Emissionen eine Lücke klafft, und die Notwendigkeit unterstrichen, die internationalen Maßnahmen weiter zu verstärken.

Der geringe, krisenbedingte Rückgang der weltweiten Emissionen im Jahr 2009 ist eindeutig kurzfristiger Natur, und sobald sich die Weltwirtschaft erholt, werden die Emissionen wohl wieder zunehmen. Die Eindämmung der Treibhausgasemissionen bleibt ein aktuelles und dringendes Anliegen.

Erfolgreiche Durchführung des Montrealer Protokolls ebnet Weg für Ausweitung der Kontrolle auf mehr Stoffe

Verbrauch aller ozonabbauenden Stoffe – 1986-2010
(in Tausend Tonnen Ozonabbaupotenzial)



In diesem Jahr, dem 25. Jahr des Bestehens des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, gibt es viele Erfolge zu feiern, allen voran die Senkung des Verbrauchs ozonabbauender Stoffe um mehr als 98 Prozent. Da die meisten dieser Stoffe auch hochwirksame Treibhausgase sind, hat das Protokoll ferner erheblich zum Schutz des globalen Klimasystems beigetragen.

Dank der bisherigen Reduzierungen verbleiben die teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffe (H-FCKW) als die größte Gruppe der für den Ausstieg vorgesehenen Stoffe. Angesichts der Erfolgsbilanz des Protokolls und seiner universellen Ratifikation erwägen die Regierungen eine Protokolländerung zur Minderung von teilhalogenierten Fluorkohlenwasserstoffen (H-FKW), einer Klasse von Chemikalien mit erderwärmender Wirkung, die oft als Ersatz für bestimmte ozonabbauende Stoffe dienen.

Die Vertragsparteien erhoffen sich nun die universelle Ratifikation aller Protokolländerungen. Werden nicht alle Änderungen bis Jahresende ratifiziert, könnten Handelsanktionen gegen die Nichtparteien verhängt werden, was diese darin hindern würde, die für einen maßvollen und bedachtsamen Ausstieg aus H-FKW benötigten H-FCKW zu beschaffen.

Für den Ausstieg aus den anderen Hauptkategorien ozonabbauender Stoffe schließt sich das Zeitfenster allmählich. Die Vertragsparteien wenden sich nun stärker mehreren kleinen, vom Ausstieg ausgenommenen Kategorien zu, um mittels besserer Verfolgung oder Bericht

erstattung diejenigen Verwendungen zu ermitteln und einzustellen, für die es ozonfreundliche Alternativen gibt. Außerdem erörtern sie weiter, wie ozonabbauende Stoffe,

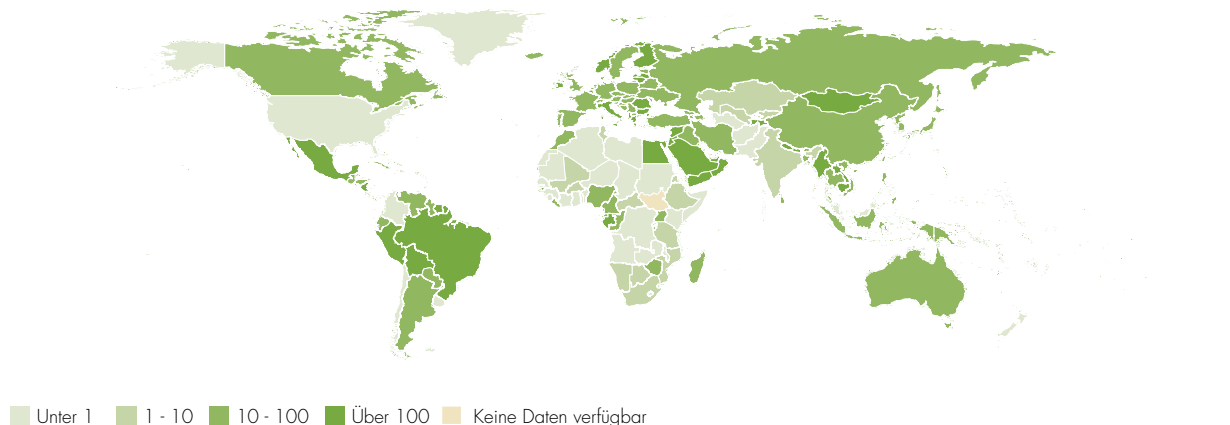
darunter solche, die in überalterten Lagerbeständen und bestehenden Ausrüstungen enthalten sind, umweltverträglich gehandhabt und vernichtet werden können.

ZIELVORGABE

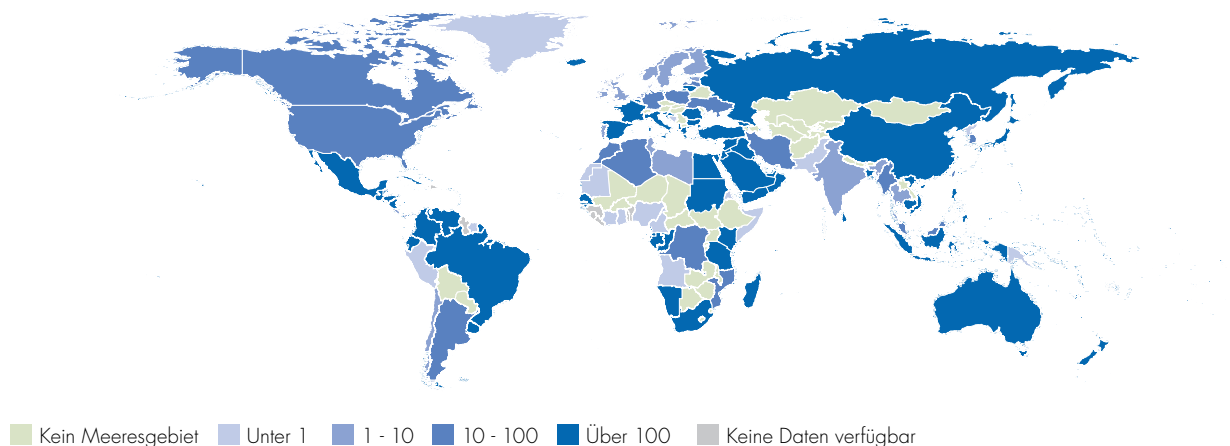
Den Verlust an biologischer Vielfalt reduzieren, mit einer signifikanten Reduzierung der Verlustrate bis 2010

Trotz größerer Zahl von Schutzgebieten geht noch immer biologische Vielfalt verloren

Zuwachs an geschützten Landflächen – 1990-2010 (in Prozent)



Zuwachs an Meeresschutzgebieten (bis zu 12 Seemeilen von der Küste) – 1990-2010 (in Prozent)



2010 bedeckten Schutzgebiete weltweit 12,7 Prozent der Landfläche, aber nur 1,6 Prozent der gesamten Meeresfläche standen unter Schutz.

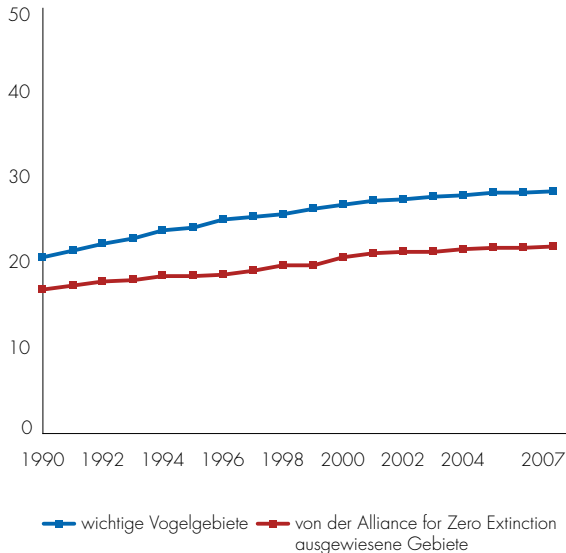
Seit 1990 hat sich die Zahl der Schutzgebiete um 58 Prozent und ihr Umfang um 48 Prozent erhöht. Dieser Zuwachs variiert jedoch je nach Land und Gebiet stark. Zwischen 1990 und 2010 verdoppelte sich die geschützte Landfläche in 59 von 228 Ländern mit verfügbaren Daten und die geschützte Meeresfläche in 86 von 172 Län-

dern mit verfügbaren Daten. Demgegenüber wuchsen die geschützte Landfläche in 54 Ländern und die geschützte Meeresfläche in 35 Ländern um weniger als 1 Prozent oder überhaupt nicht.

Trotz ihres relativ geringen Umfangs hat sich die geschützte Meeresfläche rascher vergrößert als die geschützte Landfläche, insbesondere in den Küstengewässern bis zu 12 Seemeilen – von 3,1 Prozent 1990 auf 7,2 Prozent 2010.

Wichtigste Erhaltungsgebiete weiter ungeschützt

Anteil der für die biologische Vielfalt besonders wichtigen Gebiete, die vollständig unter Schutz stehen – 1990-2007 (in Prozent)



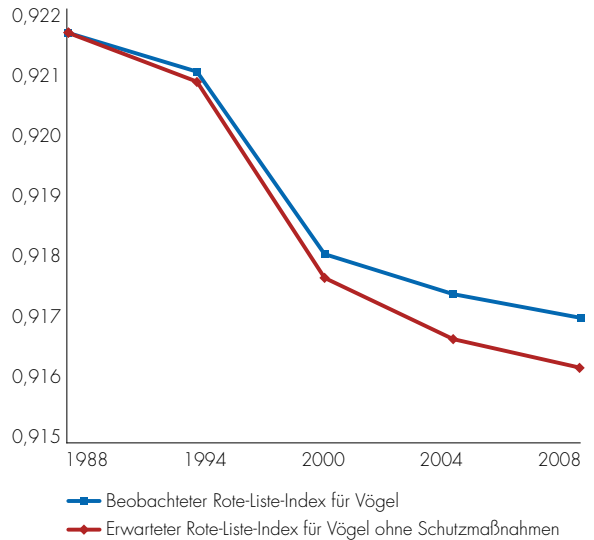
Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf 10.993 wichtige Vogelgebiete und 588 von der Alliance for Zero Extinction ausgewiesene Gebiete.

Neuere Forschungen haben bestätigt, dass Schutzgebiete in geeigneter Lage die Verschlechterung des Erhaltungszustands von Arten eindämmen können. Trotz eines Zuwachses dieser Gebiete steht jedoch weltweit die Hälfte der wichtigsten Landflächen für die Erhaltung der Arten noch immer nicht unter Schutz. So sind von den 588 von der Alliance for Zero Extinction (AZE) ausgewiesenen Gebieten für die Erhaltung der einzigen noch bestehenden Population einer oder mehrerer stark gefährdeter Arten 51 Prozent gänzlich ungeschützt; dasselbe gilt für 49 Prozent der 10.993 wichtigen Vogelgebiete (Important Bird Areas, IBA). Nur 22 Prozent der AZE- und 28 Prozent der IBA-Gebiete stehen vollständig unter Schutz.

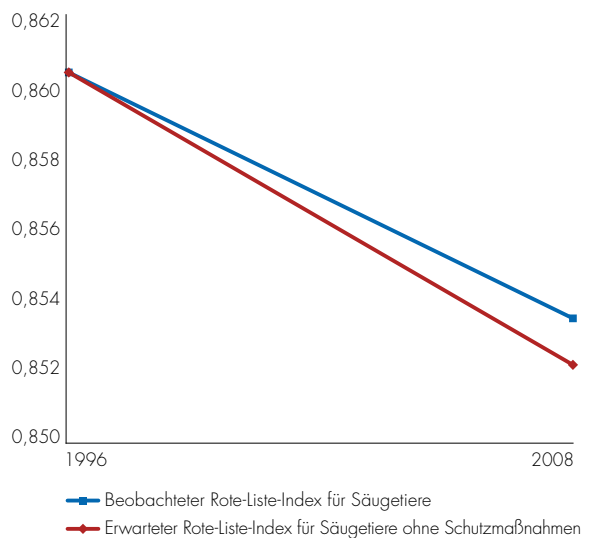
Auch wenn die Schutzgebiete in den für die biologische Vielfalt besonders wichtigen Gebieten ausgeweitet wurden, ist ihr Anteil an der gesamten unter Naturschutz stehenden Landfläche seit 1950 jährlich gesunken. Die AZE- und IBA-Gebiete müssen ebenso wie andere wichtige Gebiete adäquat geschützt und verwaltet werden, um dem Artensterben Einhalt zu gebieten, die Ökosystemleistungen und den Nutzen dieser Gebiete für die Menschen zu bewahren und die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen über die biologische Vielfalt zu unterstützen.

Schutzmaßnahmen verlangsamen Trend zum Aussterben

Rote-Liste-Index der IUCN zum Überleben von Arten (1988-2008) (beobachteter und voraussichtlicher Rückgang der Population und Verbreitung tendenziell vom Aussterben bedrohter Vogelarten)



Rote-Liste-Index der IUCN zum Überleben von Arten (1996-2008) (beobachteter und voraussichtlicher Rückgang der Population und Verbreitung tendenziell vom Aussterben bedrohter Säugetierarten)



Anmerkung: Ein Wert von 1,0 bedeutet, dass alle Arten als nicht gefährdet eingestuft werden und daher in naher Zukunft nicht auszusterben drohen. Ein Wert von Null besagt, dass alle Arten ausgestorben sind.

In allen bislang untersuchten taxonomischen Gruppen ist ein beträchtlicher Teil der Arten vom Aussterben bedroht, wobei die Werte zwischen 13 Prozent bei Vögeln und 63 Prozent bei Palmfarnen liegen, einer Gruppe seltener, seit Millionen von Jahren unverändert gebliebener Pflanzen. Noch bedenklicher ist, dass die Gruppen mit quantifizierbaren Trends beim Aussterberisiko weitaus mehr Arten enthalten, deren Zustand sich verschlechtert, als Arten, deren Zustand sich verbessert.

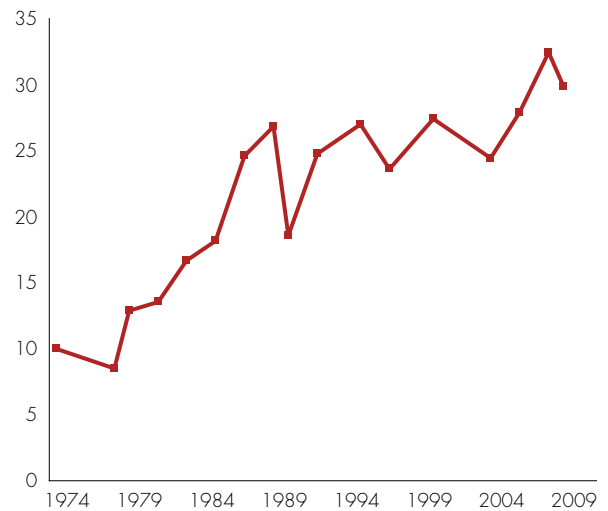
Der Rote-Liste-Index der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen (IUCN) quantifiziert Trends beim zusammengefassten Aussterberisiko für bestimmte Gruppen von Arten. Dem Index zufolge verschlechtert sich zwar weltweit die Situation bei Vögeln, Säugetieren und Amphibien, doch wäre dieser Trend ohne Schutzmaßnahmen, die von der Einrichtung von Schutzgebieten bis zur Eindämmung der Jagd auf bestimmte Arten reichen, noch erheblich stärker ausgefallen. Ohne diese Schutzmaßnahmen zeigt der Index einen erheblich stärkeren Rückgang, nämlich um mindestens 18 Prozent sowohl für Vögel als auch für Säugetiere.

Schutzmaßnahmen haben verhindert, dass zwischen 1988 und 2008 39 Vogelarten und zwischen 1996 und 2008 29 Säugetierarten auf der Roten Liste in die nächsthöhere Gefährdungskategorie eingestuft wurden. Erfreulicherweise sind diese Schätzungen viel zu niedrig angesetzt, insbesondere da sie zahlreiche Arten nicht berücksichtigen, deren Situation sich ohne Schutzmaßnahmen noch weiter verschlechtert hätte. Das Gesamtbild ist jedoch unverändert: Der Artenbestand geht weiter stark zurück und das vom Menschen verursachte Artensterben hält in beispiellosem Tempo an.

Bei Amphibien haben Schutzmaßnahmen noch nicht viel bewirkt. Eine wichtige Ursache des Amphibienschwunds, die Pilzkrankung Chytridiomykose, wurde erst vor kurzem entdeckt.

Überfischung der Meere 2008 mit neuem Höchststand

Anteil der überfischten Bestände – 1974-2009 (in Prozent)



1974 galten nur 10 Prozent der Fischbestände als überfischt, waren also unter das für die biologische Nachhaltigkeit erforderliche Maß gefallen und bedurften somit eines strikten Bewirtschaftungsplans zu ihrer Wiederauffüllung und zur Wiederherstellung ihrer Produktivität. Bis 1989 stieg dieser Anteil auf 27 Prozent und stabilisierte sich nach einigen Schwankungen bis 2006 auf diesem Niveau. Bestürzenderweise schnellte er trotz der Fischereipolitik und der Bewirtschaftungsmaßnahmen der Küstenstaaten 2008 wieder auf 32 Prozent hoch. 2009 waren von den 395 überwachten Fischbeständen, die 70 Prozent der weltweiten Fangmenge ausmachen, 30 Prozent überfischt.

Von den übrigen Beständen galten schätzungsweise 57 Prozent als voll befischt, d.h. die Fangmengen lagen am größtmöglichen Dauerertrag oder sehr nahe daran. Ohne eine angemessene Bewirtschaftung sind voll befischte Bestände sogar vom Rückgang bedroht.

2009 waren nur 13 Prozent der Bestände unterbefischt, standen also unter einem relativ niedrigen Befischungsdruck und kamen potenziell für eine Produktionssteigerung infrage. Diese Bestände sind gewöhnlich aber nicht umfangreich und können nur begrenzt zur Erhöhung der Weltproduktion beitragen. Trotz einiger Fortschritte ist die globale Fischerei aufgrund der Nachfrage, der Überkapitalisierung von Fangflotten, der Zerstörung der natürlichen Lebensräume und der Umwelt sowie infolge des Klimawandels einer ständig wachsenden Belastung ausgesetzt. Schwerpunkt der Fischereipolitik und -bewirtschaftung müssen der Abbau von Überkapazitäten und die Ein-

bindung in die nationale politische und wirtschaftliche Entscheidungsfindung sein.

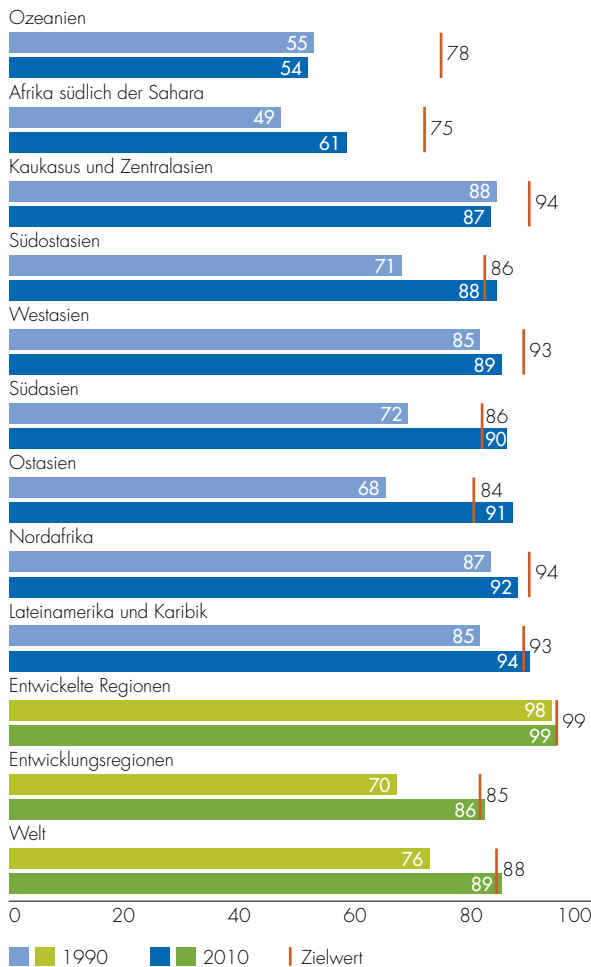
Ein Warnsignal für die anhaltende und zunehmende Überfischung ist der Rückgang der Weltproduktion der marinen Fangfischerei von einem Höchststand von 87,8 Millionen Tonnen 1996 auf 79,5 Millionen Tonnen 2009.

ZIELVORGABE

Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

Trinkwasser-Zielvorgabe fünf Jahre vorfristig erreicht

Anteil der Bevölkerung, die eine verbesserte Wasserquelle nutzt – 1990 und 2010 (in Prozent)



2010 nutzten 89 Prozent der Weltbevölkerung verbesserte Trinkwasserquellen, 1990 dagegen 76 Prozent. Damit wurde die Vorgabe, bis 2015 den Bevölkerungsanteil ohne nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser zu halbieren, fünf Jahre früher als vorgesehen erreicht. Hält der derzeitige Trend an, werden 2015 92 Prozent der Weltbevölkerung mit Trinkwasser versorgt sein.

Die Zahl der Menschen, die eine verbesserte Trinkwasserquelle nutzen, stieg zwischen 1990 und 2010 um über 2 Milliarden auf 6,1 Milliarden. Fast die Hälfte des weltweiten Zuwachses entfiel allein auf China und Indien, die einen Anstieg von 457 beziehungsweise 522 Millionen verzeichneten.

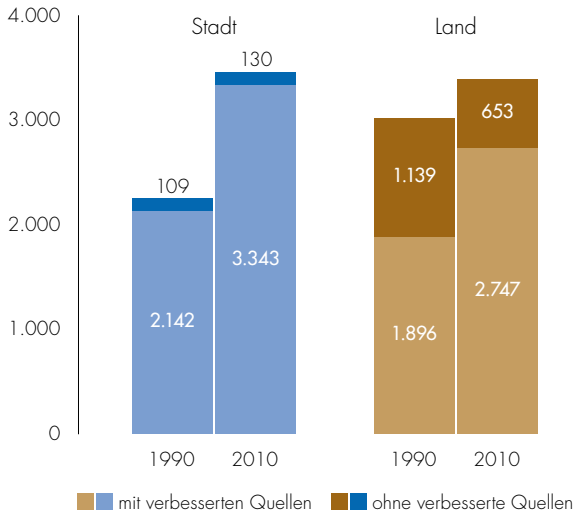
Es bleibt jedoch noch einiges zu tun: 783 Millionen Menschen – 11 Prozent der Weltbevölkerung – haben weiter keinen Zugang zu einer verbesserten Trinkwasserquelle, und beim derzeitigen Tempo werden 2015 immer noch 605 Millionen unversorgt sein.

In vier der neun Entwicklungsregionen nutzen nun mindestens 90 Prozent der Bevölkerung eine verbesserte Trinkwasserquelle. Weiter sehr niedrig ist demgegenüber der Versorgungsgrad in Ozeanien und in Afrika südlich der Sahara, die die Trinkwasser-Zielvorgabe für 2015 wohl verfehlen werden. Über 40 Prozent aller Menschen ohne Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung leben in Afrika südlich der Sahara.

Da die Wasserqualität noch nicht global gemessen werden kann, sagt der zur Verfolgung der Fortschritte bei dem Trinkwasser-Ziel verwendete Ersatzindikator nichts über die Aspekte Sicherheit, Zuverlässigkeit und Nachhaltigkeit aus. Infolgedessen stellt die Zahl der Menschen, die eine verbesserte Trinkwasserquelle nutzen, wahrscheinlich eine Überschätzung der tatsächlichen Zahl der mit einwandfreiem Wasser versorgten Menschen dar. Fortgesetzte Anstrengungen sind erforderlich, um die globale Überwachung der Sicherheit, Zuverlässigkeit und Nachhaltigkeit des Trinkwassers zu fördern und eine über die Zielvorgabe hinausgehende allgemeine Versorgung zu erreichen.

Ländliche Gebiete bei der Wasserversorgung gegenüber Städten weiter stark im Rückstand

Städtische und ländliche Bevölkerung mit und ohne verbesserte Trinkwasserquelle weltweit – 1990 und 2010 (in Millionen)

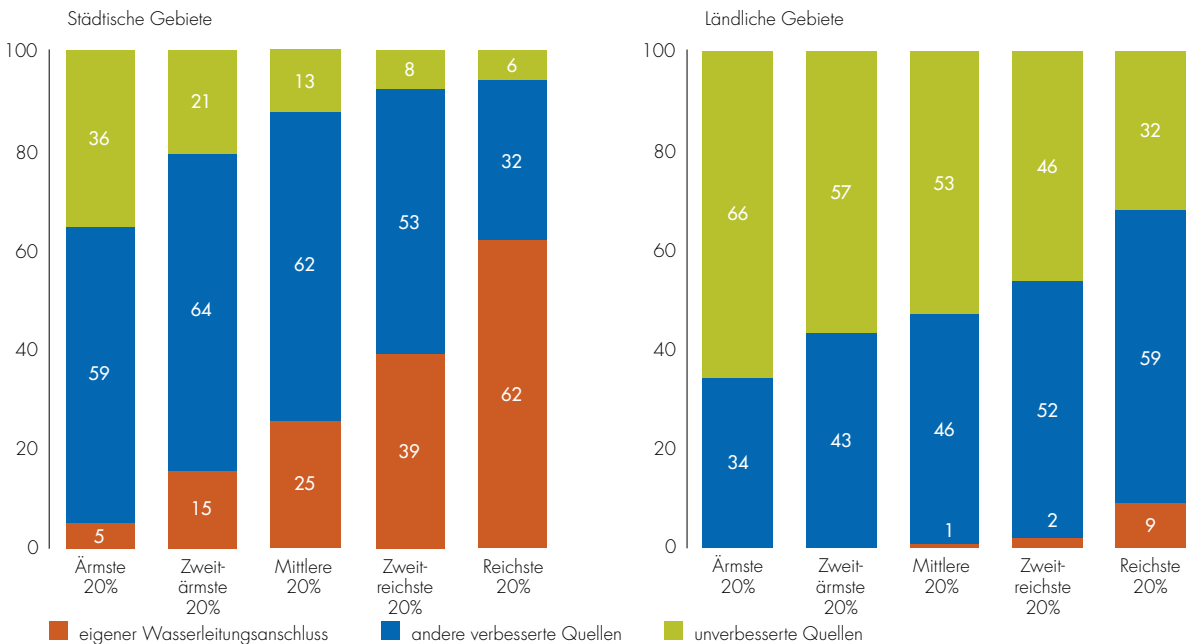


Der Zugang zu verbesserter Trinkwasserversorgung auf dem Land entspricht noch immer nicht dem in der Stadt. 2010 nutzten 96 Prozent der Stadtbewohner eine verbesserte Trinkwasserquelle, gegenüber 81 Prozent der Landbewohner.

Die absolute Zahl der Stadtbewohner ohne verbesserte Trinkwasserquelle ist aufgrund des Bevölkerungswachstums sogar gestiegen, während die vergleichbare Zahl der Landbewohner von 1,1 Milliarden (1990) auf 653 Millionen (2010) zurückgegangen ist. Dennoch klafft weiter eine Lücke zwischen Stadt und Land, denn die Zahl der Landbewohner ohne verbesserte Trinkwasserquelle ist fünfmal so hoch wie die der Stadtbewohner.

Ärmere Menschen in Afrika südlich der Sahara beim Trinkwasserzugang benachteiligt

Trinkwasserversorgung nach Vermögensquintil in städtischen und ländlichen Gebieten Afrikas südlich der Sahara auf der Basis des nach der Bevölkerung gewichteten Durchschnitts von 35 Ländern (in Prozent)

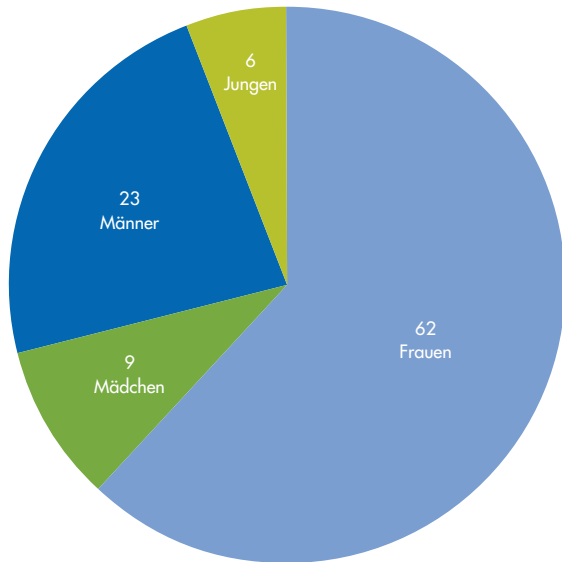


Die ungleiche Trinkwasserversorgung ist nach wie vor beunruhigend. Daten von 35 Ländern in Afrika südlich der Sahara (84 Prozent der Bevölkerung der Region) zeigen erhebliche Unterschiede zwischen dem ärmsten und dem reichsten Bevölkerungsfünftel in der Stadt wie auf dem Land. Über 90 Prozent des reichsten städtischen

Quintils nutzen verbesserte Trinkwasserquellen; mehr als 60 Prozent verfügen über einen eigenen Wasserleitungsanschluss. In ländlichen Gebieten haben die ärmsten 40 Prozent der Haushalte kein Leitungswasser, und weniger als jeder zweite hat Zugang zu verbesserter Wasserversorgung.

Hauptlast der Wasserbeschaffung in Afrika südlich der Sahara auf Frauen

Aufteilung der Wasserbeschaffung in Haushalten ohne Leitungsanschluss auf Frauen, Kinder unter 15 Jahren und Männer in Afrika südlich der Sahara auf der Basis des nach der Bevölkerung gewichteten Durchschnitts von 25 Ländern – 2006/2009 (in Prozent)

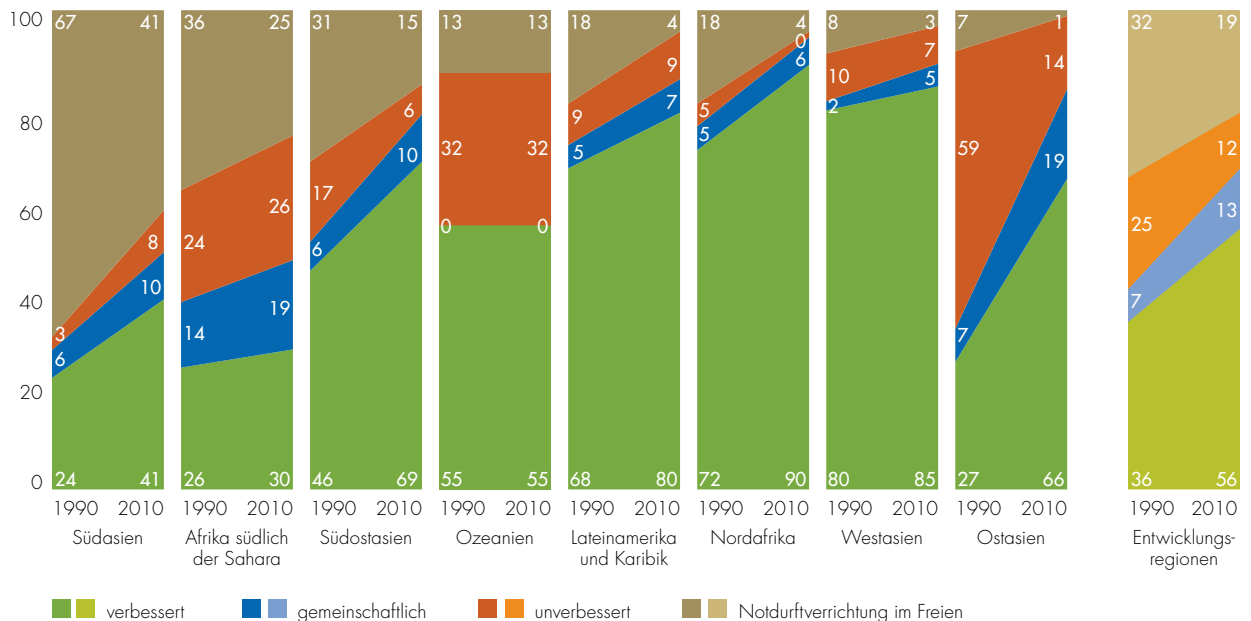


Wo Wasser nicht leicht zugänglich ist, muss es von seiner Quelle herangetragen werden. Nach einer Analyse der Daten von 25 Ländern in Afrika südlich der Sahara, die 48 Prozent der Bevölkerung der Region ausmachen, liegt die Hauptverantwortung für die Wasserbeschaffung bei Frauen und Mädchen.

In diesen Ländern hatte 2010 nur ein Viertel der Bevölkerung einen eigenen Wasserleitungsanschluss; die restlichen 75 Prozent mussten das Wasser aus einiger Entfernung holen, was einen beträchtlichen Zeit- und Energieaufwand erfordert, selbst unter der vorsichtigen Annahme von nur einem Besorgungsgang pro Tag. Nach Schätzungen für alle 25 Länder zusammengenommen wenden Frauen täglich mindestens 16 Millionen Stunden je Gang (Hin- und Rückweg) auf, Männer 6 Millionen Stunden und Kinder 4 Millionen Stunden.

Trotz besserer Sanitärversorgung in meisten Regionen Ziel noch außer Reichweite

Anteil der Bevölkerung nach Sanitärverhalten – 1990 und 2010 (in Prozent)



Der Grad der Sanitärversorgung ist in den Entwicklungsregionen zwischen 1990 und 2010 von 36 auf 56 Prozent gestiegen, doch hat fast die Hälfte der Bevölkerung – 2,5 Milliarden Menschen – dort noch immer keinen Zugang zu verbesserten Sanitäreinrichtungen.

Die größten Fortschritte wurden von 1990 bis 2010 in Ost- und Südasiens verzeichnet, wo sich der Grad der Sanitärversorgung um das 2,4- beziehungsweise 1,7-fache

erhöhte, die geringsten Fortschritte dagegen in Westasien und Afrika südlich der Sahara. In Ozeanien wurde in diesem Zeitraum keine Verbesserung erzielt.

Beim derzeitigen Fortschrittstempo und ohne zusätzliche Maßnahmen wird der weltweite Versorgungsgrad 2015 bei nur 67 Prozent und damit klar unter der Zielvorgabe von 75 Prozent liegen.

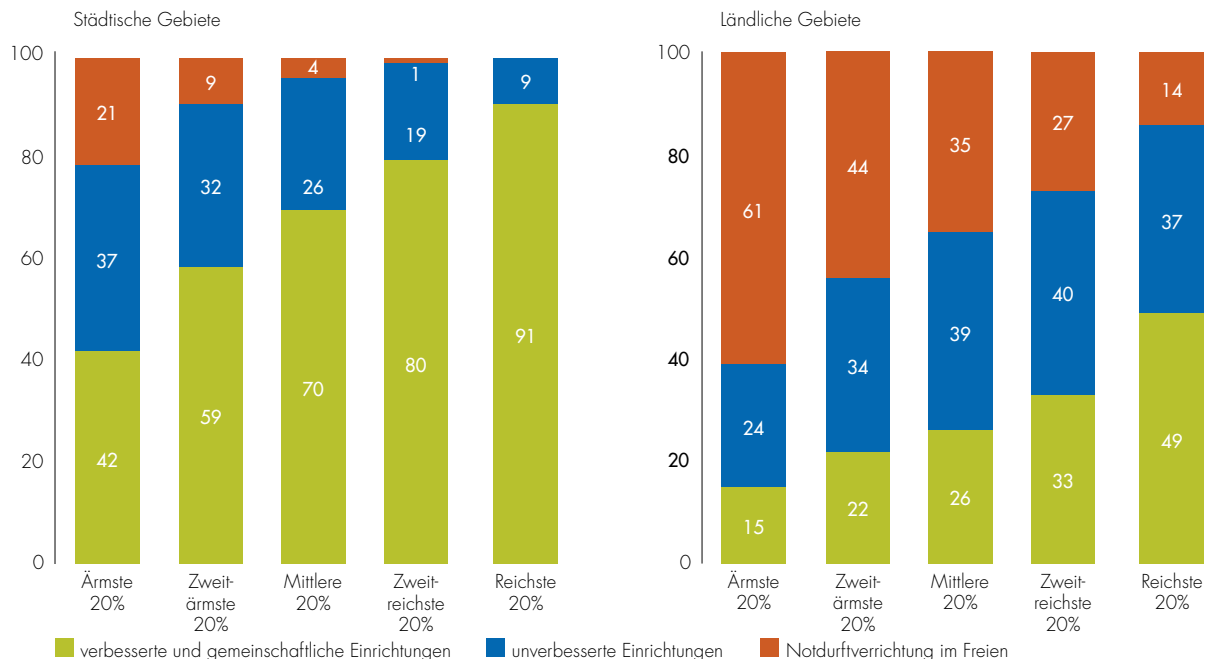
Zwang zur Notdurft im Freien bleibt weit verbreitete Gesundheitsgefahr und globaler Skandal

Die Zahl der Menschen, die mangels sanitärer Einrichtungen ihre Notdurft im Freien verrichten, ist seit 1990 um 271 Millionen gesunken, doch haben noch immer 1,1 Milliarden Menschen – 15 Prozent der Weltbevölkerung – überhaupt keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen. Jeden Tag sind ganze Bevölkerungsteile den erheblichen Gesundheits- und Umweltgefahren ausgesetzt, die eine unzureichende Fäkalienentsorgung mit sich bringt.

In 11 Ländern verrichten die meisten Menschen noch immer ihre Notdurft im Freien. Selbst in Ländern mit raschem Wirtschaftswachstum sind zahlreiche Menschen unverändert zu dieser Praxis gezwungen: 626 Millionen in Indien, 14 Millionen in China und 7 Millionen in Brasilien. Nahezu 60 Prozent der Menschen, die ihre Notdurft im Freien verrichten, leben in Indien.

In Afrika südlich der Sahara korreliert der Zugang zu Sanitärversorgung stark mit Vermögen und Wohnort

Anteil der Bevölkerung nach Sanitärverhalten und Vermögensquintil in städtischen und ländlichen Gebieten Afrikas südlich der Sahara auf der Basis des nach der Bevölkerung gewichteten Durchschnitts von 35 Ländern (in Prozent)

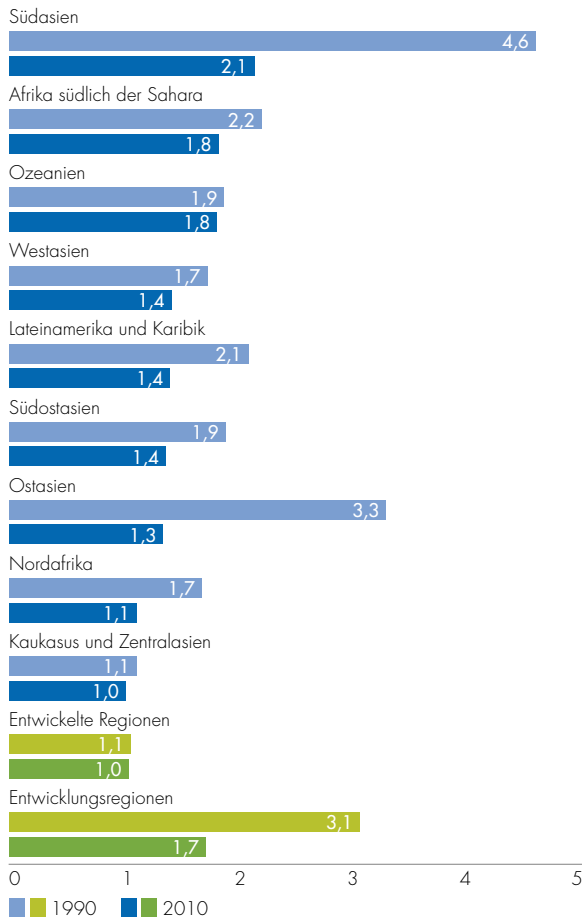


Eine Analyse der Daten von 35 Ländern in Afrika südlich der Sahara, in denen 84 Prozent der Bevölkerung der Region leben, ergibt, dass im reichsten Fünftel der Stadtbewohner mehr als 90 Prozent der Haushalte Zugang zu verbesserter Sanitärversorgung haben, während es selbst

im vermögendsten Quintil der Landbewohner weniger als 50 Prozent der Haushalte sind. Im ärmsten ländlichen Fünftel ist die Notdurftverrichtung im Freien in mehr als 60 Prozent der Haushalte Praxis.

Abnehmende, aber weiter große Unterschiede bei städtischer und ländlicher Sanitärversorgung

Verhältnis des Anteils der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserten sanitären Einrichtungen zwischen Stadt und Land – 1990 und 2010



Bei der Sanitärversorgung ist die Diskrepanz zwischen Stadt und Land noch ausgeprägter als beim Trinkwasser. Weltweit nutzen 80 Prozent der Städter, aber nur die Hälfte der Landbewohner eine verbesserte sanitäre Einrichtung.

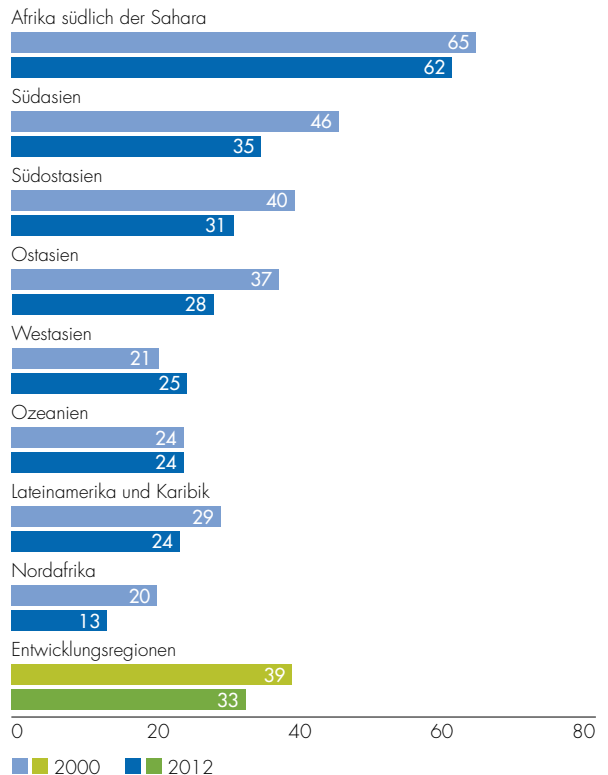
Nicht weniger als 72 Prozent der Menschen, die keinen Zugang zu besserer Sanitärversorgung haben, leben auf dem Land, ebenso wie 90 Prozent der Menschen, die der sehr riskanten Praxis der Notdurftverrichtung im Freien nachgehen (949 Millionen Menschen). Diese ländliche Sanitärversorgungskrise hält selbst in Regionen mit einem hohen Grad verbesserter Trinkwasserversorgung an: Noch immer verrichten in Lateinamerika und der Karibik 17 Prozent und in Nordafrika 9 Prozent der Landbewohner die Notdurft im Freien.

ZIELVORGABE

Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

Trotz anschwellender Armut infolge rascher Verstädterung wurde Ziel mit verbesserten Lebensbedingungen für 200 Millionen Slumbewohner erreicht

Anteil der in Slums lebenden Stadtbewohner – 2000 und 2012 (in Prozent)



Der Anteil der städtischen Slumbewohner sank in den Entwicklungsregionen zwischen 2000 und 2012 von 39 auf 33 Prozent. Mehr als 200 Millionen haben Zugang zu einer verbesserten Wasser- oder Sanitärversorgung oder einer festen oder weniger beengten Unterkunft erlangt, womit die Zielvorgabe übertroffen und deutlich vor Ablauf der Frist erreicht wurde.

Trotz des prozentualen Rückgangs steigt die absolute Zahl der städtischen Slumbewohner infolge der immer rasanteren Verstädterung weiter an und beträgt nun etwa 863 Millionen; 1990 waren es 650 Millionen und 2000 760 Millionen. Das Erreichen der Zielvorgabe ändert nichts an der Notwendigkeit, die Lebensbedingungen der Armen in den Städten zu verbessern und die wachsende Zahl der Slumbewohner einzudämmen.

Große Fortschritte bei der Messung der Sicherheit von Nutzungs- und Besitzrechten

Da das Ziel, die Lebensbedingungen von 100 Millionen Slumbewohnern zu verbessern, erreicht wurde, stellte der Verwaltungsrat des Programms der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat) im April 2011 in einer Resolution globale und nationale Strategien und Rahmenpläne auf, die über dieses Ziel hinausgehen und insbesondere auf die in der Millenniums-Erklärung ursprünglich dargelegte Verbesserung der Sicherheit von Nutzungs- und Besitzrechten ausgerichtet sind.

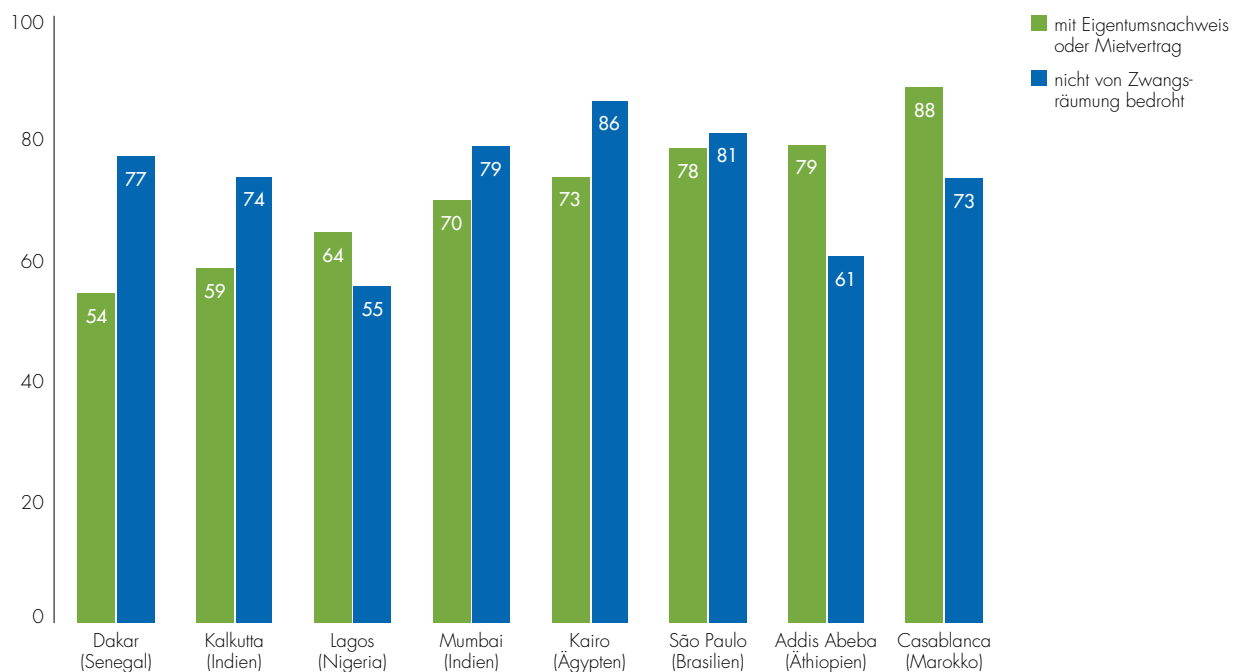
Die Sicherheit der Nutzungs- und Besitzrechte wurde zu Beginn der Fortschrittsüberwachung bei den Millenniumszielen als einer von fünf Indikatoren für die Slum-Zielvorgabe ausgewählt, ging jedoch aufgrund des Mangels an global

vergleichbaren Daten nicht in die bisherigen Schätzungen ein.

Mittlerweile sind UN-Habitat und seine Partner bei der Entwicklung einer einheitlichen länder- und regionenübergreifenden Methode zur Messung der Sicherheit solcher Rechte beträchtlich vorangekommen. Nach dieser Methode finden derzeit in 25 Städten der Welt Umfragen zu Ungleichheiten in Städten („Urban Inequities Surveys“) statt. Die Nutzungs- und Besitzrechte von Menschen oder Haushalten gelten als gesichert, wenn sie durch entsprechende Dokumente nachgewiesen werden können oder wenn entweder ein tatsächlicher oder empfundener Schutz vor Zwangsäumung besteht.

Städtische Haushalte in aller Welt haben keinen Mietvertrag oder Besitztitel und sind oft von Zwangsäumung bedroht

Anteil der Haushalte mit ausreichendem Eigentumsnachweis oder Mietvertrag und Anteil der Haushalte, die sich nicht von Zwangsäumung bedroht fühlen, in ausgewählten Städten – 2004/2007 (in Prozent)



Anmerkung: Den Daten zufolge variiert der Anteil der Haushalte mit einem Eigentumsnachweis oder einem Mietvertrag je nach Stadt stark und reicht von 88 Prozent in Casablanca bis 54 Prozent in Dakar.

Die sichtbarste Verletzung der Wohnrechte, von der die Armen in den Städten heute betroffen sind, ist die Zwangsäumung ohne rechtsstaatliches Verfahren. Obwohl in allen untersuchten Städten die weitaus meisten Haushalte über einen Eigentumsnachweis oder einen Mietvertrag verfügen, ist die Verunsicherung ihrer Bewohner wegen einer möglichen Zwangsäumung (von 45 Prozent in Lagos bis knapp 20 Prozent in São Paulo) hoch.

Die mit dem Fehlen von Nachweisen und der Angst vor Zwangsäumung verbundenen Risiken und Belastungen lassen sich mit Maßnahmen abbauen, die auf der Anerkennung und Einhaltung verschiedenster Regelungen von Nutzungs- und Besitzrechten beruhen, darunter Zwischenformen solcher Regelungen und alternative Formen der Verwaltung und Erfassung von Grund und Boden.

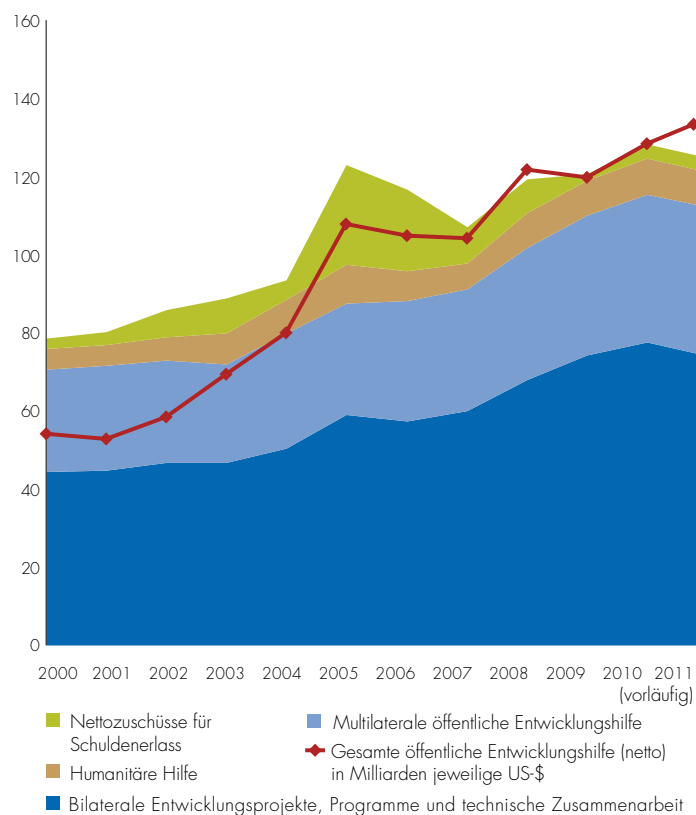
Ziel 8

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft



Haushaltswänge der Geberländer lassen Entwicklungshilfe für Kernprojekte erstmals seit mehr als zehn Jahren real zurückgehen

Öffentliche Entwicklungshilfe aus den entwickelten Ländern – 2000-2011
(in Milliarden konstante US-\$ von 2010 und jeweilige US-\$)



Die Nettohilfeszahlungen beliefen sich 2011 auf 133,5 Milliarden Dollar oder 0,31 Prozent des kombinierten Nationaleinkommens der entwickelten Länder. Damit stieg die öffentliche Entwicklungshilfe zwar nominal an, ging aber real gegenüber dem Spitzenwert von 2010 um 2,7 Prozent zurück. Offensichtlich haben sich in mehreren Ländern, die dem Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angehören, die Haushaltswänge auf den Hilfe-Etat ausgewirkt.

Ohne Schuldenerleichterungen und humanitäre Hilfe fiel die bilaterale Hilfe für Entwicklungsprogramme und -projekte real um 4,5 Prozent.

Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden überschritten 2011 erneut den von den Vereinten Nationen für die öffentliche Entwicklungshilfe festgelegten Zielwert von 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE). Die dem Volumen nach größten Geber waren die Vereinigten Staaten, Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Japan. Den höchsten Realanstieg verzeichneten Italien, Neuseeland, Schweden und die Schweiz. Demgegenüber schraubten 16 der 23 DAC-Länder ihre öffentliche Entwicklungshilfe zurück, am stärksten Belgien, Griechenland, Japan, Österreich und Spanien. Die G7-Länder stellten 69 Prozent der DAC-Hilfe, die EU-Länder 54 Prozent.

Mehr als ein Jahrzehnt lang war die öffentliche Entwicklungshilfe stetig gestiegen, von 2000 bis zum Rekordjahr 2010 netto um 63 Prozent. Diese Form der Hilfe gilt seit langem als eine stabile Quelle der Entwicklungsfinanzierung und hat schon die unmittelbaren Auswirkungen früherer Finanzzusammenbrüche wie die mexikanische Schuldenkrise Anfang der 1980er Jahre und die Rezession der frühen 1990er Jahre abgefedert.

Nach der OECD/DAC-Erhebung zur Ausgabenplanung der Geber für 2012 bis 2015 dürfte die globale länderprogrammierbare Hilfe 2012 um real 6 Prozent steigen, wofür jedoch vor allem die erwartete Zunahme zinsgünstiger, aus Kapitalauffüllungen im Zeitraum 2009-2011 finanzierter Darlehen multilateraler Organisationen verantwortlich sein wird. Ab 2013 wird die globale länderprogrammierbare Hilfe voraussichtlich stagnieren, was frühere Feststellungen bestätigen würde, wonach die Rezession erst mehrere Jahre nach ihrem Beginn voll auf die Entwicklungshilfe durchschlägt.

Aktuellen Geberprognosen zufolge könnten die eingehenden Hilfszahlungen ab 2013 nachlassen, je nach Entwicklungsregion allerdings in unterschiedlichem Maß. Die länderprogrammierbare Hilfe für Lateinamerika wird wahrscheinlich weiter zurückgehen, für süd- und zentralasiatische Länder, darunter Bangladesch, Myanmar und Nepal, jedoch etwas zunehmen. Für Afrika werden zwar nur geringe Veränderungen prognostiziert, doch könnten die jüngsten Ereignisse in Ländern der Sahel-Region und in Nordafrika möglicherweise zu einer Umwidmung und Aufstockung führen. Für die Länder, deren Lage als prekär eingestuft wird (2011: 46 Länder), wird sich die gesamte länderprogrammierbare Hilfe der Erhebung zufolge kaum verändern. Die stärksten Zuwächse werden in der Demokratischen Republik Kongo und in Kenia, die stärksten Rückgänge in Haiti und Afghanistan erwartet.

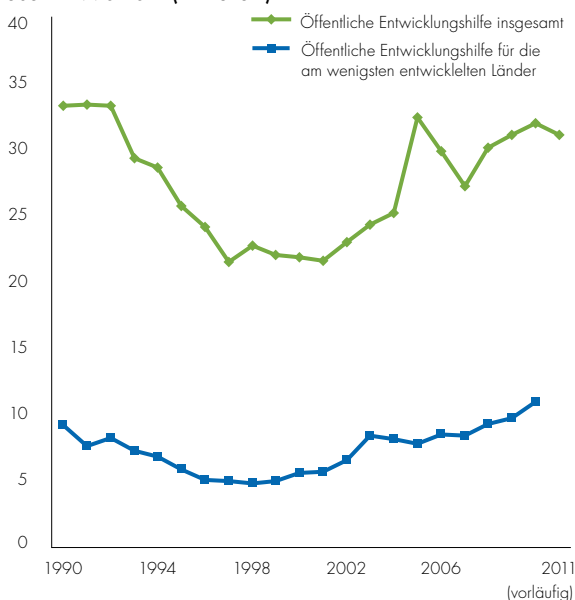
Im Zeitraum 2009-2010 waren von einem durchschnittlichen Jahresgesamtbetrag von 94,7 Milliarden Dollar sektoral zuordenbarer Hilfe 24,9 Milliarden Dollar (26 Prozent) für die Erreichung der Ziele Geschlechtergleichstellung und Ermächtigung der Frauen bestimmt.

ZIELVORGABE

Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer und der kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen

Entwicklungshilfe sinkt relativ zum Gebergesamteinkommen sowie für die am wenigsten entwickelten Länder und Afrika südlich der Sahara

Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe (netto) der OECD/DAC-Länder für alle Entwicklungsländer und für die am wenigsten entwickelten Länder am Bruttonationaleinkommen der Geber – 1990-2011 (in Prozent)



Die öffentliche Entwicklungshilfe als prozentualer Anteil am kombinierten Bruttonationaleinkommen (BNE) der Geber, die dem OECD/DAC angehören, stieg zwischen 2000 und 2010 auf 0,32 Prozent und ging 2011 auf 0,31 zurück.

Nach wie vor fließt die Geberhilfe vor allem an die ärmsten Länder, etwa ein Drittel davon an die am wenigsten entwickelten Länder. Die Hilfe für diese Länder stieg nach einem Tiefstand von 0,05 Prozent des Geber-BNE Ende der 1990er Jahre langsam an und erreichte 2010 0,11 Prozent, womit sie sich dem VN-Zielwert von 0,15 Prozent näherte.

Die bilaterale Hilfe für Afrika südlich der Sahara (mit 31 der 48 am wenigsten entwickelten Länder und 14 der 31 Binnenentwicklungsländer) betrug 2011 28 Milliarden Dollar, im Vergleich zu 2010 ein realer Rückgang um 0,9 Prozent. Demgegenüber erhöhte sich die Hilfe für den gesamten Kontinent um 0,9 Prozent auf 31,4 Milliarden Dollar, da Nordafrika nach den Revolutionen in der Region mehr Geberhilfe erhielt. Auch die am wenigsten entwickelten Länder verzeichneten 2011 gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang der bilateralen Nettohilfe, und zwar real um 8,9 Prozent auf 27,7 Milliarden Dollar.

ZIELVORGABE

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln

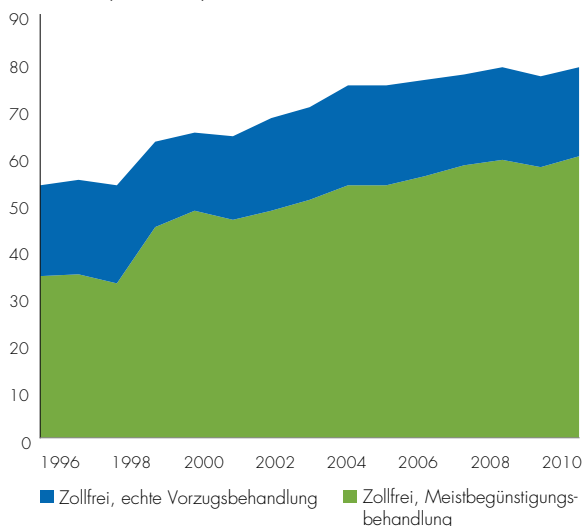
Handel erholt sich nach der Krise, Marktzugang weitgehend unbeeinträchtigt

Auf den Zusammenbruch des Welthandels im Zuge der globalen Finanzkrise 2008-2009 folgte ein Aufschwung, der insbesondere den Entwicklungsländern zugute kam, deren Exporte wertmäßig das Niveau vor der Krise übertrafen. Zwar nutzten Interessengruppen die Krise für Aufrufe zu erneutem Protektionismus, doch blieb es in den entwickelten Ländern bei vereinzelt derartigen Aktionen ohne Auswirkungen auf den Marktzugang der Entwicklungsländer.

Die ernste Lage in den meisten entwickelten Ländern und die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen der Doha-Runde ließen allerdings kein günstiges Umfeld für neue Handelsinitiativen entstehen, weshalb die Fortschritte begrenzt waren. Dennoch sind die von den entwickelten Ländern erhobenen Zölle im Schnitt auf einem neuen Tiefstand. Das größte Potenzial für weitere Fortschritte beim Marktzugang für Entwicklungsländer bietet derzeit ein möglicher Abbau der Importschranken von Schwellenländern.

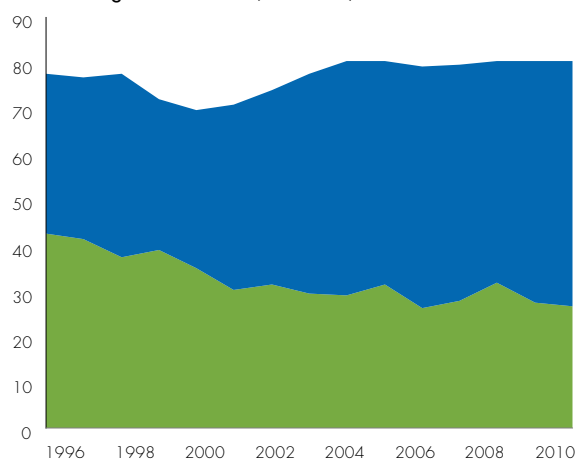
Am wenigsten entwickelte Länder genießen im Handel mit reicheren Nationen echte Vorzugsbehandlung

Anteil der aus Entwicklungsländern stammenden Erzeugnisse, die in entwickelte Länder zollfrei eingeführt wurden, echte Vorzugsbehandlung und Meistbegünstigungsbehandlung* – 1996-2010 (in Prozent)



In Anbetracht des in den letzten zehn Jahren verzeichneten hohen Volumens der Exporte aus den Entwicklungsländern insgesamt haben die entwickelten Länder ihre Vorzugsregelungen verstärkt auf die am wenigsten entwickelten und die Niedrigeinkommensländer ausgerichtet. Während die Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder bei der Zollfreiheit insgesamt mit nahezu 80 Prozent ungefähr gleichauf liegen, wird den am wenigsten entwickelten Ländern der Zugang größtenteils als echte Vorzugsbehandlung gewährt, da ihre Exporte eine Präferenzmarge gegenüber konkurrierenden, mit Meistbegünstigungszoll belegten Erzeugnissen erhalten. Demgegenüber

Anteil der aus am wenigsten entwickelten Ländern stammenden Erzeugnisse, die in entwickelte Länder zollfrei eingeführt wurden, echte Vorzugsbehandlung und Meistbegünstigungsbehandlung* – 1996-2010 (in Prozent)



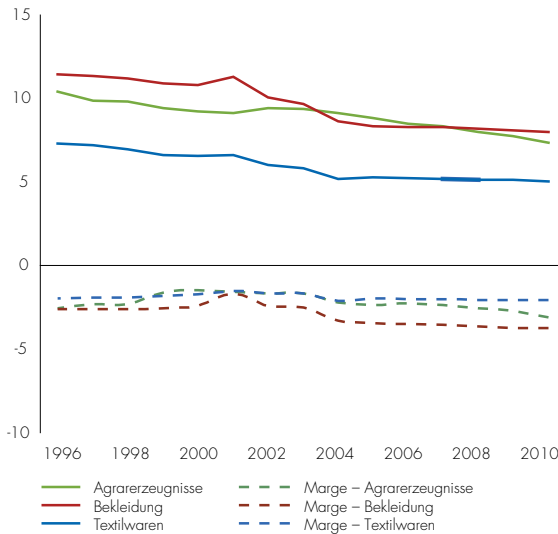
* Der Wert der echten Vorzugsbehandlung errechnet sich aus dem Wert des gesamten zollfreien Zugangs abzüglich aller Erzeugnisse, die im Rahmen der Meistbegünstigungsregelung Zollfreiheit erhalten.

gelangen Produkte aus anderen Entwicklungsländern im Allgemeinen deshalb zollfrei auf die Märkte der entwickelten Länder, weil sie nicht länger der Meistbegünstigungsregelung unterworfen sind. In diesem Fall besteht keine besondere Präferenz gegenüber anderen Handelspartnern.

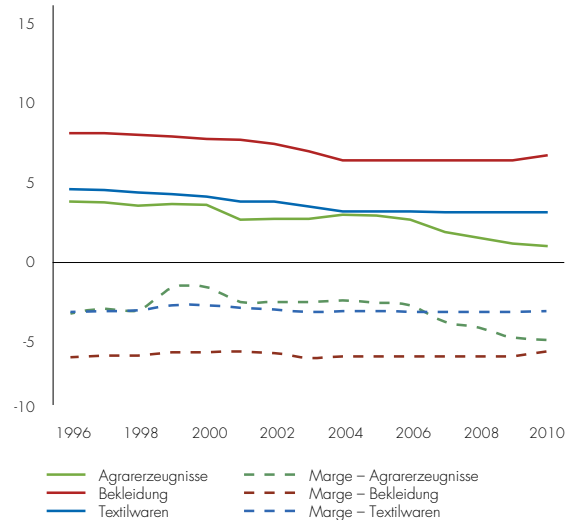
Die Zollfreiheit im Rahmen der Meistbegünstigungsregelung gilt nicht nur für Rohstoffe, sondern auch für Fertigwaren. Im Rahmen des Übereinkommens über den Handel mit Waren der Informationstechnologie haben sich die Herstellung von Elektronikgeräten und der Handel damit unter den fortgeschritteneren Entwicklungsländern zügig entwickelt.

Sinkende Durchschnittszölle nur bei Agrarerzeugnissen

Durchschnittszölle der entwickelten Länder auf Einfuhren von Schlüsselerzeugnissen aus den Entwicklungsländern und gewährte Präferenzmarge – 1996-2010 (in Prozent)



Durchschnittszölle der entwickelten Länder auf Einfuhren von Schlüsselerzeugnissen aus den am wenigsten entwickelten Ländern und gewährte Präferenzmarge – 1996-2010 (in Prozent)



Die Senkung der 2010 auf Exporterzeugnisse der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder erhobenen Zölle fiel nur bei Agrarerzeugnissen ins Gewicht, deren Präferenzmarge sich gegenüber dem Meistbegünstigungszoll erhöhte, und zwar besonders deutlich für die am wenigsten entwickelten Länder. Demgegenüber verzeichneten die Durchschnittszölle auf Bekleidungsimpporte aus den am wenigsten entwickelten Ländern einen leichten Anstieg, da die Vereinigten Staaten mehr Erzeugnisse aus Bangladesch und Kambodscha einfuhrten, den am wenigsten entwickelten Ländern Asiens, denen auf dem Markt der Vereinigten Staaten keine Präferenzen für Bekleidungsexporte eingeräumt werden.

Abgesehen von den Agrarausfuhren der am wenigsten entwickelten Länder ist die Präferenzmarge, die die entwickelten Länder für die einen intensiven Einsatz ungelerner Arbeitskräfte erfordernden Einfuhren aus Entwicklungsländern und am wenigsten entwickelten Ländern gewähren, im vergangenen Jahrzehnt praktisch konstant geblieben.

Der Durchschnitt für alle begünstigten Länder täuscht allerdings, denn das Bild ist äußerst heterogen. Die kleinen Inselstaaten und die am wenigsten entwickelten Länder Afrikas sowie einige andere afrikanische Niedrigeinkommensländer genießen eine nahezu vollständige präferenzielle Zollfreiheit für Bekleidung und einen sehr niedrigen Zoll für Agrarexporte. Die am wenigsten entwickelten Länder Asiens müssen dagegen immer noch einen Zoll von etwa 3 Prozent auf ihre Agrarerzeugnisse und Textilien und 7 Prozent auf Bekleidung entrichten.

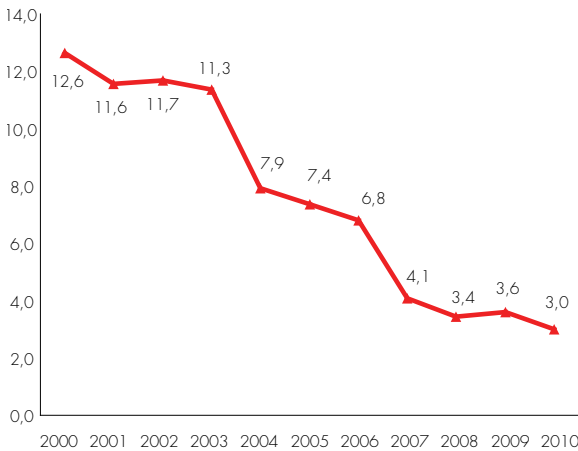
Darüber hinaus kann das Ausmaß, in dem diese Präferenzregelungen tatsächlich angewandt werden, je nach Umständen, die die Anwendung behindern oder einschränken, beispielsweise Ursprungsregeln oder hohe Verwaltungskosten, und je nach Land variieren. Im Laufe der Zeit hat die Anwendung der Präferenzregelungen jedoch zugenommen und liegt inzwischen bei etwa 85 Prozent aller in Betracht kommenden Einfuhren.



ZIELVORGABE
Die Verschuldung der Entwicklungsländer umfassend angehen

Nach Unterbrechung 2009 setzt Schuldendienstquote der Entwicklungsländer Abwärtstrend fort

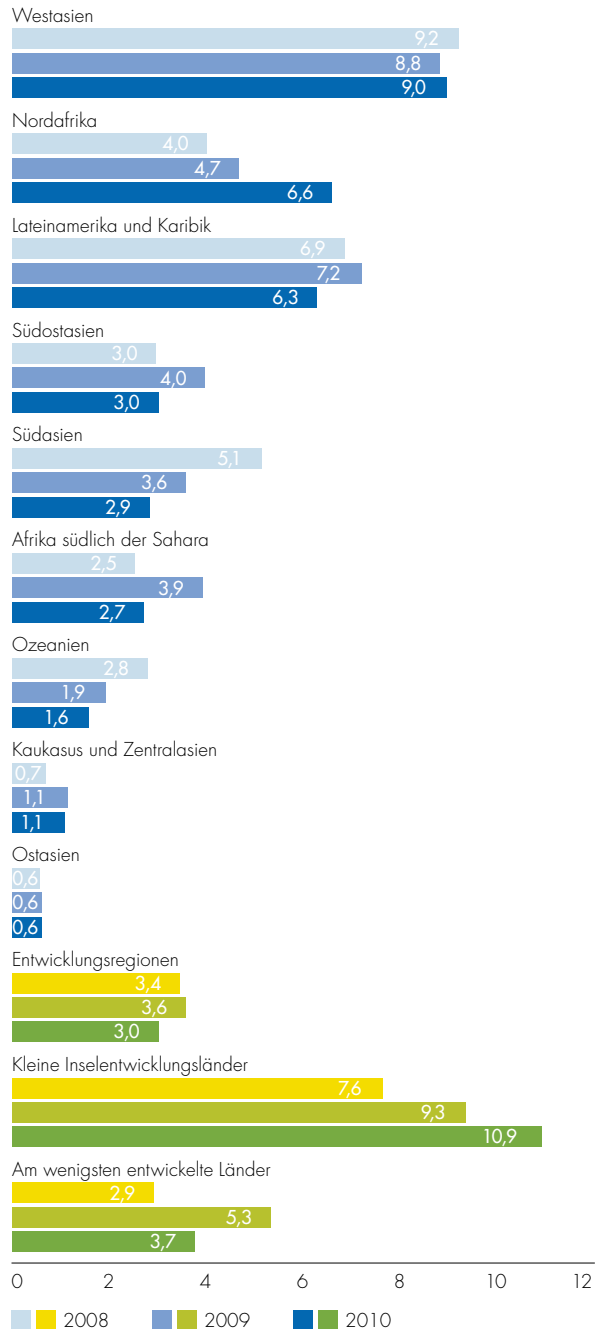
Höhe des Auslandsschuldendienstes im Verhältnis zu den Exporteinnahmen für alle Entwicklungsländer – 2000-2010 (in Prozent)



Die Auslandsschuldenlast eines Landes wirkt sich auf seine Kreditwürdigkeit und seine Anfälligkeit für wirtschaftliche Schocks aus. Ein besseres Schuldenmanagement, die Ausweitung des Handels und erhebliche Schuldenerleichterungen für die ärmsten Länder haben die Last des Schuldendienstes vermindert. Zwischen 2000 und 2008 sank das Verhältnis von Schuldendienst (Staats- und staatlich garantierte Schulden) zu Exporten in den Entwicklungsregionen erheblich – von 12,6 Prozent auf 3,4 Prozent. Dieser Trend wurde 2009 unterbrochen, als die Exporteinnahmen der Entwicklungsländer aufgrund der Wirtschaftskrise um 17,6 Prozent einbrachen und der Staatsschuldendienst insgesamt ungefähr auf der Höhe von 2008 verharrte. 2010 legten die Exporterlöse dieser Länder wieder um 23,4 Prozent zu, während der Staatsschuldendienst insgesamt konstant blieb. Damit fand der längerfristige rückläufige Trend im durchschnittlichen Verhältnis von Staatsschuldendienst zu Exporten eine Fortsetzung.

Verbesserte Relation Schuldendienst/ Exporte gegenüber dem Vorkrisenstand in Entwicklungsregionen insgesamt, nicht jedoch in am wenigsten entwickelten Ländern und kleinen Inselstaaten

Höhe des Auslandsschuldendienstes im Verhältnis zu den Exporteinnahmen – 2008, 2009 und 2010 (in Prozent)



In einigen Regionen, darunter Lateinamerika und die Karibik, Südasien und Ozeanien, ist das Verhältnis von Schuldendienst zu Exporteinnahmen unter den Stand von 2008 gefallen. Zwar verringerte sich die Last des Schuldendienstes auch in Westasien, Nordafrika und den kleinen Inselentwicklungsländern, doch ergab sich dort aus dem anhaltenden Rückgang der Exporteinnahmen 2010 ein fortgesetzter Anstieg der Quote.

40 Länder erfüllen die Voraussetzungen für eine Schuldenerleichterung im Rahmen der Initiative für hochverschuldete

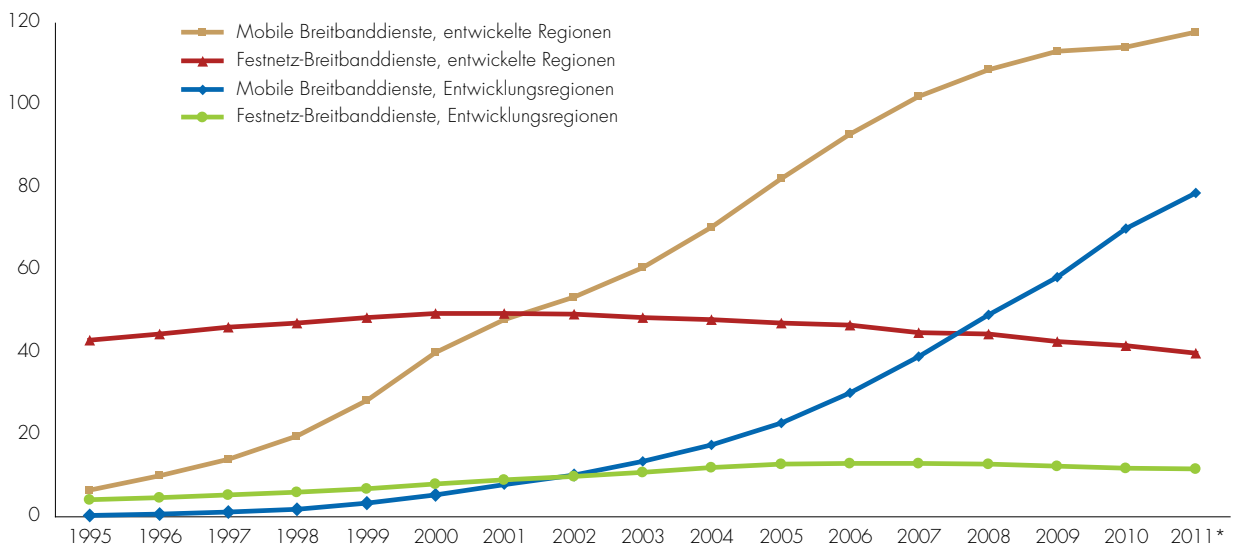
arme Länder (HIPC). Davon haben 36 Länder in dem Prozess die Phase des „Entscheidungspunkts“ erreicht und für künftige Schuldentrückzahlungen Entlastungen in Höhe von 59 Milliarden Dollar (im Nettogegenwartswert von Ende 2010) erhalten; 32 Länder haben nach dem Erreichen ihres „Abschlusspunkts“ im Rahmen der Multilateralen Entschuldungsinitiative zusätzliche Hilfe in Höhe von 33 Milliarden Dollar (im Nettogegenwartswert von Ende 2010) erhalten.

ZIELVORGABE

In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Außerordentlicher Anstieg der Mobilfunkteilnehmer in den Entwicklungsländern setzt sich fort

Zahl der Festnetzanschlüsse und Mobilfunkteilnehmer je 100 Einwohner – 1995-2011



* Die Daten für 2011 sind Schätzwerte.

Die Zahl der Mobilfunkteilnehmer stieg bis Ende 2011 auf etwa sechs Milliarden, wovon 1,2 Milliarden aktive Nutzer von Breitbanddiensten waren. Damit hat sich die Mobilfunkverbreitung weltweit auf 87 Prozent und in den Entwicklungsregionen auf 79 Prozent erhöht. Gleichzeitig nutzt mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung das Internet, zunehmend über Hochgeschwindigkeits-Breitbandnetze.

Wesentliche Faktoren, die die Nachfrage antreiben und immer mehr Menschen den Anschluss an die Informationsgesellschaft ermöglichen, sind der technologische Fortschritt, nutzerorientierte Dienste, Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), Infrastrukturinvestitionen und sinkende Preise für IKT-Dienste.

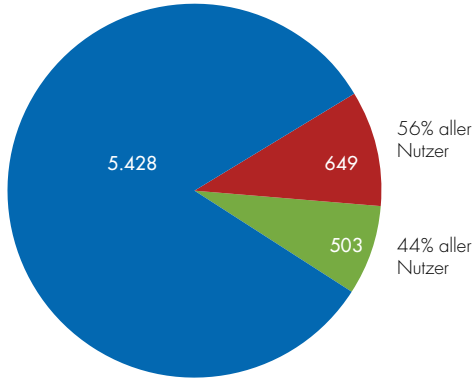
Die Zahl der Mobilfunkteilnehmer weist in den Entwicklungsregionen weiter jährliche Wachstumsraten in zweistelliger Höhe auf. 2011 lebten dort 75 Prozent der weltweiten Mobilfunkteilnehmer, ein Zuwachs gegenüber den 59 Prozent von 2006. In Afrika südlich der Sahara liegt die Mobilfunkpenetration nun bei über 50 Prozent der Bevölkerung, die Festnetzversorgung dagegen bei nur 1 Prozent.

Zudem wurden Ende 2011 in mehr als 160 Ländern der Welt mobile Breitbanddienste der dritten Generation (3G) angeboten, und 45 Prozent der Weltbevölkerung waren mit einem Hochgeschwindigkeits-Breitbandanschluss versorgt.

Entwicklungsregionen stellen nun fast zwei Drittel der weltweiten Internetnutzer, Afrika jedoch im Rückstand

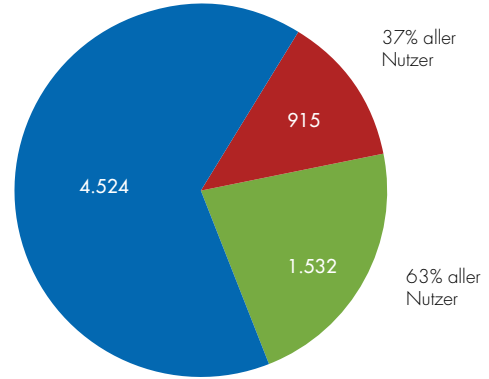
Zahl der Internetnutzer – 2006

Gesamtbevölkerung: 6,6 Milliarden



Zahl der Internetnutzer – 2011*

Gesamtbevölkerung: 7 Milliarden



■ keine Internetnutzer ■ Internetnutzer in entwickelten Regionen ■ Internetnutzer in Entwicklungsregionen

* Die Daten für 2011 sind Schätzwerte.

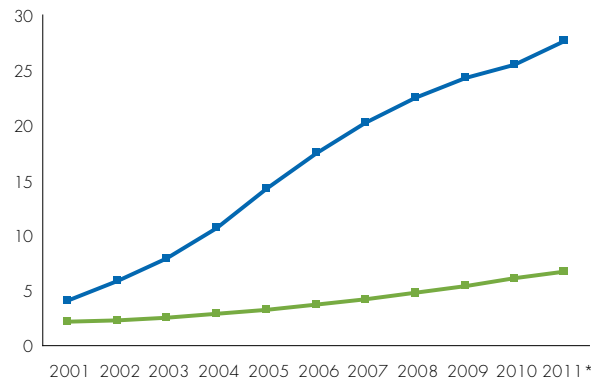
Die Zahl der Internetnutzer nimmt weiter rasch zu. Ende 2011 waren nahezu 35 Prozent der Weltbevölkerung, also mehr als ein Drittel, ans Internet angeschlossen. Die Entwicklungsländer haben ihren Anteil an der Gesamtzahl der Internetnutzer stark ausgebaut. Er stieg zwischen 2006, als lediglich 18 Prozent der Weltbevölkerung einen Internetzugang hatten, und 2011 von 44 auf 63 Prozent.

Nach wie vor bestehen jedoch große regionale Unterschiede. Während sich die Internetpenetration in den Entwicklungsregionen bis Ende 2011 auf 26 Prozent erhöhte, liegt sie in Afrika südlich der Sahara weiterhin unter 15 Prozent.

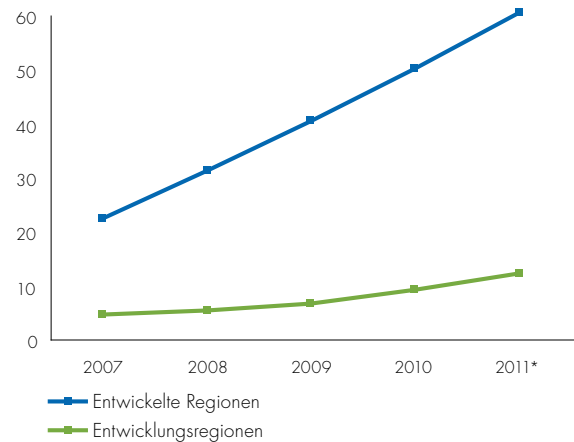


Welt bei Qualität und Quantität des Breitband-Internetzugangs weiter „digital gespalten“

Nutzer von Festnetz-Breitbanddiensten je 100 Einwohner – 2001-2011



Aktive Nutzer von mobilen Breitbanddiensten je 100 Einwohner – 2007-2011



* Die Daten für 2011 sind Schätzwerte.

Im Zuge des sprunghaften Anstiegs der Zahl der Breitband-Teilnehmer – sowohl im Festnetz als auch mobil – greifen die meisten Internetnutzer nun über Hochgeschwindigkeitsverbindungen auf das Netz zu. Die Versorgungsquote bei den mobilen Breitbanddiensten belief sich in den Entwicklungsregionen Ende 2011 auf 8,5 Prozent, bei den Festnetz-Breitbanddiensten auf 4,8 Prozent.

Mobile Technologien und Dienste haben zur Überwindung großer infrastruktureller Hürden beigetragen und mehr Menschen ans Netz gebracht. In Bezug auf die Kapazität, Qualität und Geschwindigkeit der Breitbanddienste besteht jedoch eine beträchtliche Kluft zwischen den Regionen sowie zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern. Während in den entwickelten Volkswirtschaften immer mehr Festnetz-Breitbanddienste eine Übertragungsgeschwindigkeit von über 10 Megabit pro Sekunde bieten, liegt diese in den Entwicklungsländern häufig unter 2 Megabit pro Sekunde. Eine langsame Datenübertragung schränkt die Art und Qualität der über das Internet zugänglichen Anwendungen und Dienste ein.

Die mobile Breitbandtechnologie trägt dazu bei, Versorgung und Mobilität zu steigern. Allerdings erlauben die derzeit betriebenen Mobilfunknetze gewöhnlich nur einen begrenzten Datenzugriff, zudem häufig bei niedrigerer Geschwindigkeit, weshalb mobile Breitbanddienste für Intensivnutzer und insbesondere für Unternehmen und Institutionen ungeeignet und somit als Alternative statt Ergänzung zum Fest- oder Kabelnetz-Breitbandzugang von beschränktem Potenzial und Nutzen sind.

Hinweise für den Leser

Messung des Umsetzungsstands der Ziele

Der Umsetzungsstand der acht Millenniums-Entwicklungsziele wird anhand von 21 Zielvorgaben und 60 offiziellen Indikatoren gemessen.¹ Dieser Bericht gibt auf der Basis der im Juni 2012 verfügbaren Daten Rechenschaft darüber, wie weit die Welt bisher bei der Zielverwirklichung vorangekommen ist.²

Die Frist für die Erreichung der meisten Zielvorgaben läuft 2015 ab. Das Basisjahr für die Fortschrittmessung ist 1990. Aus den Länderdaten werden subregionale und regionale Aggregate gebildet, die den Gesamtfortschritt im Zeitverlauf aufzeigen. Die Zusammensetzung der Regionen und Subregionen für die Millenniums-Entwicklungsziele baut auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige Änderungen erforderlich waren, um, soweit möglich, sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden. Zusätzlich zu den Daten für die regionalen Gruppen enthält der Bericht auch Daten für Subregionen Afrikas, deren Einteilung auf der Klassifikation der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika beruht.³ Zwar erleichtern die Aggregate die Fortschrittsverfolgung, doch kann die Situation einzelner Länder in einer bestimmten Region erheblich von den regionalen Durchschnittswerten abweichen. Die einzelnen Länderdaten und die Zusammensetzung aller Regionen und Subregionen finden sich unter <http://mdgs.un.org>.

Grundlagen dieser Analyse

Die in diesem Bericht vorgelegten regionalen und subregionalen Werte werden von Mitgliedern der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe der Vereinten Nationen über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele zusammengestellt. Sie errechnen sich in der Regel aus dem gewichteten Mittel der Länderdaten, wobei der Gewichtungsfaktor die Referenzpopulation ist. Für jeden Indikator wurden einzelne Organisationen zur offiziellen Datenquelle und federführenden Stelle für die Entwicklung von Datenerhebungs- und -analysemethoden bestimmt (eine Auflistung der beitragenden Organisationen findet sich unten).

Die Daten stammen in der Regel aus amtlichen Statistiken, die die Regierungen den für den jeweiligen Indikator zuständigen internationalen Organisationen übermitteln.

- 1 Die vollständige Liste der Ziele, Zielvorgaben und Indikatoren findet sich in Deutsch unter: <http://www.un.org/depts/german/millennium/MDG-Indikatoren.pdf>.
- 2 Angesichts des Zeitabstands zwischen Datenerhebung und -analyse können nur wenige Indikatoren für das laufende Jahr erstellt werden. Die meisten Indikatoren beruhen auf Daten aus früheren Jahren – in der Regel bis 2010 oder 2011.
- 3 Die Zusammensetzung dieser Subregionen geht aus dem nächsten Abschnitt „Regionale Gruppen“ hervor.

Um Datenlücken zu schließen, werden Daten für viele der Indikatoren ergänzend oder ausschließlich aus Erhebungen gewonnen, die von internationalen Organisationen gefördert und durchgeführt werden. Vor allem Gesundheitsindikatoren werden größtenteils aus Mehrfachindikator-Clustererhebungen sowie aus Bevölkerungs- und Gesundheitserhebungen zusammengestellt.

In einigen Fällen verfügen die Länder möglicherweise über aktuellere Daten als die für die Verwaltung der Daten zuständigen Organisationen oder legen die zur Zusammenstellung des Indikators erforderlichen Daten nicht vor, sodass die zuständigen internationalen Organisationen die fehlenden Werte schätzen. Selbst bei Vorliegen nationaler Daten sind für die internationale Vergleichbarkeit oft Anpassungen notwendig. Daher weichen die Daten aus internationalen Quellen oft von den Daten der einzelnen Länder ab.

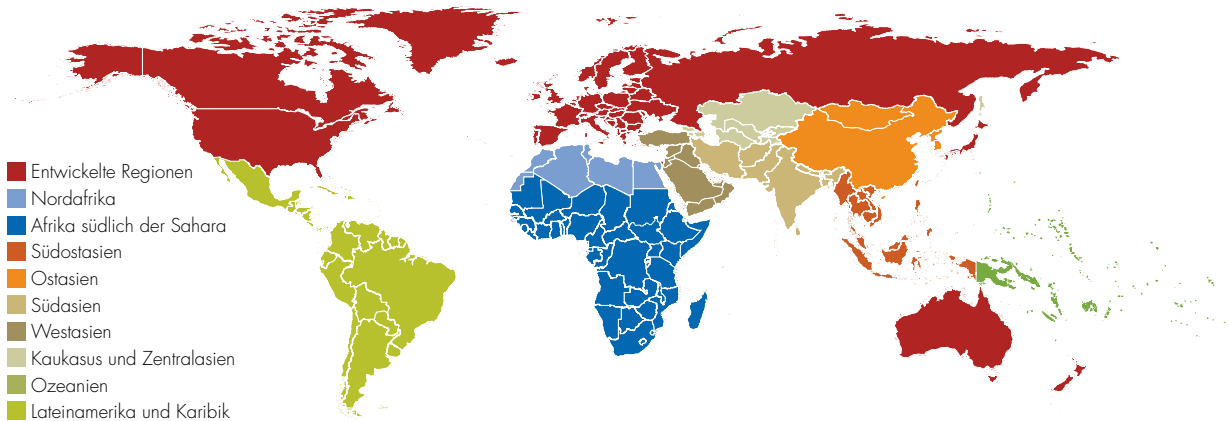
Die VN-Statistikabteilung verwaltet die offizielle Website der Sachverständigengruppe (<http://mdgs.un.org>) und deren Datenbank. Im Interesse höherer Transparenz wird farblich kenntlich gemacht, welche Werte in den Länderdatenreihen Schätzungen sind und welche von nationalen Stellen stammen. Die begleitenden Metadaten erklären die Erstellung der Indikatoren und die für die regionale Aggregation verwendete Methodik im Einzelnen.

Verbesserung der Beobachtungssysteme

Zuverlässige, aktuelle und international vergleichbare Daten zu den Millenniums-Indikatoren sind für die Erarbeitung geeigneter und zur Erreichung der Millenniumsziele notwendiger Politiken und Maßnahmen ebenso unverzichtbar wie für die Rechenschaftslegung der internationalen Gemeinschaft. Eine wichtige Rolle spielen sie außerdem bei der Mobilisierung von öffentlicher Unterstützung und Entwicklungsfinanzierung, der wirksamen Hilfezuweisung und dem Fortschrittsvergleich zwischen den Regionen und Ländern. Trotz beträchtlicher Fortschritte sind in vielen armen Ländern nach wie vor keine zuverlässigen Statistiken zur Beobachtung der Entwicklung vorhanden. Der Aufbau statistischer Kapazitäten in diesen Ländern erfordert eine verstärkte und gut koordinierte finanzielle und technische Unterstützung seitens der Entwicklungspartner ebenso wie nationale Eigenverantwortung und Regierungsengagement zur Herbeiführung der institutionellen Veränderungen, die den Kapazitätsaufbau langfristig sichern.

Infolge der jüngsten Anstrengungen hat sich bei allen Millenniumszielen die Verfügbarkeit internationaler Datenreihen für die Trendbewertung weiter verbessert. 2011 lagen in 122 Ländern für jeweils mindestens zwei Zeitpunkte Daten zu 16 bis 22 Indikatoren vor, während 2003 nur vier Länder eine entsprechende Datenabdeckung aufwiesen.

Regionale Gruppen



In diesem Bericht werden Daten zum Umsetzungsstand der Millenniums-Entwicklungsziele für die Welt insgesamt sowie für verschiedene Ländergruppen vorgelegt. Die Ländergruppen sind unterteilt in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Regionen.* Die Entwicklungsregionen werden ihrerseits weiter in die aus der Karte ersichtlichen Subregionen untergliedert. Diese regionalen Gruppen bauen auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige Änderungen erforderlich waren, um, soweit möglich, sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden. Eine vollständige Liste der Länder jeder Region und Subregion findet sich unter <http://mdgs.un.org>.

Mit den in dieser Veröffentlichung verwendeten Bezeichnungen und vorgelegten Materialien wird vom Sekretariat der Vereinten Nationen weder zum Rechtsstatus von Ländern, Hoheitsgebieten, Städten oder Gebieten oder ihrer Behörden noch zum Verlauf ihrer Grenzen Stellung genommen.

* Da es im System der Vereinten Nationen keine allgemein gültige Konvention für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder Gebiete gibt, erfolgt diese Unterscheidung hier lediglich zum Zweck der statistischen Analyse.

Afrikanische Subregionen

Bei einigen Millenniums-Indikatoren werden Daten separat für kleinere Subregionen Afrikas vorgelegt, deren Einteilung auf der Klassifikation der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika beruht.



Beitragende Organisationen

Die Beiträge zu den Daten und Analysen für die zu den acht Zielen vorgelegten Indikatoren stammen jeweils von folgenden Organisationen:

- **Ziel 1: Beseitigung der extremen Armut und des Hungers:** FAO, IAO, UNHCR, UNICEF und Weltbank
- **Ziel 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung:** UNESCO
- **Ziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen:** IAO, IPU und UNESCO
- **Ziel 4: Senkung der Kindersterblichkeit:** UNICEF und WHO
- **Ziel 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern:** OECD, UNFPA, UNICEF, VN-Abteilung Bevölkerungsfragen und WHO
- **Ziel 6: Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten:** UNAIDS, UNICEF und WHO
- **Ziel 7: Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit:** CIDIAC, FAO, IUCN, UNEP, UNEP-WCMC, UNICEF, UNFCCC und UN-Habitat
- **Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft:** ITC, ITU, OECD, UNCTAD, Weltbank und WTO

Weitere Informationen finden sich in Englisch auf der Website der VN-Statistikabteilung über die Millenniums-Entwicklungsziele unter <http://mdgs.un.org> auf der VN-Website über die Millenniums-Entwicklungsziele unter <http://www.un.org/millenniumgoals> auf der Website der VN-Gruppe für die Millenniums-Kampagne unter <http://www.endpoverty2015.org>

Fotos:

Deckblatt: © UNDP Picture This/Kaushik Majumder, Indien

Seite 2: © Mohammad Popal/IRIN

Seite 6: © Tun Tun Aung/Mandalay

Seite 7: © Manoocher Deghati/IRIN

Seite 8: © UNDP Picture This/Victor Diaz Kintanar, Philippinen

Seite 9: © Tommy Trenchard/IRIN

Seite 14: © VN-Foto/Martine Perret

Seite 16: © Tun Tun Aung/Mandalay

Seite 17: © UNICEF/Marco Dormino

Seite 19: © VN-Foto/Kibae Park

Seite 20: © FAO/Giulio Napolitano

Seite 21: © UNDP Picture This/Trinh Te Ha, Vietnam

Seite 23: © UNDP Picture This/Rabin Chakrabarti, Indien

Seite 25: © VN-Foto/Rick Bajornas

Seite 26: © Sara Duerto Valero/Vereinte Nationen

Seite 29: © Nancy Palus/IRIN

Seite 30: © VN-Foto/Martine Perre

Seite 33: © IRIN Babe

Seite 34: © David Longstreath/IRIN

Seite 37: © UNDP Picture This/Chetan Soni, Indien

Seite 38: © VN-Foto/Eskinder Debebe

Seite 45: © Siegfried Modola/MSF

Seite 46: © VN-Foto/Ky Chung

Seite 47: © VN-Foto/Eskinder Debebe

Seite 58: © Sara Duerto Valero/Vereinte Nationen

Seite 61: © Siegfried Modola/IRIN

Seite 64: © UNDP Picture This/Devendra Sharma, Indien

Redaktion: Timothy Wall

Übersetzung: Deutscher Übersetzungsdienst, Vereinte Nationen, New York

„Wir können auf breiter Linie Fortschritte
vermelden.

...

Wenn die Regierungen, das System der
Vereinten Nationen, der Privatsektor und die
Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen, können
die größten Herausforderungen bewältigt werden.

Da die für 2015 gesetzte Frist rasch näher
rückt, dürfen wir in unserer Einigkeit und
Entschlossenheit zu rascheren Fortschritten
und zum Erreichen der Millenniumsziele nicht
nachlassen.“

—VN-GENERALSEKRETÄR BAN KI-MOON